

NELLI TÜGEL

Das Land ihrer Träume?
Türkeistämmige politische
Emigrant_innen in der DDR

Bei diesem Text handelt es sich um die leicht gekürzte und überarbeitete Version einer Arbeit, die als freie wissenschaftliche Arbeit zur Erlangung des Grades Master of Arts an der Freien Universität Berlin im Fach Geschichtswissenschaften (Epochenschwerpunkt 19./ 20. Jahrhundert) im April 2014 angenommen wurde.

Inhalt

1. Einleitung	3
1.1. Fragestellung und Erkenntnisinteresse	5
1.2. Forschungsstand	7
1.3. Quellen	11
1.4. Zugang und Vorgehensweise	12
2. Kontext	15
2.1. Asyl in der DDR und die Kategorie des politischen Emigranten	15
2.2. Entstehungsgeschichte der TKP	24
2.3. Das Verhältnis zwischen DDR und Türkei 1949 bis 1989	27
3. Die Leipziger Kolonie der TKP 1957 bis 1989	31
3.1. Türkeistämmige in der DDR?.....	31
3.2. In Leipzig.....	33
3.3. Der Beginn des Exils in der DDR	34
3.4. Unterstützung durch staatliche Institutionen und SED-Parteiorgane	35
3.5. MfS – auch "Schild und Schwert" der Bruderpartei?.....	38
3.6. Die türkeistämmige Diaspora in der Bundesrepublik, ihre Verbindungen zur Linksbewegung in der Türkei und der Einfluss der TKP	43
3.7. Geheimhaltungspraxen	53
4. Die Ostberliner Gruppe 1979 bis 1989.....	58
4.1. Der Weg in die DDR.....	58
4.2. Soziale Situation der türkeistämmigen Studierenden.....	62
4.3. Beziehungen zu DDR-Bürger_innen.....	63
4.4. 1989/90.....	66
5. Fazit	68
Quellen- und Literaturverzeichnis	71

1. Einleitung

Am 25. November 1983 druckte das „Zentralorgan der SED“, die Tageszeitung Neues Deutschland (ND), auf ihrer Titelseite einen kurzen und unscheinbaren Nachruf auf Ismail Bilen, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP). Darin hieß es:

„Der Vorsitzende der KP der Türkei, I. Bilen, ist am 18. November im Alter von 81 Jahren verstorben, teilt das Zentralkomitee der Partei mit. Das Zentralkomitee der SED richtete ein Beileidsschreiben an das Zentralkomitee der KP der Türkei. Die von Generalsekretär Erich Honecker unterzeichnete Kondolenz lautet:

Werte Genossen,

Tief bewegt erhielten wir die Nachricht vom Ableben des Genossen I. Bilen, Vorsitzender der Kommunistischen Partei der Türkei.

Im Namen des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und in meinem eigenen Namen übermittle ich Euch, liebe türkische Genossen, unser tief empfundenes Beileid.

Ein proletarisches Kämpferherz hat aufgehört zu schlagen. Der Tod des Genossen I. Bilen fügt der Arbeiterklasse der Türkei und der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung einen schweren Verlust zu. Genosse I. Bilen widmete sein Leben dem Kampf der Kommunistischen Partei der Türkei für die Interessen der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes. Als langjähriger Generalsekretär, zuletzt als Vorsitzender Eurer Partei, hatte er hervorragenden Anteil an der Entwicklung der Kommunistischen Partei der Türkei unter schweren Bedingungen des illegalen Kampfes.

Wir verlieren mit Genossen I. Bilen einen bewährten Internationalisten, einen treuen Freund unserer Partei sowie des sozialistischen deutschen Staates.

Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands wird dem kampfereiften und opferreichen Leben des Genossen I. Bilen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.“¹

Wenige Monate vor der Veröffentlichung dieses Nekrologes war in Leipzig die Tochter von Leyla und Idris C. geboren worden. Wie auch ihre Eltern wurde sie von den DDR-Behörden als zypriotische Staatsbürgerin und unter der Aufenthaltskategorie „politisches Asyl“ geführt. Tatsächlich jedoch waren Leyla und Idris C. türkische Staatsbürger_innen und trugen andere bürgerliche Namen. Sie waren Mitarbeiter_innen und Kampfgefährten_innen Ismail Bilens, wie er Mitglieder der TKP und in die DDR gekommen, um für diese zu arbeiten.

Ebenfalls im Jahr 1983 lebten in Ostberlin die beiden Studierenden und TKP-Mitglieder Selçuk T. und Tanju Ö. Sie erfuhren erst aus dem ND vom Tod des Vorsitzenden ihrer Partei.

¹ Beileid der SED zum Ableben I. Bilens, in: Neues Deutschland vom 15.11.1983.

Bis zu ihrer Migration in die DDR hatten die jungen Männer einige Jahre in Köln gelebt, wo sie in einem der größten Vereine von türkeistämmigen Gastarbeiter_innen – FIDEF (Föderation der Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland) – politisch aktiv gewesen waren. Die TKP, die als in der Türkei verbotene Organisation auch in Westdeutschland nicht offen unter ihrem Namen auftrat, hatte mit ihren Mitgliedern sukzessive Einfluss im FIDEF gewinnen können. Dieser Verein war unter dem Eindruck der Ereignisse in der Türkei in den siebziger Jahren bis zum Militärputsch am 12. September 1980 rasant gewachsen und wurde de facto seit Ende der siebziger Jahre von der TKP kontrolliert. Dass der Vorsitzende (und langjährige Generalsekretär) ihrer Partei bis zu seinem Tod mitten in der DDR – in Leipzig – unter dem Namen Lubomir Kolarov gelebt hatte, wussten die westdeutschen TKP-Mitglieder eben so wenig wie die inzwischen in Ostberlin lebenden Türkeistämmigen oder die DDR-Öffentlichkeit.

Aus der offiziellen Presseberichterstattung in der DDR ließ sich dies freilich auch nicht erahnen. Knapp ein Jahr vor dem Tod Bilens hatte das ND in seinem Kulturteil zum 80. Geburtstag des Mannes, an dem dieser mit dem „Großen Stern der Völkerfreundschaft“ vom ZK der SED geehrt wurde², ein ausführliches Porträt abgedruckt.³ Während darin sein Exil in der UdSSR in den dreißiger und vierziger Jahren beschrieben wurde ebenso wie die aktuellen Tätigkeiten der TKP, wurde mit keiner Silbe erwähnt, dass diese Tätigkeiten von einer Parteizentrale in Leipzig aus organisiert und gelenkt wurden. Dass die TKP mit der DDR und ihrer Staatspartei mehr verband als die Solidarität zwischen sozialistischem Staat und moskauoyaler Kommunistischer Partei beziehungsweise zwischen zwei "Bruderparteien", ging aus dem biografischen Text eben so wenig hervor wie aus anderen ND-Artikeln über die TKP.

Erneuter Szenenwechsel: Als Kadriye Karcı im August 1985 in Istanbul ein Flugzeug bestieg, um die Türkei mit falschen Papieren in Richtung Bulgarien zu verlassen, wusste sie noch nicht, dass das Ziel dieser Reise die DDR sein würde. Dass sowohl zu der Zeit ihres Engagements im Studierendenverband der TKP in der Türkei als auch während ihrer Jahre in der DDR die Linie der Partei von einer

² Vgl. Entwurf Pressemitteilung, Pressemeldung, BArch SAPMO, DY/30 9496, 20–23.

³ Vgl. Sechs Jahrzehnte in den Reihen der Partei, in: Neues Deutschland vom 18.10.1982.

kleinen türkeistämmigen Kolonie in ihrer neuen Exilheimat ausgearbeitet worden war, erfuhr sie erst, nachdem die DDR 1989/90 untergegangen war. So wie Kadriye hatte auch Nabi Yağci, der den Partei- beziehungsweise Decknamen Haydar Kutlu trug, Istanbul 1981 den Rücken gekehrt, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Er trat 1983 in Leipzig das Amt des kurz darauf verstorbenen Ismail Bilen an und war bis zu ihrer Auflösung Generalsekretär der TKP. Haydar Kutlu reiste von seinem Wohnsitz und Arbeitsplatz in Leipzig häufig nach Westdeutschland, Westeuropa und mehrfach mit falscher Identität in die Türkei. Als er 1987 das Exil in der DDR verließ, um öffentlich in die Türkei zurückzukehren, wo ihm unter internationaler Beobachtung der Prozess gemacht wurde, war sich die türkische Regierung sicher, dass er aus der DDR kam, auch wenn diese gegenüber der Türkei – zwischen den Ländern bestanden seit 1974 diplomatische Beziehungen – immer wieder vehement abgestritten hatte, Kommunist_innen aus der Türkei Asyl gewährt zu haben.

1.1. Fragestellung und Erkenntnisinteresse

Die DDR hatte sich nie als Einwanderungsland verstanden und war es – anders als die Bundesrepublik – auch nicht. Dennoch waren 1989 zwischen einem und zwei Prozent der Bewohner_innen der DDR keine DDR-Bürger_innen.⁴ Die Erforschung der Motivation und Hintergründe ihrer Migration in die DDR, ihrer Lebensbedingungen und Alltagserfahrungen ermöglichen es, individuelle Handlungsmacht, Begehren und Übereinkunft eines Teils der Bevölkerung zu untersuchen, der sich zudem durch begrenzten Zugang zu Rechten, Gütern und Wohnraum, besondere Verpflichtungen und in manchen Fällen durch eine privilegierte Stellung von der Mehrheitsbevölkerung der DDR deutlich unterschied. Ausgehend von der Annahme, dass sich Staat und Zivilgesellschaft stets auch über den Umgang mit Einwanderung und den Menschen, die diese mit sich bringt, definieren, sind zudem Erkenntnisse über die Verfasstheit der DDR möglich.

⁴ Vgl. Ausländer in der DDR 1989 nach Nationalitäten, in: Wirtschaft und Statistik, H8, Wiesbaden 1990, S. 544.

Vorliegende historische Studien zu verschiedenen Gruppen von Migrant_innen in der DDR haben dies bereits eindrucksvoll belegt.⁵

Der zweite Teil dieser Arbeit widmet sich den alltagsgeschichtlichen Dimensionen des Lebens einiger türkeistämmiger politischer Emigrant_innen und fragt danach, welche Regeln – insbesondere unter den Bedingungen der Konspiration – dieses strukturierten und wie und ob diese umgesetzt wurden.

Die zentrale Fragestellung der vorliegenden Untersuchung ist jedoch die nach den Transfer- und Verflechtungsbeziehungen zwischen türkeistämmigen politischen Emigrant_innen in der DDR, der Gastarbeitercommunity in Westdeutschland und der radikalen Linken in der Türkei in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Durch die Analyse dieser bisher unsichtbar gebliebenen Verbindungen und der wechselseitigen Einflussnahme zwischen den drei

⁵ Vgl. Mende, Christiane: (Arbeits-) Migration aus der VR Mocambique in die DDR 1979–1989/90, Online einsehbar unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/migrationddr/projekte/mosambique>, 2011; Priemel, Kim Christian (Hrsg.): Transit – Transfer: Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990, Berlin 2011; Zwengel, Almut (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR – Kontext und Lebenswelten, Berlin 2011; Mende, Christiane: DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989, in: telegraph Nr. 120/121 2010, S. 40–51; Demke, Elena/ Schüle, Annegret (Hrsg.): Fremde Freunde - Nahe Fremde, Berlin 2006; Jajeśniak-Quast, Dagmar: "Proletarische Internationalität" ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Müller, Christian Th./ Poutrus Patrice G. (Hrsg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 267–294; MacCon Uladh, Damian: "Studium bei Freunden?" Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Müller/ Poutrus: Ankunft – Alltag – Ausreise, 2005, S. 175–220; Müller, Christian Th.: "O´ Sowjetmensch!" Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag, in: Müller/ Poutrus: Ankunft, Alltag, Ausreise, 2005, S. 17–134; Poutrus, Patrice: Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat, in: Beier-de Haan, Rosemarie (Hrsg.): Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005, Wolfratshausen 2005, S. 118–131; Totalitarismus und Demokratie, 2. Jg. (2005) Heft 3, Themenheft: Fluchtpunkt Realsozialismus – politische Emigranten in Warschauer Pakt-Staaten; Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003; Behrends, Jan C.: Sowjetische "Freunde" und fremde "Russen" - Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990), in: Behrends/ Lindenberger/ Poutrus: Fremde und Fremd-Sein in der DDR, 2003, S. 75–98; Kuck, Dennis: "Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat"? Ausländische Vertragsarbeiterkräfte in der DDR, in: Behrends/ Lindenberger/ Poutrus: Fremde und Fremd-Sein in der DDR, 2003, S. 271–282; Röhr, Rita: Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz. Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben des Bezirkes Frankfurt/ Oder, in: Behrends/ Lindenberger/ Poutrus: Fremde und Fremd-Sein in der DDR, 2003, S. 283–208; Schüle, Annegret: "Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt." Die Wahrnehmung der Vertragsarbeiter aus Schwarzafrika und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei, in: Behrends/ Lindenberger/ Poutrus: Fremde und Fremd-Sein in der DDR, 2003, S. 309–324; Gruner-Domic, Sandra: Beschäftigung statt Ausbildung – Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR (1961 bis 1989), in: Motte, Jan/ Ohliger, Rainer/ Von Oswald, Anne (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt 1999, S. 215–240.

Akteursgruppen sowie die Beschreibung der spezifischen Kontextbedingungen, unter denen Transfer stattfinden und Verbindungen geknüpft werden konnten, sollen diese aus den nationalstaatlichen Rahmenbedingungen gelöst und als Teil sowie gleichzeitig als Produkt eines transnationalen Wirkungsdreiecks sichtbar gemacht werden. Damit knüpft die Fragestellung dieser Arbeit, mehr noch als an den Forschungsstand zu Migrant_innen in der DDR, an den jüngeren transnationalen Untersuchungen des Verhältnisses zwischen der SED beziehungsweise den staatlichen Institutionen der DDR und den Kommunistischen Parteien nichtsozialistischer Staaten an⁶.

Da die TKP-Zentrale in Leipzig als Dreh- und Angelpunkt, kommunistischer Think Tank und Entscheidungsort dieses transnationalen Wirkungsgefüges fungierte und die TKPler_innen als Protégés der SED aus der DDR heraus ihren Einfluss nach Westdeutschland und in die Türkei entfalten konnten, steht dieser Teil der Akteursgruppen im Mittelpunkt der Betrachtung. Die grenzübergreifende Perspektive bedeutet also keineswegs, dass alle Beteiligten gleichermaßen berücksichtigt werden.

1.2. Forschungsstand

Bisher existiert keine Sekundärliteratur über türkeistämmige Emigrant_innen in der DDR, eben so wenig wie über die Beziehungen zwischen der TKP und der SED und die Beziehungen sowie Verflechtungen von DDR, SED, dem Gastarbeitermilieu in Westdeutschland und der Linksbewegung in der Türkei. Im deutschsprachigen Raum liegt dies sicherlich auch darin begründet, dass kaum Wissen darüber existiert, dass türkeistämmige Emigrant_innen in der DDR gelebt haben. Der fehlende Anfangsverdacht hat einer wissenschaftlichen Aufarbeitung daher im Wege gestanden. In der Türkei hingegen ist die Unterstützung der TKP durch die DDR durchaus bekannt. Dieses Wissen ist Teil der Erinnerungsnarrative an die chaotischen siebziger Jahre und die darauf folgende Friedhofsruhe unter der Militärdiktatur in den achtziger Jahren. Je nach kulturell-politischem Milieu wurde und wird die Erinnerung an diese Phasen der türkischen Zeitgeschichte

⁶ Vgl. Bauerkämper, Arnd/ Di Palma, Francesco (Hrsg.): *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs. Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968–1989)*, Berlin 2011; Pfeil, Ulrich (Hrsg.): *Die DDR und der Westen – Transnationale Beziehungen 1949–1989*, Berlin 2001.

unterschiedlich tradiert. Politische Kultur, Auseinandersetzungen und Polarisierungen in der heutigen Türkei sind unter anderem durch die Ereignisse der siebziger und achtziger Jahre präformiert. In der Geschichtsschreibung ist die zeithistorische Erforschung wie auch eine Historisierung der mit ihr verbundenen Erinnerungspolitik bisher weitgehend fruchtlos geblieben.

Gut abgesteckt und systematisch ausgeleuchtet wird hingegen in der deutschsprachigen Historiografie seit einigen Jahren das Forschungsfeld der Migration in die und der Migrant_innen in der DDR. Nachdem kurz nach der friedlichen Revolution in der DDR 1989 und dem explodierenden Rechtsextremismus der darauffolgenden Jahre einige Arbeiten zu Ausländer_innen in Ostdeutschland veröffentlicht wurden⁷, war dieses Thema bis in die zweitausender Jahre hinein fast ausnahmslos verwaist. Vor allem dem Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam (ZZF) ist es zu verdanken, dass im Zuge des Projektes „Fremde und Fremd-Sein in der DDR“, das im Dezember 2000 mit einer Konferenz zu diesem Thema eingeläutet wurde, eine Reihe von Aufsätzen und zwei Sammelbände Pionierarbeit leisten konnten.⁸

⁷ Vgl. Berger, Almut: Die Ausländerpolitik der DDR im Spannungsfeld von ideologischem Anspruch und Sicherheitsbedürfnissen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländerpolitik in der DDR am Beispiel der Vertragsarbeiter. Eine Tagung der Bundeszentrale für Politische Bildung vom 5. Bis 7. Juni 1998 in Wismar, Berlin 1998, S. 6–11; Dies.: Die Deutschen und die Fremden. Aus dem Alltag eines Einwanderungslandes, Berlin 1995; Griese, Christiane/Marburger, Helga: Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR, Frankfurt am Main 1995; Elsner, Eva-Maria/Elsner, Lothar: Zwischen Nationalismus und Internationalismus: Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990. Darstellung und Dokumente, Rostock 1994; Bröskamp, Bernd: Schwarz-weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der VAN aus Mosambik: Interviews - Berichte - Analysen, Bremen 1993; Marburger, Helga (Hrsg.): 'Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet' - eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der VAN (Vertragsarbeitnehmer P.G.P.) der DDR vor und nach der Wende, Berlin 1993; Krüger-Potratz, Marianne/ Hansen, Georg/ Jasper, Dirk: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster 1991; Stach, Andrej/ Hussain, Saleh: Ausländer in der DDR. Ein Rückblick, Berlin 1991; Ausländerpolitik in der DDR. Analysen und Studien aus erster Hand, hrsg. vom Verein der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit, Berlin 1990.

⁸ Vgl. Poutrus, Patrice: Alles unter Kontrolle? Zur Bedeutung der BStU-Quellen für die zeithistorische Migrationsforschung, in: Gieseke, Jens (Hrsg.): Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR, Göttingen 2007, S. 318–338; Müller/ Poutrus (Hrsg.): Ankunft – Alltag – Ausreise, 2005; Poutrus, Patrice G.: Asyl im Kalten Krieg. Eine Parallelgeschichte aus dem geteilten Nachkriegsdeutschland, in: Totalitarismus und Demokratie, 2. Jg. (2005) Heft 3, S. 273–288; Ders.: Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, S. 355–378; Behrends/ Lindenberger/ Poutrus (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR, 2003.

Im Bereich der Forschung zu den staatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Türkei ist die Arbeit „Die Beziehungen zwischen der Türkei und den beiden deutschen Staaten (1945/49–1963) – Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung“ von Can Özren⁹ die einzige veröffentlichte wissenschaftliche Monografie, die sich dieses Forschungsfeldes annimmt. Sie diente der Autorin als wichtige Quelle für den entsprechenden Themenkomplex.

Die Beziehungen zwischen der SED und den „Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs“ wurden in dem gleichnamigen Sammelband von 2011 – herausgegeben von Arnd Bauerkämper und Francesco Di Palma – erstmals in einer eigenständigen Publikation untersucht.¹⁰

Obwohl die Bundesrepublik als Einwanderungsland und vor allem das Leben der Gastarbeiter_innen aus Süd- und Südosteuropa seit nunmehr zwanzig Jahren verstärkt in der soziologischen, politikwissenschaftlichen und auch historischen Forschung berücksichtigt wurde¹¹, sind die existierenden Studien zur politischen Artikulation und Partizipation von Migrant_innen jenseits der politischen Parteien der Bundesrepublik sehr übersichtlich¹², auch wenn allein die „Kulturvereine“ (von denen Ableger aller vier großen politischen Strömungen in der Türkei – der radikalen Linken, der radikalen Rechten, der islamisch bis islamistischen und der

⁹ Özren, Can: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei (1945/49–1963). Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung, Münster 1998 (=Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas, Band 5).

¹⁰ Bauerkämper/ Di Palma: Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs, 2011.

¹¹ Vgl. u.a.: Motte/ Ohliger/ Von Oswald (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung, 1999.

¹² Vgl. Hunger, Uwe: Ausländische Vereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters, in: Weiss, Karin/ Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbst-Hilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg i. Br. 2005, S. 221–244; Ders.: "Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen?", Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, Münster 2004; Waldrauch, Harald/ Sohler, Karin: Migrantenorganisationen in der Großstadt: Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien, Frankfurt am Main 2004; Atilgan, Canan: Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe Kommunalpolitik der KAS, Nr. 9, 2002; Diehl, Claudia: Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung?, Opladen 2002; Lehmann, Karsten: Vereine als Medium der Integration: Zu Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen, Berlin 2001; Filjalkowski, Jürgen/ Gillmeister, Helmut: Ausländervereine – ein Forschungsbericht: Über Funktion von Eigenorganisation für die Integration heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins, Berlin 1997; Strassburger, Gaby: Die türkischen Kolonien in Bamberg und Colmar – ein deutsch-französischer Vergleich sozialer Netzwerke von Migranten im interkulturellen Kontext, Bamberg 1997; Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989; Sezer, Ahmet/ Thränhardt, Dietrich: Türkische Organisationen in der BRD, in: Meier-Braun, Karl-Heinz/ Pazarkaya, Yüksel (Hrsg.): Die Türken. Berichte und Informationen zum besseren Verständnis der Türken in Deutschland, Frankfurt am Main 1983, S. 143–153.

sozialdemokratischen – existierten beziehungsweise existieren) in den siebziger und achtziger Jahren hunderttausende von Mitgliedern hatten. Auch die Zusammenhänge zwischen der politischen Aktivität der türkeistämmigen Diaspora in Europa und der Linksbewegung in der Türkei sind – nicht nur im deutschsprachigen Raum – noch relativ unerforscht, ebenso wie die Geschichte dieser aus transnationaler Perspektive.¹³

Alle diese Themenbereiche sind für die vorliegende Arbeit relevant, sie stößt also in mehrfacher Hinsicht in desiderates Forschungsgebiet vor.

Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass Wissenschaftler_innen im Zuge ihrer Forschungen immer mal wieder auf Hinweise, die auf die Existenz türkeistämmiger Emigrant_innen in der DDR deuten ließen, stießen, ohne diesen im Rahmen ihrer jeweiligen Arbeiten jedoch nachgehen zu können.

So schreibt Can Özren:

„Seit Ende der fünfziger oder Anfang der sechziger Jahre lebten türkische Kommunisten in der DDR. Als Unterstützung erhielten sie u.a. Räume, in denen sie ihrer politischen Tätigkeit nachgehen konnten. Wer diese Kommunisten waren, ob sie aufgrund politischer Verfolgung im Exil in der DDR lebten und welchen Status sie genossen, lässt sich aufgrund der derzeitigen Archivlage nicht sagen.“¹⁴

Georg Herbstritt fand bei den Recherchen für seine Dissertation über „Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage“ Spuren der TKPler_innen und bedachte diese mit einer längeren Erwähnung, in der schon die über die DDR-Grenzen hinausgehende Dimension des TKP-Exils angesprochen wird:

„Brisanter war indes die Tatsache, dass die Türkische Kommunistische Partei (TKP) seit 1957 ihren Sitz in der DDR hatte. Weil die TKP in der Türkei verboten war, residierten der Generalsekretär (...), und mehrere Politbüro- und ZK-Mitglieder in Leipzig. Von den 94 Türken in der DDR zählten 38 zum Kreis der TKP-Angehörigen. Numerisch wäre das eine zu vernachlässigende Größe. Allerdings stellte die DDR den Türkischen Kommunisten im Rahmen des ‚proletarischen Internationalismus‘ umfangreiche logistische Unterstützung bereit. (...) Die krisenhafte Situation in der Türkei und unter den Auslandstürken sowie die von der DDR gewollte und geförderte Involvierung der TKP in diese

¹³ Vgl. Faist, Thomas (Hrsg.): Transnationale Räume – Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei, Bielefeld 2000; Tezcan, Levent: Kulturelle Identität und Konflikt, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Reimund (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim–München 2000, S. 401–448.

¹⁴ Özren, Can: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten, S. 200.

Auseinandersetzungen veranlassten das ZK der SED und das MfS im Jahr 1978 'Schutzmaßnahmen' (...) des TKP-Generalsekretärs einzuleiten.“¹⁵

Solche Hinweise aufgreifend ist es das Ziel, mit der vorliegenden Arbeit und der weiter oben entwickelten Fragestellung die Scheinwerfer auf die im Schatten der Konspiration gebliebenen Emigrant_innen, ihr Leben in der DDR und Wirken als Teil einer grenzübergreifenden politischen Strömung zu richten.

1.3. Quellen

Dafür wurden neben den Gesprächen, die die Autorin mit ehemaligen politischen Emigrant_innen aus der Türkei geführt hat, Archivbestände des Bundesarchives (BArch), des Archives des Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU), des International Institute of Social History (IISH) in Amsterdam/Niederlande und des Neuen Deutschland genutzt. Da der Zugang zu den Dokumenten des türkischen Außenministeriums seit Beginn des Ersten Weltkrieges nicht gestattet ist, musste auf eine Recherche in den der Generaldirektion für Staatsarchive unterstellten staatlichen Archiven der Türkei verzichtet werden.

Damit stehen zusammenfassend vier Arten von Quellen zur Verfügung: Die Berichte der Emigrant_innen (Interviews, deren Transkripte im Besitz der Verfasserin sind), die Dokumente verschiedener staatlicher Institutionen der DDR und der Parteiorgane der SED (BArch und BStU), die Dokumente der Türkischen Kommunistischen Partei (IISH) und die Berichterstattung in der Presse der DDR (Neues Deutschland).

Die Gespräche dienten als Ergänzung zu den Quellen und wurden nach den Regeln der oral history geführt. Dabei ließ die Autorin ihre Gesprächspartner zu Wort kommen, ohne deren Erzählungen durch Einwürfe oder Hinweise zu lenken und zu beeinflussen. Mit Fragen wurde äußerst sparsam umgegangen, sie wurden in der Regel nur dann gestellt, wenn etwas unverständlich geblieben war. Als Quellen fließen die Gespräche an einigen Stellen im zweiten Teil der Arbeit, der sich dem Alltag und dem subjektiven Erfahren eines Teils der türkeistämmigen Emigrant_innen in der DDR widmet, ein.

¹⁵ Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage – Eine analytische Studie, Göttingen 2007, S. 153 f.

Den größten und wichtigsten Quellenkorpus bilden die Dokumente aus Bundesarchiv und BStU. Dabei waren verschiedene der dort aufbewahrten Bestände für die Fragestellung dieser Arbeit aufschlussreich. Im Bundesarchiv handelte es sich um die Bestände aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) – hier die Nachlässe der SED (DY/30) – sowie des Staatsrates der DDR (DA/5), der Volkskammer (DA/1), des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten/ Pressearchiv (DD/1) und des Ministeriums der Justiz (DP/1).

In der BStU wurden die Bestände der seit 1980 der Hauptabteilung II (MfS HA II, Spionageabwehr) unterstellten AG Ausländer genutzt, ebenso wie die der Abteilung Internationale Verbindungen (MfS Abt. X), der Hauptabteilung XX (MfS HA XX, Staatsapparat, Kultur, Kirche, Untergrund und Blockparteien), der Hauptabteilung XXII (MfS HA XXII, Terrorabwehr) und der Bezirksverwaltung Leipzig (MfS BV Leipzig).

Als die Mitarbeiter_innen der TKP zwischen 1988 und 1990 ihren Sitz in Leipzig Stück für Stück auflösten, übergaben sie den Nachlass als quasi letzten Amtsakt an das IISH in Amsterdam. Dieses hat seit Beginn der neunziger Jahre die Dokumente der TKP erhalten und 1995 durch ein entsprechendes Findbuch zugänglich gemacht.

1.4. Zugang und Vorgehensweise

Die vorliegende Arbeit ist einer sozial- und alltagsgeschichtlichen Perspektive auf die DDR und den Ansätzen der transnationalen Geschichte verpflichtet.

Erstere soll dazu dienen, Ankunft, Leben und politisches Wirken türkeistämmiger Kommunist_innen in der DDR-Gesellschaft¹⁶ begreifbar zu machen. Eine Sichtweise, die nur die Strukturen des politischen Regimes der DDR und die offizielle Propaganda zum Untersuchungsgegenstand macht, kann dies schwerlich leisten.

¹⁶ Zum Begriff der „DDR-Gesellschaft“ vgl. Lindenberger, Thomas: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, Köln 1999, S. 13–44.

In der leidenschaftlich geführten Debatte um die Historisierung der DDR¹⁷ hat das an Ralph Jessen¹⁸ anknüpfende Plädoyer Thomas Lindenbergers für ein Ausleuchten informeller Strukturen und individueller Bewältigung von Herrschaft innerhalb der Strukturen des DDR-Staates einen breiten Widerhall erzeugt.

Zu untersuchen sind nach Lindenberger:

„(...) nicht nur jene unangreifbaren Kontroll- und Repressionsmechanismen, (...) sondern auch die Vielfalt informeller und indirekter Formen von Herrschaft, ihre unterschiedliche Ausgestaltung an verschiedenen Orten und zu verschiedenen Zeiten.“¹⁹

Im Sinne des damit verbundenen Fragens nach den Beziehungen von Herrschaft und Eigen-Sinn²⁰ soll das Alltagsleben türkeistämmiger politischer Emigrant_innen im DDR-Sozialismus rekonstruiert und dabei vor allem nach der Verschränkung von formaler und informeller Herrschaft und individuellem Aufbegehren unter freilich besonders unkonventionellen Bedingungen gefragt werden.

Das Theorien- und Methodenbündel der transnationalen Geschichte wiederum, die als Sammelbegriff für eine Reihe von Impulsen und – durchaus auch interdisziplinär geführten – Diskussionen steht²¹, hat sich in den vergangenen Jahren als äußerst produktiv dabei erwiesen, Forschungsergebnisse vorzulegen, die die ältere Geschichte internationaler Beziehungen und die Diplomatiegeschichte – auf lange Zeit einzige Alternative zu den jeweiligen

¹⁷ Vgl. u.a. Schröder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR 1949–1990, Köln 2013; Sabrow, Martin/ Eckert, Rainer/ Flacke, Monika: Wohin treibt die DDR-Erinnerung. Dokumentation einer Debatte, Göttingen 2007.

¹⁸ Vgl. Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), Heft 1, S. 96–110.

¹⁹ Lindenberger: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, 1999, S. 13–44, S. 23.

²⁰ Vgl. Lindenberger: Herrschaft und Eigen-Sinn, 1999.

²¹ Vgl. u.a.: Arndt, Agnes/ Häberlein, Joachim/ Reinecke, Christiane: Vergleichen, Verflechten, Verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, Göttingen 2011; Budde, Gunilla/ Conrad, Sebastian/ Janz, Oliver (Hrsg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006; Conrad, Sebastian/ Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914, Göttingen 2004; Conrad, Sebastian: Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 145–169; Osterhammel, Jürgen: Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative, in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 145–169; Werner, Michael/ Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen; in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 607–636; Pfeil (Hrsg.): Die DDR und der Westen, 2001; Paulmann, Johannes: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts; in: Historische Zeitschrift Bd. 267 (1998), S. 649–685.

Nationalgeschichtsschreibungen – nicht hervorzubringen in der Lage gewesen ist. Auch Transfer und Verflechtung zwischen westdeutscher türkeistämmiger Gastarbeitergemeinschaft, TKPler_innen in der DDR und politischen Akteur_innen und Multiplikatoren in der Türkei werden nur sichtbar durch eine Makroperspektive, die über die nationalstaatlichen Grenzen hinwegblickt, ohne diese freilich zu „übersehen“. Dabei besteht eine besondere Herausforderung darin, die Verhältnisse zwischen sehr unterschiedlich positionierten Beteiligten zu beschreiben und fassbar zu machen. In der Politikwissenschaft entwickelte Methoden und Theorien, mit deren Hilfe sich beispielsweise grenzüberschreitende Interaktionen zwischen Parteien analysieren lassen²², scheitern, wenn es darum geht nachzuvollziehen, wie Akteur_innen zueinander in Beziehungen treten, von denen eine (die SED) Staatspartei und die andere (die TKP) illegale Kommunistische Partei in ihrem Heimatland war; eng verflochten mit ganz unterschiedlichen Milieus, wie den Gastarbeiter_innen in der Bundesrepublik und den Kommunist_innen und ihrem Umfeld in der Türkei – und sich dieses Geflecht außerdem in sich wandelnde Verhältnisse zwischen der DDR und der Türkei einordnete.

Daher können transnationale Beziehungen zwischen TKPler_innen in der DDR, Gastarbeiter_innen in Westdeutschland und Linken in der Türkei nur dann beschrieben werden, wenn zuvor orientierende Schneisen durch das gerade umschriebene Dickicht geschlagen, also die verschiedenen Beziehungsschichten und -kontexte zumindest skizziert werden.

Auf der Grundlage des erläuterten theoretischen und methodischen Fundamentes wird also zunächst der historische Kontext des Themas unter Berücksichtigung der weiter oben ausgeführten Fragestellung in drei Bereichen – Asyl in der DDR, Entstehung der TKP sowie die Beziehungen zwischen DDR und Türkei – dargelegt, um in einem zweiten Schritt quellenbasiert Ankunft, Alltag und Wirken der türkeistämmigen politischen Emigrant_innen in der DDR und über die Grenzen der DDR hinweg zu analysieren.

²² Vgl. Niedermayer, Oskar: Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt 1983.

2. Kontext

2.1. Asyl in der DDR und die Kategorie des politischen Emigranten

Um die Bedeutung der Leipziger Kolonie türkeistämmiger politischer Emigrant_innen und der Aufnahme von TKP-Mitgliedern an Universitäten und Hochschulen der DDR angemessen diskutieren zu können, ist es nötig, zunächst den gesellschaftspolitischen Rahmen, in dem diese stattfinden konnte, abzustecken. Dafür soll an dieser Stelle der Forschungsstand zu in der Historiografie bereits berücksichtigten und thematisierten Kohorten von "Fremden" in der DDR, vor allem zu der Gruppe der "Polit. Emigranten" oder "PEs", in Beziehung zu den Umständen des Exils der hier untersuchten TKPler_innen gesetzt und nach Gemeinsamkeiten sowie Unterschieden gefragt werden.

Den Referenzrahmen bildet – wie erwähnt – der bisherige Forschungsstand zu Migrant_innen in der DDR. Während ein Teil der Historiker_innen, die sich der Geschichte der DDR widmen und gewidmet haben, das Thema als randständig behandelt²³, hat sich die sozial- und alltagsgeschichtlich orientierte Strömung der Historiografie dem Feld in den vergangenen Jahren zögerlich, aber dennoch verstärkt zugewandt²⁴. Dabei hat sich die Unterscheidung von hauptsächlich vier Gruppen von Migrant_innen in der DDR durchgesetzt: Sowjetische

²³ So behandelt beispielsweise Klaus Schröder in seinem mehr als tausend Seiten langen Magnum Opus „Der SED-Staat“ in der DDR lebende Migrant_innen auf nur vier Seiten. Vgl. Schröder, Klaus: Der SED-Staat, Köln 2013, S. 724–728. Der Autor zeichnet dort eine regelrechte Apartheid nach, die keinerlei Handlungsspielraum für Migrant_innen oder Möglichkeiten für nicht regulierte Begegnungen von DDR-Bürger_innen und "Fremden" zugelassen habe. Diese Suggestion scheint schon insofern unzulässig, als dass sie auf einer Verallgemeinerung beruht, die weder zeitliche noch räumliche oder politische Umstände und Unterschiede berücksichtigt. Tatsächlich waren – wie Schröder zu Beginn des kurzen Beitrages erläutert – nur zwischen einem und zwei Prozent der DDR-Bevölkerung keine DDR-Bürger_innen, doch lebten beispielsweise ein Großteil der fast 95000 Vertragsarbeiter_innen 1989 in industriellen Ballungszentren wie Chemnitz und Dresden, während ausländische Studierende überproportional oft in Berlin, Leipzig oder Halle lebten. An der Berliner Humboldt-Universität waren 1989 zehn Prozent aller immatrikulierten Studierenden „Internationale Studierende“ (zum Vergleich: im Jahr 2013 waren es circa fünfzehn Prozent). Zudem hingen Rechte und Restriktionen stark von dem Aufenthaltsstatus und der migrationspolitischen Kategorie ab, die einem „Ausländer“ zugeordnet wurde. Die Bedingungen interkultureller Begegnungen waren also in mehrfacher Hinsicht an Raum, Zeitpunkt und Grund der Migration geknüpft.

²⁴ Die Herausgeber des Sammelbandes „Ankunft, Alltag, Ausreise - Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR“ konstatieren in ihrer Einleitung von 2005, dass "In der historischen DDR-Forschung (...) dem Umgang mit Fremden und den Bedingungen des Fremd-Seins in der staatssozialistischen Diktatur bislang eher geringe Aufmerksamkeit gewidmet" wurde. Müller/Poutrus: Ankunft, Alltag, Ausreise, 2005, S. 9.

Besatzungstruppen und deren Angehörige²⁵, Vertragsarbeiter_innen²⁶, ausländische Studierende²⁷ und politische Emigrant_innen²⁸, die im DDR-Behördenjargon oft als "Polit. Emigranten" oder "PEs" bezeichnet wurden.²⁹ Sinnvoll ist eine Differenzierung vor allem deshalb, weil je nach Migrationsstatus Rechte, sozialer Status und gesellschaftliche Partizipationsmöglichkeiten deutlich verschieden waren.

Diese Unterscheidung stellt die Folie dar, vor der der hier angestrebte Vergleich angeordnet wird, auch wenn an dieser Stelle ausdrücklich auf die dynamischen Grenzen der erwähnten Taxonomie hingewiesen werden soll, da – wie auch im Fall einiger der türkeistämmigen Emigrant_innen – beispielsweise der Status des ausländischen Studierenden mit dem des „PEs“ einhergehen oder aber sich dieser "durch die schlagartige Änderung der heimatlichen politischen Machtverhältnisse plötzlich"³⁰ ändern konnte.

Von den in der DDR dauerhaft lebenden Migrant_innen bildeten die politischen Emigrant_innen die kleinste Gruppe. Neben Vertragsarbeiter_innen, die aufgrund von in den sechziger Jahren geschlossenen bilateralen Verträgen zwischen der DDR und europäischen, seit 1970 auch außereuropäischen Staaten in größerer Anzahl in

²⁵ Vgl. Müller: "O´ Sowjetmensch!", 2005; Behrends: Sowjetische "Freunde" und fremde "Russen", 2003.

²⁶ Vgl. Mende: (Arbeits-) Migration aus der VR Mocambique in die DDR, 2011; Dies.: DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989, 2010; Jajeśniak-Quast: "Proletarische Internationalität" ohne Gleichheit, 2005; Kuck: "Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat"?, 2003; Röhr: Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz, 2003; Schüle: "Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt.", 2003; Gruner-Domic: Beschäftigung statt Ausbildung, 1999.

²⁷ Insgesamt studierten zwischen 1951 und 1989 64000 bis 78400 Ausländer an DDR-Bildungsinstitutionen. Dieser Trend verstärkte sich seit den sechziger Jahren und konzentrierte sich auf einige Ballungsräume wie Berlin, Leipzig und Halle. An der Humboldt-Universität zu Berlin waren – wie gesagt – 1989 zehn Prozent der immatrikulierten Studierenden Ausländer_innen aus 80 verschiedenen Heimatländern. Nach außen hin wurde diese Offenheit gegenüber Studierenden aus aller Welt gerne als gelebter Internationalismus präsentiert, tatsächlich scheint die Möglichkeit des Studiums jedoch auch Faustpfand der DDR-Führung in Diplomatie und Außenpolitik gewesen zu sein. Vgl. MacCon Uladh: "Studium bei Freunden?", 2005.

²⁸ Vgl. Poutrus: Teure Genossen, 2005; Ders.: Asyl im Kalten Krieg, 2005; Ders.: Zuflucht im Ausreiseland, 2004; Ders.: Mit strengem Blick. Die sogenannten „Polit. Emigranten“ in den Berichten des MfS, in: Behrends/ Lindenberger/ Poutrus (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR, 2003, S. 231–250.

²⁹ Zukünftig zu erforschen wären zudem auch die diplomatischen Korps in der DDR, da auch diese als transnationale Migranten verstanden und untersucht werden können. Vgl.: Niedner-Kalthoff, Ulrike: Rotation und Objektivität. Diplomaten als transnationale Migranten, in: Kreuzer, Florian/ Roth, Silke: Transnationale Karrieren. Biographien, Lebensführung und Mobilität, Berlin 2006, S. 83–99 .

³⁰ Poutrus: Mit strengem Blick, 2003, S. 231.

die DDR gekommen waren ³¹, den sowjetischen Besatzungstruppen und ausländischen Studierenden, stellte dieser "von anderen Migrantengruppen durch seinen besonderen Aufenthaltsstatus (...), durch das von der offiziellen Propaganda vorgestellte politische Ansehen und seine unmittelbare Aufnahme in das Alltagsleben in der DDR deutlich abzugrenzen(de)"³² Teil auch in anderer Hinsicht eine Ausnahmeerscheinung dar: Während in den vierzig Jahren des Bestehens der DDR 3,6 Millionen Menschen und damit knapp zwanzig Prozent der Wohnbevölkerung der Sowjetischen Besatzungszone diese verließen³³, traten die politischen Emigrant_innen einen umgekehrten Weg an, indem sie um Einreise und Asyl im Ausreiseland DDR baten³⁴.

Zu den "PEs" zählen in der Historiografie überwiegend in drei Migrationsschüben in die DDR gekommene Griech_innen, aus Frankreich kommende Spanier_innen sowie Chilen_innen.

Schon 1949 und 1950, sowie im Laufe des darauffolgenden Jahrzehnts reisten mehrere hundert Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Königreich Griechenland³⁵, die dort mit dem kommunistischen Widerstand in Verbindung gestanden hatten und aus diesem Grund Asyl in der jungen DDR suchten, in diese ein. Insgesamt 1300 griechische Staatsbürger_innen, darunter mehrere hundert Minderjährige, wurden so zu den ersten "Polit. Emigranten" auf ostdeutschem Boden. Die zweite, zahlenmäßig kleinere Gruppe setzte sich ebenfalls aus Kriegsflüchtlingen

³¹ 1966 lebten und arbeiteten 3500 ausländische Vertragsarbeiter_innen in der DDR, 1974 waren es 18680, 1984 29000, 1986 61000 und 1989 93568. Nach der Wiedervereinigung kündigte die Bundesrepublik alle Verträge der DDR zur Beschäftigung dieser Vertragsarbeiter_innen. Vgl. Gruner-Domic: Beschäftigung statt Ausbildung, 1999, S. 224, eine Übersicht aller Anwerbeverträge der DDR findet sich im Anhang dieses Aufsatzes auf S. 235.

³² Poutrus: Mit strengem Blick, 2003, S. 231.

³³ Ebenda, S. 231. Bernd Stöver kommt in einer Erhebung zur deutsch-deutschen Migration auf eine Zahl von 5213393 Wegzügen und 499834 Zuzügen in einem Zeitraum von 1950 bis 1990. Vgl. Stöver, Bernd: Zuflucht DDR, München 2009, S. 85.

³⁴ Zu Flucht in die Länder des Ostblockes vgl. Totalitarismus und Demokratie, 2. Jg. (2005) Heft 3.

³⁵ Vgl. Danforth, Loring M./ Boeschoten, Riki Van: Children of the Greek Civil War: Refugees and the Politics of Memory. The University of Chicago Press, Chicago 2012, S. 49f.; Hirschinger, Frank: Griechische Kinder und Jugendliche, in: Ders. (Hrsg.): Der Spionage verdächtig: Asylanten und ausländische Studenten in Sachsen-Anhalt 1945–1970. Berichte und Studien Nr. 57, Göttingen 2009, S. 33–54; Poutrus: Teure Genossen, 2005, hier S. 224–233; Troebst, Stefan: Die „Griechenlandkinder-Aktion“ 1949/50. Die SED und die Aufnahme minderjähriger Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in der SBZ/DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), H. 8, S. 717–736; Stergiou, Andreas: Im Spagat zwischen Solidarität und Realpolitik. Die Beziehungen zwischen der DDR und Griechenland und das Verhältnis der SED zur KKE, Mannheim 2001.

zusammen, die als Mitglieder der Spanischen Kommunistischen Partei aus ihrem Exil in Frankreich ausgewiesen worden waren, in das von Franco regierte Spanien jedoch nicht zurückkehren konnten und so in der DDR Aufnahme fanden.³⁶ Die größte und sicherlich bekannteste Gruppe von politischen Emigrant_innen bildeten schließlich die nach dem Militärputsch unter Augusto Pinochet 1973 zu Flüchtlingen gewordenen Chilen_innen, von denen circa zweitausend Asyl in der DDR erhielten.³⁷

Den formalen verfassungsrechtlichen Rahmen für die Aufnahme von Flüchtlingen bildete die Verfassung der DDR, die 1949 politisches Asyl für solche Menschen sicherte, die aufgrund des "Kampfes für die in dieser Verfassung niedergelegten Grundsätze im Ausland verfolgt werden"³⁸ beziehungsweise die stark modifizierte Version dieser von 1976, die lediglich vorsah, dass die DDR "Bürgern anderer Staaten oder Staatenlosen Asyl gewähren (kann), wenn sie wegen politischer, wissenschaftlicher oder kultureller Tätigkeiten zur Verteidigung des Friedens, der Demokratie, der Interessen des werktätigen Volkes oder wegen ihrer Teilnahme am sozialen und nationalen Befreiungskampf verfolgt wurden"³⁹. Diese Modifikation änderte den rechtlichen Rahmen von einem Asylrecht unter bestimmten Bedingungen zu einer vollständigen Kann-Bestimmung⁴⁰.

Zudem regelten zwei Ausländergesetze die Bedingungen für Asyl in der DDR, die „Verordnung des Ministerrats über den Aufenthalt von Ausländern im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 14. Dezember 1956, in der statt von Asyl nur von „Aufenthaltsberechtigung“ die Rede war, sowie das „Gesetz der Volkskammer über die Gewährung des Aufenthaltes für Ausländer in der Deutschen

³⁶ Vgl. Denoyer, Aurélie: Integration und Identität – Die spanischen politischen Flüchtlinge in der DDR, in: Priemel: Transit/ Transfer, 2011, S. 113–139; Kreienbrink, Axel: Der Umgang mit Flüchtlingen in der DDR am Beispiel der spanischen 'politischen Emigranten', in: Totalitarismus und Demokratie 2 (2005), S. 317–344; Poutrus: Teure Genossen, 2005, hier S. 233–241; Grebe, Inga: Grußadressen, Kleiderspende, Kaderschulung - Zur Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei Spaniens, in: Hallesches Heft zur Zeitgeschichte Heft 7 (2000), S. 57–83.

³⁷ Vgl. Dufner, Georg J.: Chile als Partner, Exempel und Prüfstein. Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Band 61, Heft 4 (2013), S. 513–549; Emmerling, Inga: Die DDR und Chile - Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität, Berlin 2013; Maurin, Jost: Die DDR als Asylland. Flüchtlinge aus Chile 1972-1989, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft H. 51 (2003) 9, S. 814–831.

³⁸ Verfassung der DDR, Berlin (Ost) 1949, S. 5.

³⁹ Verfassung der DDR, Berlin (Ost) 1976, S. 28.

⁴⁰ Vgl. Poutrus: Mit strengem Blick, 2003, hier S. 236–241.

Demokratischen Republik – Ausländergesetz“ – vom 28. Juni 1979⁴¹. Wurde schon in diesen Gesetzestexten eine Willkür bei der Gewährung von Asyl festgeschrieben (es bestand keine Form von Rechtssicherheit, stattdessen wurde die Erteilung einer Genehmigung „von der Vorlage entsprechender Unterlagen abhängig gemacht (...), die (...) zeitlich und örtlich beschränkt, versagt, entzogen oder für ungültig erklärt werden konnte“⁴² – ohne Begründung wie auch ohne die Möglichkeit, dagegen vorzugehen und beispielsweise den Gerichtsweg zu wählen), wurde diese Gesetzgebung durch zusätzliche informelle Entscheidungsstrukturen noch einmal untergraben. So regelten zwei geheime Dienstvorschriften von 1976 und 1979, dass – anders als im offiziellen Gesetzestext geschrieben, der suggeriert, der Ministerrat oder andere Staatsorgane der DDR hätten die Entscheidung über Asyl zu treffen – in allen Fällen von Asylersuchen eine sofortige Abstimmung mit der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED, dem MfS und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vorzunehmen sei.⁴³

In den Archiven sind eine ganze Reihe von Fällen dokumentiert, in denen eine solche kollektiv gefällte Entscheidung zu Ungunsten des Asylsuchenden ausfiel.⁴⁴ Patrice Poutrus hat den Fall von drei Seeleuten mit ägyptischer Staatsbürgerschaft rekonstruiert, die auf eigene Faust in die DDR einreisten und dort mit dem Hinweis auf politische Verfolgung in ihrem Heimatland um Asyl baten, was ihnen jedoch nicht zuerkannt wurde.⁴⁵

Ein ganz ähnlicher Fall findet sich in den Akten der BStU für einen türkischen Staatsbürger. Am 6. August 1982 hatte dieser die Botschaft der DDR im damaligen Jugoslawien aufgesucht und seine Bitte um Asyl vorgetragen. Er gab zu Protokoll,

⁴¹ Einen knappen, aber dafür umso eindrucksvolleren Überblick über die informellen Entscheidungsabläufe bei der Gewährung und Verweigerung von Asyl in der DDR, inklusive ausgewählter Fallbeispiele, sind nachzulesen bei Heidrun Budde. Vgl. Budde, Heidrun: Asyl in der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Agenda DDR-Forschung – Ergebnisse, Probleme, Kontroversen, Münster 2005 (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Band 112), S. 179–192.

⁴² Vgl. ebenda, S. 180.

⁴³ Vgl. ebenda.

⁴⁴ Im Bundesarchiv wird die Akte „Nicht zugestimmte Asylersuchen 1978–1987“ aufbewahrt, die hunderte von abgelehnten Asylanfragen enthält. Die "Anträge" auf Asyl wurden dabei entweder in den Botschaften oder Konsulaten der DDR in den Heimat- oder Zufluchtsländern der Asylsuchenden gestellt, per Post an die DDR gerichtet oder nach Einreise in die DDR gestellt. Dabei baten Menschen aus allen Teilen der Welt um Asyl in der DDR. Vgl. Nicht zugestimmte Asylersuchen 1978–1987, BArch, DO/1 9.0 502004.

⁴⁵ Vgl. Poutrus: Teure Genossen, 2005, S. 247f.

seit 1956 Mitglied der TKP sowie Mitglied der Französischen KP und der CGT und später in Westberlin politisch aktiv gewesen zu sein.⁴⁶ Er erklärte, in eine Reihe von Ländern nicht mehr einreisen zu können und brachte seinen Willen zum Ausdruck, für immer in der DDR zu bleiben.⁴⁷

Eine vom MfS eingeleitete Überprüfung ergab, dass es sich bei dem Asylsuchenden um einen ehemaligen inoffiziellen Mitarbeiter handelte, der als „ausgesprochener Wandervogel“, „Idealist“ und „durchschnittlich im Intelligenzgrad“ des Asyls für nicht würdig und für die weitere „Nutzung“ als Spitzel als unbrauchbar betrachtet wurde, was eine Ablehnung seines Antrages bedeutete⁴⁸.

In den Akten „Nicht zugestimmte Asylersuchen“, die im Bundesarchiv zugänglich sind, ist auch der Schriftverkehr zum Fall Hasan I.⁴⁹ aufbewahrt, der als türkischer Staatsbürger⁵⁰ am 8. April 1980 mit seiner Frau politisches Asyl in der DDR beantragte. Der Antrag der beiden wurde in nur wenigen Stunden durch die Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED und das MfS beraten und noch am selben Tag negativ beschieden.⁵¹

Diese Fallbeispiele zeigen, dass die in der DDR-Verfassung festgehaltene Regelung in der Praxis tatsächlich bedeutete, dass nur ins Land kommen und dort bleiben konnte, wer dies mit ausdrücklicher Genehmigung oder auf Einladung der Organisationen, Partei oder des Staates tat.

In der Historiografie wurde auch darauf hingewiesen, dass neben den drei "großen" Gruppen politischer Emigrant_innen (insgesamt handelte es sich hier um nicht mehr als viertausend Menschen, im Vergleich dazu lebten 1989 93500 Vertragsarbeiter_innen in der DDR), kleineren Gruppen, wie einigen Mitgliedern der iranischen Tudeh-Partei⁵², und Einzelpersonen das Exil in der DDR ermöglicht

⁴⁶ Vgl. Asylersuchen eines türkischen Staatsbürgers, Berlin 9. August 1982, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 4; Telegramm aus Belgrad von Gen. Vogl HA Kons an Gen. Dr. Burkert Abt. Sch., BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 8.

⁴⁷ Vgl. Vermerk, Abteilung XXII/4 Berlin, 14.8.1982, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 9.

⁴⁸ Vgl. Vermerk, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 9 und 10.

⁴⁹ Vgl. auch Budde: Asyl in der DDR, 2005, S. 181f.

⁵⁰ Insgesamt sind in den nicht zugestimmten Asylersuchen acht Anträge von türkischen Staatsbürgern archiviert.

⁵¹ Vgl. Nicht zugestimmte Asylersuchen 1978–1987.

⁵² Vgl. Poutrus: Teure Genossen, 2005, S. 241f. Mitglieder der Tudeh-Partei bezogen ab Mitte der achtziger Jahre ein Büro in dem Geschäftsgebäude der TKP in der Leipziger Dinterstraße. Vgl. Einschätzung der Sicherheitslage der Dienstobjekte und Mietbereiche der in Leipzig konspirativ

wurde und zudem Mitglieder von Organisationen des "antiimperialistischen Befreiungskampfes" ⁵³ kurzfristig in der DDR verweilten, zum Zweck der medizinischen Behandlung, Erholung, der Ausbildung oder des Transits.

Was waren nun die Merkmale, anhand derer man von einer Gruppe von politischen Emigrant_innen überhaupt sprechen kann, was machte sie – unabhängig von Zeitpunkt der Migration und Herkunftsland – zu einer migrationspolitischen Kategorie? Zunächst einmal wurden die hier erwähnten Menschen von Seiten der DDR-Staatsführung und der SED als solche definiert, was aufgrund der Tatsache, dass der Status entscheidend für die Gewährung von Asyl war und gleichzeitig von einer relativen Willkür abhing von enormer Bedeutung war. Auch die TKP-Mitglieder wurden als politische Emigrant_innen definiert und genossen als solche einen besonderen Aufenthaltsstatus: "Der Generalsekretär, 4 Politbüro-Mitglieder und 34 Mitglieder der TKP erhielten Asyl in der DDR."⁵⁴

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die SED-Führung allem Anschein nach ihre Kontrollhoheit darüber, wer in die DDR einreisen, dort bleiben und diese wieder verlassen konnte, mit der TKP-Führung zu teilen bereit war. So wurde „auf Ersuchen der Kommunistischen Partei der Türkei (...) durch das ZK der SED mit dem MdI vereinbart, ohne vorherige Abstimmung keinem Türken den ständigen Aufenthalt beziehungsweise das Studium usw. in der DDR zu gewähren.“⁵⁵

Wie bei allen in der DDR lebenden Migrant_innen und damit auch bei allen "Polit. Emigranten" war der dauerhafte Aufenthalt in der DDR dennoch nur als befristet bis zum Zeitpunkt einer möglichen Rückkehr in das Heimatland konzipiert. Dies galt auch für die türkeistämmigen Emigrant_innen.

Offensichtliche Unterschiede zwischen ihnen und den anderen "Polit. Emigranten" bestanden in dreierlei Hinsicht. Erstens konterkarierte die penible Geheimhaltung über die Existenz der türkeistämmigen Emigrant_innen die Öffentlichkeit des politischen Asyls von Griech_innen, Spanier_innen und Chilen_innen. Denn anders

arbeitenden Kommunistischen Parteien KP Türkei, Tudehpartei Iran, BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14, 292 und 269.

⁵³ Bisher dokumentiert ist dies für Mitglieder der palästinensischen PLO, der algerischen FLN, des südafrikanischen ANC und der namibischen SWAPO.

⁵⁴ BStU, MfS, BVfS Leipzig Leitung, 01963, 1.

⁵⁵ Vgl. Information zur Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Hauptabteilung II, AG Ausländer, Berlin 8.1.1980, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 18.

als im Fall der bekannten und in der Historiografie bereits thematisierten Kohorten politischer Emigrant_innen, deren Aufnahme und Leben in der DDR als Akt internationaler Solidarität öffentlich gezeigt wurde, unterlag der dauerhafte Aufenthalt der TKPler_innen in der DDR strengster Geheimhaltung.

Zweitens gingen im Fall der Türkischen Kommunistischen Partei deren Spitzenfunktionär_innen ins ostdeutsche Exil. Zwar waren auch bei den anderen "Polit. Emigranten" Aufnahme und Asyl an eine Mitgliedschaft beziehungsweise familiäre Verbindungen zu den jeweiligen Kommunistischen Parteien (oder anderen als fortschrittlich definierten Parteien und Organisationen) gebunden, doch wählten deren führende Kader in der Regel das Exil in Moskau⁵⁶. Damit zusammenhängend waren drittens die Anforderungen an eine Eingliederung in den DDR-Alltag beziehungsweise an politische Tätigkeiten unterschiedlich. Während den "PEs" die reibungslose Eingliederung in den Alltag der DDR abverlangt und eine eigenständige politische Betätigung jenseits von SED, FDJ, Gewerkschaft oder den von oben organisierten Szenen internationaler Solidarität in der Regel unerwünscht war, verhielt es sich im Fall der Türkeistämmigen umgekehrt. Von ihnen wurde erwartet, dass sie eine Exilführung ihrer Partei aufbauten, was die SED logistisch, finanziell und ideologisch unterstützte. Beteiligung an den politischen Strukturen der DDR-Gesellschaft, die über gegenseitige Einladungen und Treffen zwischen TKP- und SED-Funktionär_innen hinausgingen, waren für das Exil der türkeistämmigen Emigrant_innen jedoch ausdrücklich nicht vorgesehen. "An den regelmäßigen Treffen der FDJ an der Uni durften sie nicht teilnehmen, politische Aktivitäten waren ihnen verboten."⁵⁷

Allem Anschein nach handelte es sich bei der TKP um die einzige Kommunistische Partei weltweit, deren Führung längerfristig im Exil in der DDR lebte und arbeitete. Bisher bekannt ist, dass ein ähnlicher Plan für einen Teil der Führung der griechischen KKE bestand, deren Patenschaft 1968, nach der Spaltung der KKE in einen eurokommunistischen und einen orthodoxen moskauloyalen Teil, von Rumänien auf die DDR überging. Damit verbunden sollte ein Teil der Exilführung

⁵⁶ Vgl. Poutrus: *Mit strengem Blick*, 2003, S. 243.

⁵⁷ Vgl. Wierth, Alke: *Flucht nach Ostberlin*, in: *taz - die tageszeitung* - vom 21.01.2002.

der KKE aus dem Bukarester Exil in die DDR weiterziehen⁵⁸. Möglicherweise ist es dazu tatsächlich gekommen, und es sind Mitglieder des ZK der KKE Ende der sechziger Jahre nach Karl-Marx-Stadt emigriert, eventuell ist dieses Vorhaben aber auch den 1973 aufgenommenen diplomatischen Beziehungen zwischen der DDR und Griechenland zum Opfer gefallen.

Andeutungen über andere in der DDR betreute „Parteikader“ finden sich auch in den Akten des MfS, so zum Beispiel in einer „Anordnung zum Schutz des Führungszentrums des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei in Leipzig“, in der es heißt:

„Es wird vorgeschlagen, der AG Ausländer die politisch-operative Verantwortung für die zentrale Koordinierung der erforderlichen Schutzbestimmungen in Bezug auf die TKP **und anderer** (Hevorhebung durch die Autorin) durch die Abt. VI des ZK in der DDR betreute ausländische Parteikader (analog der Verantwortung für die Irakische KP) zu übertragen.“⁵⁹

Relativ sicher scheint es jedoch, dass neben der TKP keine weitere „Bruderpartei“ über einen vergleichbar langen Zeitraum unter klandestinen Bedingungen in der DDR arbeiten konnte. Daraus ergaben sich – auch wenn bezüglich Umgang und Umständen des Aufenthaltes in der DDR einige Gemeinsamkeiten mit den anderen Gruppen der "Polit. Emigranten" bestanden – eine Reihe von Unterschieden. Auch wenn die TKPler_innen in der bestehenden Differenzierung der Migrantengruppen am ehesten den "Polit. Emigranten" zuzuordnen wären (sowie zum Teil den ausländischen Studierenden), sollen sie im Folgenden als singulärer Fall behandelt werden, da es sich bei türkeistämmigen politischen Emigrant_innen in der DDR, vor allem bei der Leipziger Gruppe (also denjenigen, die Mitarbeiter_innen der TKP-Zentrale in Leipzig waren) eben nicht einfach nur um loyale KP-Mitglieder handelte, sondern um die Leitung der Partei, die als solche aus der DDR heraus agierte. Dennoch bleibt festzuhalten, dass der Zugang zu Rechten und Privilegien

⁵⁸ Andreas Stergiou erwähnt einen Beschluss des ZK der KKE, der vorsah in der DDR einen Teil der Führung anzusiedeln und – wie bei der TKP – einen Radiosender von der DDR aus zu betreiben. Allerdings lässt er offen, ob und wenn ja in welchem Ausmaß es dazu kam. Vgl. Stergiou, Andreas: Kommunistische Realpolitik – Das bizarre Verhältnis der SED zur Kommunistikó Kómma Elládas (1968–1989), in: Bauerkämper/ Di Palma. Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs, 2011, S. 226–240, hier S. 232f.; Vgl. auch Stergiou, Andreas: Im Spagat zwischen Solidarität und Realpolitik. Die Beziehungen zwischen der DDR und Griechenland und das Verhältnis der SED zur KKE. Mannheim 2001, S. 119–136.

⁵⁹ Politisch-operativer Schutz des Führungszentrums des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei in Leipzig, Hauptabteilung II AG Ausländer, Berlin 13.05.1981, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 35.

für die türkeistämmigen Emigrant_innen dem der anderen „Polit. Emigranten“ sehr ähnlich war.

2.2. Entstehungsgeschichte der TKP

Inspiziert von der russischen Oktoberrevolution 1917 formierten sich zwischen 1918 und 1920 mehrere kommunistische Gruppierungen und Zirkel in Anatolien, die sich 1920 zur Kommunistischen Partei der Türkei (TKP, in den Quellen wird auch hin und wieder das Kürzel KPdT oder KPT verwendet) zusammenschlossen. Diese war am Rande des von der Kommunistischen Internationale ausgerufenen Kongresses der Völker des Ostens in Baku/ Azerbaidschan offiziell gegründet worden⁶⁰. Nach der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg, an deren Seite das Osmanische Reich gekämpft hatte, hatten sich im Verlauf der Neuordnungspläne militärische Auseinandersetzungen um die in den Verträgen von Sèvres festgehaltenen Gebietsverluste für die Türkei entwickelt. Unter der Führung von Mustafa Kemal Pascha erkämpften die Kuvayı Milliye (Nationale Kräfte) im türkischen Befreiungskrieg – mit Unterstützung Sowjetrusslands beziehungsweise der jungen Sowjetunion – die 1923 durch den Vertrag von Lausanne völkerrechtlich verbindlichen Grenzen der heutigen Türkei und begründeten diese als Republik am 29. Oktober desselben Jahres.

Als sich die Führungsriege der jungen TKP um Mustafa Suphi 1921 – also noch während des Krieges – entschloss, das Exil in Georgien zu verlassen und in die Türkei zu reisen, starb sie unter bis heute ungeklärten Umständen auf dem Schwarzen Meer bei Trabzon⁶¹. Für die Türkei war "das (...) das Ende des Kommunismus auf lange Zeit".⁶²

Die Regierung der Bolschewiki in Russland – ebenso die Komintern – tat sich schwer, Stellung zu der naheliegenden Vermutung, die TKPler_innen seien Opfer eines politischen Attentates der kemalistischen Truppen geworden, zu beziehen, da sie auch nationale und „antiimperialistische“ Befreiungsbewegungen unterstützte. Sie sah die kemalistische Armee als solche an und stand daher vor einem Dilemma,

⁶⁰ Vgl. Gökay, Bülent: *Soviet Eastern policy and Turkey – 1920–1991: Soviet Foreign Policy, Turkey and Communism*, Oxford 2006, S. 20–23.

⁶¹ Vgl. Plaggenborg, Stefan: *Ordnung und Gewalt: Kemalismus - Faschismus - Sozialismus*, München 2012, S. 117–119.

⁶² Ebenda, S. 118.

da zu den Gründungsmomenten der Türkischen Republik neben der Zwangsassimilation der ethnischen Minderheiten – Laz_innen, Tscherkes_innen und Kurd_innen – und dem Völkermord an 1,5 Millionen Armenier_innen durch jungtürkische Truppen während des Ersten Weltkrieges, auch die Verfolgung von die "nationale Einheit" gefährdenden politischen Oppositionellen gehörte. Zu diesen zählten aus Sicht der kemalistischen Bewegung auch Kommunist_innen, so dass seit jeher ein aggressiver nach innen gerichteter Antikommunismus Bestandteil des Kemalismus gewesen war, der Atatürk jedoch nicht daran hinderte, sich um freundschaftliche Beziehungen zur UdSSR zu bemühen. Die 1921 und 1925 geschlossenen Freundschaftsverträge⁶³ zwischen der Sowjetunion und der Türkei (beziehungsweise der Führung der kemalistischen Armee 1921) zeugen davon. Die aus diesem Widerspruch erwachsene Zurückhaltung der Komintern und der Sowjetunion gegenüber der TKP war sicherlich einer der Gründe dafür, dass diese in den folgenden Jahrzehnten als quasi nicht existent bezeichnet werden kann. Ihre Aktivitäten beschränkten sich bis in die fünfziger Jahre hinein vornehmlich auf das Verlegen marxistischer Literatur und die Vorbereitung einer Neugründung. Eine solche wurde zunächst vereitelt durch die 1951 durchgeführten Komünist tevkifat, Massenprozessen gegen mehr als hundert TKP-Mitglieder, die zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden. In der Phase nach dem ersten Militärputsch am 27. Mai 1960 ermöglichte eine demokratische Verfassung die Bildung von neuen linken Parteien. In diese Zeit fällt – neben anderen – auch die Gründung der TIP (Türkiye İşçi Partisi – Türkische Arbeiterpartei, moskauloyal), die 1965 mit fünfzehn Abgeordneten in das türkische Parlament einziehen konnte. TKP und TIP sollten 1988 – mit Unterstützung der SED – zur TBKP (Türkiye Birlesik Komünist Partisi – Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei) fusionieren. Bis zum zweiten Militärputsch am 12. März 1971 hatten sich zudem eine Reihe von Gruppen gebildet, die sich – inspiriert von den westeuropäischen Bewegungen um 1968 – an verschiedenen Strömungen der internationalen Linken orientierten (vor allem moskauloyale Strömung, lateinamerikanische Guerillabewegung, Maoismus

⁶³ Zum türkisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag Vgl. Grothusen, Klaus-Detlev: Außenpolitik der Türkei, in: Ders. (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch, Band IV, Göttingen 1985, S. 88–117, hier S. 99; Pöschl, Rainer: Vom Neutralismus zur Blockpolitik: Hintergründe der Wende in der türkischen Außenpolitik nach Kemal Atatürk, München 1985, S. 61f.

und Hoxhaismus; in der Türkei existierte zeitweise die zahlenmäßig größte hoxhaistische Strömung außerhalb Albaniens) und sich gegenseitig bekämpften, gleichzeitig jedoch Einfluss in Teilen der Bevölkerung entfalten konnten⁶⁴. Bis zu diesem Zeitpunkt war die TKP nicht nur gesellschaftlich, sondern auch als Teil der türkischen Linken ohne besonderen Einfluss und marginalisiert. Ihre Kader saßen im Gefängnis oder befanden sich im Exil, ihr Führungszentrum in der DDR und sie vermochte es nicht, in der Türkei in Erscheinung zu treten. Dies änderte sich – trotz des weiteren Verbotes der TKP (und auch der TIP) nach dem zweiten Militärputsch 1971 – im Verlauf der siebziger Jahre mit dem Aufstieg der Gewerkschaft DISK (Türkiye Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu – Könföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei)⁶⁵, die von der TKP maßgeblich beeinflusst und später kontrolliert wurde. Wie oben schon erwähnt, schlossen sich die beiden pro-sowjetischen Parteien TKP und TIP zusammen und gründeten 1988 die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei. Die Generalsekretäre der beiden Komponenten, Nihat Sargin (TIP) und Haydar Kutlu (TKP), verließen daraufhin öffentlich ihr Exil und kehrten in die Türkei zurück, wo sie verhaftet und vor Gericht gestellt wurden. 1990 wurden sie – auch nach internationalem Druck – aus dem Gefängnis entlassen. Die TBKP wurde indes 1990 ebenfalls vom Verfassungsgericht der Türkei verboten, woraufhin Haydar Kutlu noch die Gründung der SBP (Sosyalist Birlik Partisi – Partei der sozialistischen Einheit) initiierte.

Wie bereits weiter oben ausgeführt, besteht ein Mangel an transnationalen Ansätzen in der Historiografie der türkischen Linksbewegung. Doch gerade wegen der starken Bezüge zu den Strömungen des Ostblocks und der lateinamerikanischen Linken einer- und der zahlenmäßig großen türkeistämmigen Diaspora in West- und Nordeuropa andererseits, ist die Geschichte der türkisch-kurdischen Linken und der

⁶⁴ Vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen/ Verfassungsschutz (Hrsg.): Historische Entwicklung der politischen Linksbewegung in der Türkei, Düsseldorf 2006, S. 4–7; Zürcher, Jan Erik: Turkey: A Modern History, London 2005, S. 241–277; Çağlar, Gazi: Die Türkei zwischen Orient und Okzident. Eine politische Analyse ihrer Geschichte und Gegenwart, Münster 2003, S. 188–191; Ahmad, Feroz: The making of modern Turkey, London 1993, S. 148–180.

⁶⁵ Zu DISK vgl. Dinler, Demet Şahende: Gewerkschaften in der Türkei: Interessenvertretung unter schwersten Bedingungen, Berlin 2013, S. 1–5; Baydar, Oya: Gewerkschaften in der Türkei: Historische Entwicklung, Organisationsstrukturen und rechtliche Rahmenbedingungen, Istanbul 1999, S.24f.

hier besonders betrachteten TKP – stärker noch als die anderer Kommunistischen Parteien Europas – nur mithilfe einer transnationalen Perspektive in all ihren Dimensionen zu erfassen, was bisher ein Forschungsdesiderat darstellt.

2.3. Das Verhältnis zwischen DDR und Türkei 1949 bis 1989

Das Agieren der SED beziehungsweise DDR-Staatsführung wurde bestimmt von dem Streben nach internationaler Anerkennung, Wirtschaftsverträgen und dem Ausbau diplomatischer Beziehungen einerseits und dem Selbstverständnis als Partei und Staat des praktizierenden proletarischen Internationalismus andererseits⁶⁶. Diese häufig auseinanderdriftenden Interessen führten immer wieder dazu, dass zeitgleich disparate Partner- und Seilschaften eingegangen und gepflegt wurden⁶⁷. Dies gilt auch für das komplexe Beziehungsgeflecht zwischen der DDR-Staatsführung und der Türkei auf der einen sowie der TKP-Mitglieder auf der anderen Seite und die offiziellen Beziehungen zwischen SED und TKP. Während für eine Reihe von Fällen zusammenfassend bilanziert werden kann, dass die Politik "der Unterstützung linker Oppositioneller von rechten Regimes (...) in wachsendem Maße der diplomatischen Agenda der DDR untergeordnet wurde"⁶⁸, lässt die Politik bezüglich der Türkei eher eine Parallelität widersprüchlicher Praxen erkennen. Dabei existierten drei Beziehungsschichten: die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Türkei, die die wirtschaftlichen, politischen und diplomatischen Beziehungen umfassten; die offiziellen Beziehungen zwischen den Bruderparteien SED (und ihrer Schwesterparteien in Westdeutschland, also der DKP/ SEW⁶⁹) und TKP, die öffentlich in der DDR-Presse und der Parteipresse der

⁶⁶ Zur Einführung vgl. Siebs, Benno-Eide: Die Außenpolitik der DDR 1976–1989: Strategien und Grenzen, Paderborn 1999.

⁶⁷ Andreas Stergiou hat dies für das Beispiel der Beziehungen zwischen der DDR und Griechenland und der KKE, SED und PASOK ausgeführt. Vgl.: Stergiou: Kommunistische Realpolitik - Das bizarre Verhältnis der SED zur Kommunistikó Kómma Elládas, 2011; Georg Dufner hat anlässlich des vierzigsten Jahrestages des Pinochet-Putsches in Chile nachgezeichnet, wie im Verhältnis zwischen DDR und Chile die wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zwischen den beiden Staaten unbeeindruckt von der öffentlichen Ablehnung des Pinochet-Regimes durch das DDR-Regime und der Aufnahme der zweitausend verfolgten Chilenen prosperieren konnte. Vgl. Dufner, Chile als Partner, 2013.

⁶⁸ Mac Con Uladh: "Studium bei Freunden?", 2005, S. 195.

⁶⁹ So wurden wichtige Pressekonferenzen der TKP-Führung in der Regel unter der Schirmherrschaft der SEW abgehalten. Weitere Quellen zeugen von der offenen Beziehungspflege des Westablegers der SED mit der TKP. Vgl.: Schmitt, Horst: SEW und TKP. Ansprachen auf der internationalen Solidaritätsveranstaltung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins am 3. Oktober 1985, Berlin (West) 1986; Schmitt, Horst: Es lebe der proletarische Internationalismus!, Berlin (West) 1986;

TKP dokumentiert wurden und schließlich die klandestinen Beziehungen zwischen der SED/ DDR und der TKP, die Gegenstand dieser Arbeit sind.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass zudem noch ein ambivalentes Verhältnis zur Türkei den Blick der DDR-Institutionen und der SED auf diese prägte. Denn die in den Gründerjahren der Türkischen Republik wohlwollende Haltung der Sowjetunion gegenüber der Türkei (siehe oben) wirkte auch nach 1945 nach. Als Staat, der aus der Emanzipation gegenüber den imperialistischen Großmächten entstanden war, gab die Türkei aus Sicht der DDR durchaus ein gutes Vorbild für nationale Befreiungsbewegungen ab.

Auf der Ebene der zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der DDR und der Türkei⁷⁰ fand seit Mitte der fünfziger Jahre eine Annäherung der beiden Staaten zunächst auf ökonomischer Ebene statt. Obwohl die Türkei die DDR nach ihrer Gründung nicht anerkannte, schloss sie mit ihr mehrere Handels- und Zahlungsabkommen ab. Im Frühjahr 1957 – dem Jahr des Beginns des TKP-Exils in Leipzig – nahm die TOBB (Türkiye Odalar ve Borsalar Birliği – Union der Kammern und Börsen der Türkei) als Repräsentantin der türkischen Wirtschaft erstmals an der Leipziger Messe teil, was von DDR-Seite als großer Erfolg betrachtet wurde.⁷¹ 1955 war die Handelsvertretung der Kammer für Außenhandel der DDR in Istanbul gegründet worden.⁷² Immer wieder kamen im Rahmen von Wirtschaftsverträgen zwischen der Türkei und der DDR auch bei türkischen Unternehmen angestellte Arbeiter_innen für einige Zeit in die DDR. Der Militärputsch 1960 in der Türkei wie auch der Bau der Berliner Mauer 1961 unterbrachen die aus Sicht beider Staaten sich gut entwickelnden Beziehungen, allerdings jeweils nur für kurze Zeit.

Schmitt, Horst/ Kutlu, Haydar/ Parteivorstand der SEW (Hrsg.): 65 Jahre Kommunistische Partei der Türkei - 65 Jahre unermüdlichen und opferreichen Kampfes für die nationale und soziale Befreiung aller Werktätigen des Landes! - Ansprache auf d. internationalen Solidaritätsveranstaltung der SEW am 3. Oktober 1985, Berlin (West) 1985.

⁷⁰ Dieses Thema ist bisher leider nur sehr eingeschränkt erforscht. Im türkischsprachigen Raum existiert dazu keine Literatur. Auf deutscher Seite hat Dr. Can Özren mit seiner Dissertation aus dem Jahr 1998 eine gründliche Studie der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei für die Jahre 1945 bis 1963 vorgenommen. Vgl.: Özren, Can: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei (1945/49–1963). Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung, Münster 1998 (=Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas, Band 5).

⁷¹ Özren: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei, 1998, S. 186.

⁷² Ebenda, S. 343.

Während der sechziger Jahre etablierte sich zudem die wissenschaftliche Beschäftigung mit Geschichte und Kultur der Türkei und die Ausbildung von Türkisch-Dolmetscher_innen in der DDR durch die Begründung der Turkologie als eigenständige Disziplin und Teil der Sektion Asienwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin 1963.⁷³

Im Zuge weiterer Annäherungen, einer Welle von Anerkennungen der DDR durch nichtsozialistische Staaten und ihrer Aufnahme in die UNO wurden am 1. Juni 1974 offizielle diplomatische Beziehungen zwischen der DDR und der Türkei aufgenommen und Botschafter ausgetauscht. Dies verstärkte freilich die paradoxe Situation, die sich aus dem Bemühen um Anerkennung und wirtschaftlichen Austausch und der gleichzeitigen Unterstützung für oppositionelle und kommunistische Kräfte ergab.

So pflegte beispielsweise das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR in den siebziger und achtziger Jahren einen herzlichen Umgang mit der Staatsführung der Türkei und schickte je nach Anlass Kondolenzschreiben oder Glückwünsche, während zur gleichen Zeit der Führung der TKP Asyl und umfangreiche Unterstützung in der DDR gewährt wurden. Den Bemühungen um den Erhalt und den Ausbau der Beziehungen zur Türkei tat auch der Militärputsch 1980, der immerhin eine Welle von Verhaftungen von Gewerkschafter_innen, Linken und Kommunist_innen (allein zweitausend Mitglieder der TKP wurden in dieser Zeit in Haft genommen) in der Türkei nach sich zog, keinen Abbruch. So hieß es in einer Gesprächsempfehlung an Horst Sindermann (Mitglied des Politbüros der SED) zum Antrittsbesuch des neuen Botschafters der Türkei in der DDR vom 28. Oktober 1980 (also eineinhalb Monate nach der Machtübernahme des Militärs in der Türkei):

„Die Beziehungen DDR-Türkei haben sich normal entwickelt. Die DDR ist bereit, auf der Basis der Politik der friedlichen Koexistenz diesen Prozess durch die Weiterentwicklung auf allen Gebieten kontinuierlich weiterzuentwickeln. Dafür gibt es eine ganze Reihe von Möglichkeiten.“⁷⁴

⁷³ Zur Geschichte der Turkologie in der DDR vgl. Kleinmichel, Sigrid: Die Turkologie in der DDR, in: Barthel, Günter (Hrsg.): Der Kemalismus und die moderne Türkei. asia, africa, latin america special issue 5, Berlin 1979.

⁷⁴ Gesprächsempfehlung (...) Genossen Horst Sindermann zum Antrittsbesuch des (...) Botschafters der Republik Türkei in der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Özdemir Yigit, BArch, DA/1, 16498.

Ein ganz ähnlich lautendes Informationsdossier zum Amtsantritt des (wiederum neuen) türkischen Botschafters in der DDR Ende 1984 enthält zudem folgende Schlussnotiz:

„Dem Botschafter der DDR in Ankara wurde in jüngster Zeit wiederholt (zuletzt am 15.11.) erklärt, daß es zwischen der Türkei und der DDR keine Entwicklung der bilateralen Beziehungen, keinen Dialog, keinen Vertrag geben könne, solange der Sender der KP der Türkei `Bizim Radio´ seine Sendungen nicht eingestellt hat. Der türkischen Seite wurde stets erklärt, daß ein solcher Sender im Verantwortungsbereich der zuständigen Organe der DDR nicht arbeitet, die DDR keinen solchen Sender betreibt.“⁷⁵

Offenbar tat sich die Regierung der Türkei schwer damit, die Strategie der DDR-Außenpolitik – Unterstützung der Kommunist_innen bei gleichzeitiger Beziehungspflege gegenüber dem türkischen Staat – kommentarlos zu akzeptieren, auch wenn den Drohungen nie ein tatsächlicher Abbruch der Beziehungen folgte.

Aus Sicht der Ministerien der DDR entwickelten sich die Beziehungen der beiden Länder mindestens seit 1974 durchweg positiv. Immer wieder jedoch formulierte man die Zielsetzung, zukünftig noch mehr bilaterale Wirtschafts- und Handelsverträge abzuschließen⁷⁶, während zeitgleich in den internen Dossiers und Rundbriefen innerhalb eingeweihter SED-Funktionäre und des MfS die aktuelle Situation in der Türkei aus „marxistisch-leninistischer“ Sicht analysiert und mit der Perspektive einer Stärkung der TKP und des proletarischen Kampfes verbunden wurde.

1989 fasste ein_e Mitarbeiter_in des Ministeriums der Justiz der DDR als Vignette zur Aushandlung eines Vertrages über „Rechtshilfe in Zivil- und Handelssachen“ und eines Vertrages über „Rechtshilfe in Strafsachen“ zwischen der Türkei und der DDR die Entwicklungen beider Länder zusammen. Dort findet sich eine chronologische Auflistung der geschlossenen Handelsabkommen, der Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen bis hin zur Rückgabe von Keilschriftentafeln 1987 an die Türkei. Scheinbar geradlinig progressiv hatte sich – möchte man dem Papier Glauben schenken – das Verhältnis der beiden Länder zueinander entwickelt. Dass die TKP dreißig Jahre lang ihre Zentrale in Leipzig unterhielt oder überhaupt

⁷⁵ Zusatz zu Informationsmaterialien Antrittsbesuche türkischer Botschafter, BArch, DA/1, 15728.

⁷⁶ Vgl. Informationsmaterial über die Republik Türkei, BArch, DP/1, 21690, Teil 2 von 2.

auch nur ein_e TKPler_in Schutz und Unterstützung in der DDR gefunden hatte, wird auch hier mit keiner Silbe erwähnt.⁷⁷

Wohl erwähnt wurden allerdings gegenüber der Öffentlichkeit die „brüderlichen Verbindungen“ zwischen der SED und der TKP – ohne dabei die besondere Rolle der DDR als Gastland für TKPler_innen jemals zu thematisieren. Das Neue Deutschland berichtete regelmäßig von der TKP und den aktuellen Entwicklungen in der Türkei, besonders intensiv gegen Ende der achtziger Jahre, als Haydar Kutlu und Nihat Sargin nach ihrer selbstgewählten Rückkehr aus dem Exil in der Türkei verhaftet und vor Gericht gestellt worden waren. Insgesamt lassen sich sechzig Erwähnungen Ismail Bilens⁷⁸ recherchieren, wobei mehr als hundert Artikel den ihn beerbenden Generalsekretär Haydar Kutlu betrafen.

Wie auch in anderen Fällen lässt sich für die Beziehungen zwischen der Türkei und der DDR und die Beziehungen zwischen der TKP und der SED eine Koinzidenz der diplomatischen und wirtschaftlichen Annäherung auf offizieller zwischenstaatlicher Ebene und der Solidarisierung zwischen den Parteien, von denen die TKP in Opposition zum türkischen Staat stand, konstatieren.

3. Die Leipziger Kolonie der TKP 1957 bis 1989

3.1. Türkeistämmige in der DDR?

Die TKPler_innen waren nicht die einzigen Türkeistämmigen, die in der DDR lebten. Neben den zwanzig bis dreißig Menschen, die nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Türkei und der DDR 1974 als Mitarbeiter_innen oder Angehörige der türkischen Botschaft in der DDR ansässig wurden, waren es vor allem tuerkeistaemmige Arbeiter_innen und Auszubildende, die im Rahmen der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und der Türkei für einen längerfristigen Aufenthalt in die DDR kamen, wobei es sich dabei um nie mehr als ein paar Dutzend zur gleichen Zeit handelte.

⁷⁷ Vgl. Informationsmaterial über die Republik Türkei, BArch, DP/1, 21690, Teil 2 von 2.

⁷⁸ Sogar nach seinem Tod nur unter der Verwendung des Vornamenkürzels I.

Zudem gibt es wenige aus Zufällen zustande gekommene Einzelfälle von Türkeistämmigen in der DDR, die mit keiner der hier angesprochenen Entwicklungen in Verbindung standen. Die Spur einer solchen Geschichte hat Achmed Talib in den Quellen des DDR-Apparates hinterlassen. Im Juli 1964 wurden alle Bezirke Ostberlins aufgefordert, eine detaillierte Übersicht der in ihrem Gebiet lebenden Ausländer_innen anzufertigen.⁷⁹ Diese ergab, dass in Pankow ein Schuhmacher lebte – der einzige polizeilich gemeldete Türkeistämmige im Ostteil der Hauptstadt zu dieser Zeit –, bei dem es sich um den 1901 geborenen Achmed Talib handelte, der 1917 aus Konstantinopel ins Deutsche Kaiserreich gekommen war⁸⁰ und seitdem in Ostberlin beziehungsweise Brandenburg gelebt und gearbeitet hatte. 1961 war Talib, der die NS-Zeit als Staatenloser in Fürstenwalde verbracht hatte, von der DDR eingebürgert worden. Dennoch wurde er – offenbar aufgrund seiner Herkunft – als „Ausländer“ erfasst und „eingeschätzt“.

Diese Geschichte ist – wie gesagt – nicht exemplarisch. Eine Verbindung zu den hier untersuchten türkeistämmigen „Polit. Emigranten“ besteht nur durch die gemeinsame Herkunft, die jedoch immerhin bewirkte, dass Talib in einigen Erhebungen von SED und MfS gemeinsam mit den politischen Emigrant_innen unter der Kategorie "In der DDR lebende türkische Staatsangehörige" (trotz seiner Einbürgerung!) aufgeführt wurde.

Die Zahlen der in der DDR lebenden Türkeistämmigen unterlagen Schwankungen, wobei die Anzahl von hundertfünfzig Personen nie überschritten wurde. Bezüglich der TKPler_innen zeigen die Quellen – hier sind vor allem die namentlichen Auflistungen aller Mitarbeiter_innen der Leipziger Zentrale zu nennen⁸¹ –, dass es über dreißig Jahre einen relativ regen personellen Austausch gab. TKP-Mitglieder, aber beispielsweise auch bulgarische Staatsangehörige türkischer Nationalität, die die KP Bulgariens zur Unterstützung der TKP entsandt hatte, kamen aus der Türkei nach Leipzig, einige kehrten nach ein paar Monaten oder Jahren wieder zurück oder

⁷⁹ Vgl. Analyse über die in der Hauptstadt der DDR polizeilich gemeldeten Devisen Inländer und Einschätzung der in der Hauptstadt lebenden portugiesischen und türkischen Staatsangehörigen, BStU, MfS Zentralarchiv, 196/69, 224–226 sowie 337 und 338.

⁸⁰ Das Anne-Frank-Zentrum hat die Biographie Talibs im Rahmen des Projektes „Her seyden önce İnsani – Zuerst einmal bin ich Mensch“ über Migrationen zwischen der Türkei und Deutschland rekonstruiert. Vgl. <http://www.annefrank.de/mensch/achmed-talib/biografie/>, recherchiert am 14.03.2014.

⁸¹ BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 5–33.

verließen die DDR in Richtung Westen. Unter Berücksichtigung dieses Durchlaufs werden bis 1990 um die fünfhundert Türkeistämmige in der DDR längerfristig gelebt haben. Nicht berücksichtigt sind dabei die Deutschtürk_innen, die in den achtziger Jahren die DDR besuchten (6000 pro Monat), ebenso wenig wie Türkeistämmige, die aus der Türkei kommend die DDR als Tourist_innen bereisten.

3.2. In Leipzig

Mit einer nur ein- bis zweiprozentigen Ausländerquote (im Jahr 1990, in Westdeutschland waren es zur gleichen Zeit acht Prozent) ist „Einwanderungspolitik und -praxis in der DDR (...) schwerlich ein Thema von quantitativem Interesse. Zahlen beeindrucken hier nur bedingt (...).“⁸² Diese Feststellung trifft auf die Geschichte der türkeistämmigen politischen Emigrant_innen in der DDR erst Recht zu. Auch wenn es zunächst überraschen mag, dass überhaupt Türkeistämmige den Weg in die DDR fanden, so handelte es sich dabei mit einigen hundert Menschen um ein zweifellos marginales Phänomen. Es ist in der Literatur über Migrant_innen in der DDR jedoch immer wieder betont worden, dass trotz der geringen Einwanderung diese keine zu vernachlässigende Größe sei⁸³, da von der Untersuchung migrantischen Lebens in der DDR unter anderem neue Erkenntnisse über die Verfasstheit der DDR-Gesellschaft und die Wurzeln der Hass-Gewalt der frühen neunziger Jahre in den neuen Bundesländern gewonnen werden können⁸⁴.

Die Anzahl von türkeistämmigen Emigrant_innen in der DDR war jedoch so gering und die Umstände ihres Aufenthaltes in der DDR so atypisch, dass sie nicht einmal als Exempel für die Untersuchung dieser allgemeineren Fragestellungen zu taugen scheinen. Doch auch aus ihrer Geschichte können wir etwas über „jene Aspekte, die sich der schlichten Quantifizierung entziehen“⁸⁵ erfahren. Dennoch erlaubt es

⁸² Priemel, Kim Christian: *Transit/ Transfer – Zur Einführung*, in: Ders. (Hrsg.): *Transit/ Transfer*, 2011, S. 7–22, S. 9.

⁸³ Ebenda, S. 10.

⁸⁴ Vgl. u.a. Behrends, Jan C./ Poutrus, Patrice G.: *Xenophobia in the Former GDR – explorations and explanation from a historical perspective*, in: Burszta, Wojciech, Józef (Hrsg.): *Nationalisms Across the Globe. An overview of Nationalisms in State-Endowed and Stateless Nations*, Bd. 1: Europe, Poznan 2005, S. 155–170; Poutrus, Patrice G./ Behrends, Jan C./ Kuck, Dennis: *Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000*, S. 15–21.

⁸⁵ Priemel: *Transit/ Transfer*, 2011, S. 10.

diese Gruppe, den Fokus auf spezifische Erscheinungen zu richten. Das erste dieser Phänomene ist die bereits im vorherigen Kapitel umrissene Einflussnahme im Rahmen eines transstaatlichen und transnationalen Wirkungsdreiecks zwischen der Leipziger Kolonie von TKPler_innen, der türkeistämmigen Diaspora in Westdeutschland und der Linksbewegung in der Türkei, die jeweils auch in einem Wirkungszusammenhang mit der betreffenden Gesamtgesellschaft standen.

Der zweite besondere Aspekt ist der des Alltagslebens unter den Bedingungen der Klandestinität. Auch wenn Konspiration seit jeher Bestandteil kommunistischer Bewegungen und Organisationen war, lebten doch die bereits untersuchten Gruppen von Migrant_innen in der DDR nicht im Verborgenen, sondern – und dies galt besonders für die anderen politischen Emigrant_innen – im Gegenteil als öffentlich gezeigte Empfänger_innen internationaler Solidarität.

Diese beiden Aspekte des Themas, die in der Einleitung bereits als Fragestellungen formuliert wurden und sich aus den besonderen Bedingungen des Exils der Türkeistämmigen ergeben, sollen im nun folgenden Teil der Arbeit genauer untersucht werden.

3.3. Der Beginn des Exils in der DDR

Als seit den frühen zwanziger Jahren illegale Partei wurde die TKP seit den dreißiger Jahren stets aus dem Exil heraus geführt. Waren ihre führenden Kader bis 1945 in der Sowjetunion⁸⁶, übernahmen die nach Ende des Zweiten Weltkriegs nach sowjetischem Vorbild entstandenen Staaten im Südosten Europas die Aufgabe, den TKPler_innen Aufenthalt und Unterstützung zu gewähren. Ismail Bilen⁸⁷ hielt sich nach langer Zeit in Moskau, wo er bis zu ihrer angeordneten Auflösung 1943 als

⁸⁶ Der bekannteste türkische Lyriker und gleichzeitig prominentester TKPler Nâzım Hikmet blieb dort bis zu seinem Tod 1963. Zwei bekannte Opfer des Stalinismus waren das 1949 verhaftete und 1954 im Arbeitslager gestorbene TKP-Mitglied Salih Hacıoğlu und das ZK-Mitglied Fahri Remzi Hıfzı. Hıfzı wurde am 8. Oktober 1937 verhaftet und war am 19. Februar 1938 wegen Spionage zum Tode verurteilt worden. Das Urteil wurde am selben Tag vollstreckt.

⁸⁷ Ismail Bilen wurde 1902 geboren und starb 1983. Er war von 1973 bis Anfang des Jahres 1983 Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), bis zu seinem Tod deren Vorsitzender. Der TKP war er 1922 beigetreten. Nach mehreren Jahren in der Sowjetunion kam Bilen spätestens in den sechziger Jahren, wahrscheinlich schon 1957 in die DDR, um dort die Zentrale des ZK der TKP in Leipzig aufzubauen. Vgl. Gürel, Burak/ Özkan, Fulya: İsmail Bilen, in: *Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce* cilt 8: Sol içinde (Politisches Denken in der modernen Türkei Band 8: Die Linke), Istanbul 2007, S. 294–309.

Mitarbeiter der Komintern tätig gewesen war, zunächst wahrscheinlich in Bulgarien und Rumänien auf.

Es ist nicht mit Sicherheit festzustellen, ab wann genau sich türkeistämmige Kommunist_innen in der DDR aufhielten und wann damit begonnen wurde, „Bizim Radio“ aus Leipzig zu senden. In vielen Akten des MfS ist jedoch davon die Rede, dass

„die Türkische Kommunistische Partei (...) seit 1957 mit Unterstützung des ZK der SED ihr Führungszentrum mit Sitz in Leipzig aufgebaut (hat) und eine Reihe von Einrichtungen zur Leitung und Organisationen der Parteiarbeit, wie Redaktion und Studios für Sendeaufnahmen, Redaktion des Parteiorgans, Parteischule, Treffobjekt geschaffen (wurden).“⁸⁸

Vermutlich aufgrund der gestiegenen Bedeutung guter Beziehungen zur Türkei für die UdSSR nach Ende des Zweiten Weltkrieges, musste ein neuer Ort für das Exil der TKP-Führung gefunden werden. Weshalb die Wahl auf die DDR fiel, ist nicht mehr nachzuvollziehen. Die Nähe zur millionenstarken türkeistämmigen Diaspora in Westdeutschland und Europa kommt als Grund freilich nicht in Frage. Dieser sich erst in den Jahren nach der Wahl des Exilortes herausstellende historische Zufall musste aus Sicht der Beteiligten wie eine glückliche Fügung erscheinen und hat sicherlich dazu beigetragen, dass der Sitz in Leipzig zumindest seit den späten sechziger Jahren nicht mehr in Frage gestellt wurde.

3.4. Unterstützung durch staatliche Institutionen und SED-Parteiorgane

Das Exil der türkeistämmigen politischen Emigranten_innen wurde von Seiten der SED und des Staatsapparates der DDR großzügig protegiert.

Wie bereits erwähnt, stellte die SED der TKP ein Gebäude in der Leipziger Dinterstraße zur Verfügung, in dem neben mehreren Büros und Versammlungsräumlichkeiten auch Studios für die Produktion des Radios und Sendeanlagen sowie eine Druckerei vorhanden waren. Ab 1985 kam ein zweites Gebäude in der Käthe-Kollwitz Straße in Leipzig hinzu. Wegen der Verdoppelung der Mitarbeiterzahlen nach 1983 wurden nun Sendegebäude und Redaktion sowie Leitungsgebäude getrennt. Neben einer Treffwohnung in Ostberlin unterhielt die

⁸⁸ Vorschlag zur Einleitung von Schutzmassnahmen zur erhöhten persönlichen Sicherheit des Generalsekretärs, 26.5.1978, BStU MfS, BVfS Leipzig Leitung, 01963, 342.

TKP zu dieser Zeit zudem vier weitere Wohnungen in Leipzig zur Unterbringung durchreisender TKPler_innen und ein Gästehaus.⁸⁹

Den Mitarbeiter_innen der TKP-Zentrale und ihren mitreisenden oder nachgezogenen Familien wurden Wohnungen zugewiesen. Sie erhielten als offiziell bei einem SED-Betrieb Angestellte einen monatlichen Lohn, der ihren Lebensunterhalt sicherte.

Offenbar konnte die TKP zudem zu jeder Zeit Anfragen an das ZK der SED richten und um konkrete materielle Unterstützung ersuchen. Im November 1959 zum Beispiel schrieb die TKP einen Brief an Walter Ulbricht und bat um Hilfe für den Ausbau der Kapazitäten des Rundfunksenders.⁹⁰

In den Protokollen der ZK Sitzungen der SED finden sich Beschlüsse, wie der vom 3. September 1971 über den Druck eines Buches für die TKP:

„9.) Druck eines Buches fuer die Kommunistische Partei der Tuerkei
Dem Druck eines Buches (3000 Exemplare) fuer die Kommunistische Partei der Tuerkei wird zugestimmt. Die Kosten in Hoehe von 10.000 Mark werden vom ZK der SED uebernommen. Die ZENTRAG wird mit der Herstellung des Buches beauftragt.“⁹¹

Im Protokoll Nr. 62 vom 6. Juni 1977 wird unter Punkt „11. Anfertigung von 25.000 Parteiabzeichen für die Kommunistische Partei der Türkei“ festgehalten, dass der „Anfertigung von 25.000 Parteiabzeichen für die Kommunistische Partei der Türkei (...) zugestimmt (wird). 2. Die Kosten in Höhe von 32.000,- M werden von der Hauptkasse des ZK der SED getragen.“⁹²

Politbüro- und ZK-Sitzungen der TKP, an denen auch Mitglieder dieser Gremien, die nicht dauerhaft in der DDR lebten, zum Beispiel aus der Bundesrepublik, teilnahmen, fanden in Gästehäusern der SED statt und wurden von dem zuständigen Mitarbeiter der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED organisiert und betreut. Die Reisefreiheit war nicht eingeschränkt. Anträge auf Reisen ins Ausland wurden in der Regel positiv beschieden. Sollte ein_e Mitarbeiter_in der

⁸⁹ Sicherungsanalyse, BStU, MfS, HA X, Nr. 401, Teil 1 von 2, 260.

⁹⁰ Vgl. Brief der Türkischen Kommunistischen Partei vom November 1959 an Ulbricht/ ZK der SED, BArch SAPMO, NL 182/1298.

⁹¹ Protokoll Nr. 24 Im Umlauf bestaetigt durch die Genossen Honecker, Hager, Jarowinsky, Mittag, Naumann, Herrmann am 3. September 1971, S. 5, BArch SAPMO, DY/30/J IV 2/3 1778.

⁹² Protokoll Nr. 62 vom 6.6.1977, BArch SAPMO, DY/30/J IV 2/3 1778.

TKP-Zentrale in Leipzig die DDR verlassen beziehungsweise wieder einreisen, reichte im Prinzip eine Meldung beim Büro von Hermann Axen, das daraufhin die Grenzbeamten_innen informierte, die die in der Regel mit falschen Papieren Ein- und Ausreisenden die Grenze passieren ließen.

Dass diesbezügliche Dienstefrigkeit von entsprechenden Anweisungen „von oben“ abhing, zeigen zwei Begebenheiten, die der Autorin in Interviews beschrieben wurden. Erstere bezieht sich auf eine ebensolche Grenzübertrittssituation: Als ein junger, aus Köln kommender TKPler, der zum Studium in der DDR ausgewählt worden war, am Übergang Friedrichstraße dem Grenzbeamten ausrichtete, er werde „erwartet“ (wie ihm von seiner Kontaktperson aufgetragen worden war), reagierte der Uniformierte auf den jungen Türkeistämmigen mit der abfälligen Bemerkung, dass „wohl seine Freundin“ ihn erwarte. Eine unverhohlene Anspielung auf die von den DDR-Behörden mit großer Sorge zur Kenntnis genommene Anbahnung „eheähnlicher Verhältnisse“⁹³ zwischen deutsch-türkischen männlichen Besuchern aus Westberlin und DDR-Bürgerinnen. Aufgrund des Beharrens des Mannes griff der Grenzbeamte zum Telefonhörer, woraufhin sich sein Verhalten schlagartig änderte und ein halbes Dutzend Grenzer den TKPler händeschüttelnd über die Grenze begleiteten.⁹⁴

Eine weitere ganz ähnliche Geschichte wusste eben dieser zum Studium nach Ostberlin gekommene TKPler zu berichten, der 1988 seine zu diesem Zeitpunkt bereits langjährige Freundin und Mutter seiner beiden Kinder heiraten wollte. Diese Absicht vortragend wurde insbesondere der DDR-Bürgerin vom Standesbeamten ein Ausreisevorhaben unterstellt. Eine daraufhin erfolgte Beschwerde der beiden hatte zur Folge, dass sie eine Entschuldigung erhielten und die Ehe unverzüglich geschlossen werden konnte.⁹⁵

Hier zeigt sich deutlich die Verankerung eines rassistischen Stereotyps des „Südländers“, der auf ungebührliche Weise den weißen DDR-Frauen nachstelle, im Denken einiger DDR-Behördenmitarbeiter_innen. Dieses Stereotyp spielte – wie beispielsweise Patrice Poutrus untersucht hat – auch in Konflikten zwischen schwarzen Vertragsarbeiter_innen und weißen DDR-Bürger_innen immer wieder

⁹³ BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 121.

⁹⁴ Vgl. Transkript Interview mit Tanju Ö., S. 4.

⁹⁵ Ebenda, S. 7.

eine Rolle, wobei aus Sicht der damit befassten Behörden sehr häufig die Vertragsarbeiter_innen die Verantwortung für das Eskalieren einer Auseinandersetzung trugen.⁹⁶

3.5. MfS – auch "Schild und Schwert" der Bruderpartei?

Das Ministerium für Staatssicherheit observierte das Gebäude, in dem sich die TKP-Zentrale befand, ebenso wie die Tagungen des Politbüros oder des ZK und spionierte die Wohnumgebungen der TKP-Mitglieder aus⁹⁷ (ab 1981 oblag die Verantwortung dafür der AG Ausländer⁹⁸). Allem Anschein nach tat es dies mit der Unterstützung, nach Rücksprache und auf ausdrücklichen Wunsch zumindest des ZK der TKP und des Generalsekretärs. Vor allem Ismail Bilen bat immer wieder um Verstärkung bei der Sicherung seiner Person, meldete dem MfS und dem Büro Axen aus seiner Sicht verdächtige Begebenheiten⁹⁹ und traf sich regelmäßig mit Mitarbeiter_innen des MfS um die weitere Zusammenarbeit zu erörtern.

In dem Bericht eines solchen Gespräches wird dann auch deutlich, wie privilegiert die Führungsriege der TKP war. Auf eineinhalb Seiten Bericht fasste der Stasi-Mitarbeiter zusammen, dass Bilen im Großen und Ganzen zufrieden sei. Als konkrete Wünsche hätte er lediglich die Bereitstellung eines größeren und schnelleren Wagens geäußert, da sein Wolga für einen Parteivorsitzenden „zu unbequem und zu langsam“ sei. Die einzige konkrete Maßnahme, die diesem Treffen folgte, war also die Anschaffung eines neuen Autos für Bilen. Bezüglich der Anschaffung und Ausstattung dieses „Firmenwagens“ zeigte man sich von DDR-Seite besonders generös. Der angeschaffte Fiat wurde nicht nur mit Sicherheitstechnik aufgerüstet, sondern erhielt auch ein Kassettendeck.¹⁰⁰

Wie schon in der Sekundärliteratur dargelegt, hat das MfS vor allem seit Erich Mielkes sogenanntem Ausländerbefehl vom März 1981 verstärkt in

⁹⁶ Vgl. Poutrus: „Teure Genossen“, 2005, S. 257f.

⁹⁷ Vgl. Wohngebiet Gen. Bilen, BStU, MfS, BVfS Leipzig, SR PS, 00079, 58–95.

⁹⁸ Vgl. Politisch-operativer Schutz des Führungszentrums des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei in Leipzig, Berlin, 13.05.1981, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 35.

⁹⁹ Vgl. BStU, MfS, BVfS Leipzig, SR PS, 00079, 100f.

¹⁰⁰ Vgl. Nachrüstung des PKW Fiat 131 CL – Verwaltungsnummer 6135605, BStU, MfS, BVfS Leipzig, SR PS, 00079, 99.

Westdeutschland lebende Migrant_innen, aber auch Migrant_innen in der DDR als inoffizielle Mitarbeiter_innen angeworben.¹⁰¹

In einer Zusammenfassung für die 1976 gegründete und 1980 in die Hauptabteilung II eingegliederte AG Ausländer¹⁰² des MfS wurde die Aufgabenstellung, die sich aus diesem Befehl ergab, folgendermaßen formuliert:

„Zu verstärken sind dabei die Anstrengungen, bedeutsame Ausländerkonzentrationen in Westberlin inoffiziell zu durchdringen und von dort ausgehende feindliche und politisch schädigende Aktivitäten gegen die DDR bzw. Angriffe und Beeinflussungsversuche gegen bei uns aufhältige Ausländer zu erkennen und vorbeugend zu verhindern.

Zu beachten ist natürlich, dass sich die Mehrzahl der Ausländer nicht für feindlich-negative Aktivitäten missbrauchen lässt bzw. nicht alle Ausländer in gleicher Weise gefährdet oder zur politisch-operativen Nutzung geeignet sind.

Das erfordert, wie immer in der tschekistischen Arbeit, differenziert vorzugehen und die Klärung der Frage „Wer ist wer?“ auf operativ bedeutsame Ausländergruppen bzw. Ausländer zu konzentrieren.

Wir müssen auch beim Ausländer wissen:

Wer ist ein Feind?

Wer nimmt feindliche Haltungen ein?

Wer kann zum Feind werden?

Wer unterstützt feindliche Einflüsse?

Auf wen können wir uns verlassen?“¹⁰³

Bezogen auf die Türkeistämmigen hatte diese Zäsur bei der Anwerbung von Migrant_innen für das MfS jedoch kaum Auswirkungen. Auch wenn die türkeistämmige Community in Westdeutschland als in mehrfacher Hinsicht interessant für Spionagetätigkeiten des MfS galt und die türkeistämmige Linke im Besonderen, fokussierte sich die Anwerbung auf die sechstausend monatlich zu Tagesbesuchen in die DDR kommenden Deutschtürk_innen aus Westdeutschland, vor allem aus dem Westteil Berlins. Unter Migrant_innen in der DDR wurde ebenfalls angeworben und mindestens Selçuk T. hatte sich nach eigenen Angaben bereits Ende der siebziger Jahre – kurz nach seiner Emigration in die DDR – als IM verpflichtet.¹⁰⁴ Doch wurden die TKPler_innen keineswegs mit außergewöhnlich hoher Aufmerksamkeit der Stasi bedacht, weder was die Beobachtung dieser noch die Anwerbung unter den TKPler_innen anbelangte.

¹⁰¹ Vgl. Herbstritt: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage, 2007, S. 148–167.

¹⁰² Vgl. Engelmann, Roger: Das MfS-Lexikon, Berlin 2012, S. 41.

¹⁰³ BStU, MfS, HA II, Nr. 22858, 179.

¹⁰⁴ Vgl. Transkript des Interviews mit Selçuk T. vom 02.10.2013, S. 3.

Dennoch sind einige Fälle in den Akten der BStU dokumentiert, in denen es zu gezielter Observation und zu Verhören von Mitarbeiter_innen der TKP-Zentrale kam, weil diese durch „auffälliges“ Verhalten das Misstrauen des MfS geweckt hatten. 1969 wurde Ali D. befragt, der mit Zeitungen im Gepäck und gefälschten Papieren von West- nach Ostberlin eingereist war, ein Postfach im Postamt Wilhelm-Pieck-Straße aufgesucht und fünf Stunden später als zunächst angegeben die DDR wieder verlassen hatte.¹⁰⁵ Ahmed Halis O. – bulgarischer Staatsbürger und ebenfalls Mitglied der TKP – hatte seit 1964 in Leipzig gearbeitet und wurde in den siebziger Jahren wegen Schiebereien, Spionageverdacht und Westbesuchen verhaftet.¹⁰⁶

Seit 1969 lebte in der Leipziger Rosenthalgasse eine vierköpfige türkeistämmige Familie, die zunächst aus der Türkei nach Bulgarien und dann in die DDR immigriert war. Die Eltern arbeiteten in der Leipziger TKP-Zentrale. Ausführlich dokumentiert ist, dass alle Familienmitglieder als inoffizielle Mitarbeiter_innen vom MfS angeheuert werden konnten, später jedoch ins Visier des MfS gerieten und der Sohn der Familie als junger Mann 1976 wegen Diebstahls verurteilt wurde und eine Gefängnisstrafe absitzen musste.¹⁰⁷

Auf Wunsch des ZK der SED, Abteilung Internationale Verbindungen, wurde der Mitarbeiter der TKP-Zentrale Rahmi Alp O. alias Oktay K. ab September 1986 ständig beobachtet. Er war langjähriger persönlicher Sekretär von Ismail Bilen gewesen und hatte die Aufmerksamkeit der Stasi erregt, weil er trotz eines längeren Aufenthalts in der DDR noch einen BRD-Fremdenpass besaß, häufiger reiste, alleinstehend war und sich über die normale Dienstzeit hinaus im Dienstobjekt – also dem TKP-Gebäude – aufhielt.¹⁰⁸

Es ist denkbar, dass sich ab dem Jahr 1985 die Skepsis der Gastgeber gegenüber den türkeistämmigen Exilant_innen zudem erhöhte. Immerhin standen diese auch nach der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU – anders als die SED – weiter straff hinter der Moskauer Führung. Mehr noch, sie interessierten sich besonders für Gorbatschows Öffnungspolitik, wie weiter unten noch erläutert

¹⁰⁵ Vgl. BStU, MfS, HA II/19, 12241.

¹⁰⁶ Vgl. Briefverkehr des MfS mit bulgarischen Behörden, BStU, MfS, AP, 16786/78.

¹⁰⁷ Der gesamte Vorgang ist detailliert dokumentiert. Vgl. BStU, MfS BV Leipzig I XIII, 1169, 72, 12–179.

¹⁰⁸ Vgl. BStU, MfS AP 8945/89, 53.

werden wird. Ob zwischen dieser Entwicklung und der Spionage rund um die Gebäude der TKP tatsächlich ein Zusammenhang bestand, ist jedoch nicht mehr nachzuweisen.

Abbildung I: Zeitleiste

1917: Russische Oktoberrevolution.

1920: Vertrag von Sèvres.

1919–1923: Türkische Unabhängigkeitskriege.

1920: Gründung der Kommunistischen Partei der Türkei in Baku.

1921: Ermordung 16 führender türkischer Kommunist_innen auf dem Schwarzmeer bei Trabzon.

1921: Moskauer Vertrag zwischen der Türkei und Sowjetrussland.

29. Oktober 1923: Gründung der Republik Türkei.

1925: Türkisch-sowjetischer Freundschaftsvertrag.

1930er Jahre: Exil Ismail Bilens in der UdSSR.

7. Oktober 1949: Gründung der DDR, Abbruch aller Handelsbeziehungen in den Ostteil Deutschlands von Seiten der Türkei.

22.4.1954: Handels- und Zahlungsabkommen zwischen Türkei und DDR.

1957: Die Führung der TKP um Ismail Bilen geht ins ostdeutsche Exil.

27. Mai 1960: Erster Militärputsch in der Türkei.

13. August 1961: Bau der Berliner Mauer.

1961: Erstes Anwerbeabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei.

1965: Die TIP wird mit 15 Abgeordneten in das türkische Parlament gewählt.

1967: Gründung der Gewerkschaft DISK.

1968: Niederschlagung des Prager Frühlings.

12. März 1971: Zweiter Militärputsch in der Türkei.

1970er Jahre: Debatten innerhalb und zwischen verschiedenen KPn Europas (KPI, CPGB, KPF, KPE, KKE) und den Staatsparteien der Warschauer Pakt Staaten unter dem Eindruck der Herausbildung eurokommunistischer Strömung(en).

1971–1980: TKP gewinnt an Einfluss innerhalb der türkischen Linken, vor allem durch die Kontrolle von DISK in der Türkei und von ATTF, FIDEF und ABÖK in der Bundesrepublik, West- und Nordeuropa.

September 1973: Aufnahme der DDR in die UNO.

1. Juni 1974: Die DDR und die Republik Türkei tauschen Botschafter aus und nehmen diplomatische Beziehungen auf.

Ende Juni 1978: Der türkische Ministerpräsident Bülent Ecevit besucht die Sowjetunion.

27.12.1979: Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan.

12. September 1980: Dritter Militärputsch in der Türkei.

1983: Haydar Kutlu wird Generalsekretär der TKP, der Vorsitzende (und langjährige Generalsekretär) Ismail Bilen stirbt.

1983: Beginn der Verhandlungen zwischen TKP und TIP über eine Fusion unter Führung von Haydar Kutlu (TKP) und Behice Boran (TIP).

11. März 1985: Gorbatschow wird Generalsekretär der KPdSU, Beginn von Glasnost.

1987: Beginn von Perestroika.

7. Oktober 1987: Behice Boran stirbt in ihrem Brüsseler Exil.

5. Dezember 1987: Öffentliche Rückkehr Haydar Kutlus in die Türkei gemeinsam mit Nihat Sargın, dem Nachfolger von Behice Boran, Verhaftung.

17. und 18.05.1988: Vereinigung von TKP und TIP zur TBKP bei Moskau.

1988: Gerichtsprozess gegen Haydar Kutlu und Nihat Sargin.

1989: Mauerfall.

1988 bis 1990: Auflösung der TKP-Zentrale in Leipzig.

1990: Entlassung Kutlus und Sargins aus der Haft, Verbot der TBKP.

3. Oktober 1990: Deutsche Wiedervereinigung.

3.6. Die türkeistämmige Diaspora in der Bundesrepublik, ihre Verbindungen zur Linksbewegung in der Türkei und der Einfluss der TKP

TKP-Mitglieder, die in der DDR Unterschlupf fanden und Unterstützung genossen, fungierten als Akteur_innen innerhalb eines sich gegenseitig bedingenden transnationalen Wirkungsdreieck, dessen Punkte in der Türkei, Westdeutschland und in der DDR lagen und die durch Transferbeziehungen miteinander verbunden waren. Dies ist insoweit besonders interessant, als dass in dem Zeitraum, in dem die TKP ihre Exilführung in Leipzig aufbauen konnte, die türkeistämmige Diaspora in der Bundesrepublik Deutschland zur zahlenmäßig stärksten Migrantengruppe answoll und sich gleichzeitig in der Türkei ein Prozess politischer Polarisierung vollzog, in dem die Linksbewegung, deren Bestandteil die TKP war, zu einem wirkmächtigen Faktor werden konnte.

Türkeistämmige wanderten zwischen den sechziger und den achtziger Jahren in großer Zahl in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Anzahl der in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürger_innen stieg zwischen 1961 und 1990 von 6800 auf 1780000. Neben den zwischen der Bundesrepublik und der Türkei geschlossenen Anwerbeabkommen, die den Zuzug türkeistämmiger Arbeiter_innen regelten, hatte auch die politisch angespannte Situation in den siebziger und achtziger Jahren Tausende zur Emigration motiviert.

In den jüngeren Ansätzen der Migrationsforschung wird zunehmend davon ausgegangen, dass Migration mehr als die Bewegung von einem Ort zu einem anderen ist und dass die Akteur_innen „verschiedene Beziehungen über nationale Grenzen hinweg aufgebaut (haben) und aufrechterhalten (...) und so eine

Verbindung zwischen Herkunftsgesellschaft und Zielgesellschaft geschaffen wird.“¹⁰⁹ Als diasporische Gemeinschaft, die ihre Identität weder in der verlassenen Heimat zurückgelassen hatte noch sich in der neuen bedingungslos assimilierte, galt auch für viele Türkeistämmige die für die Migrationssoziologie paradigmatische Definition Georg Simmels des Fremden als jenem, "der heute kommt und morgen bleibt – sozusagen der potentielle Wandernde, der, obgleich er nicht weitergezogen ist, die Gelöstheit des Kommens und Gehens nicht ganz überwunden hat."¹¹⁰ So verfolgten viele türkeistämmige Migrant_innen, die in Westdeutschland lebten, die politischen Ereignisse in der Türkei aufmerksam und positionierten sich zu ihnen. Die türkeistämmige Diaspora wurde damit zum Spiegel der gesellschaftlichen und politischen Polarisierung in der Türkei der siebziger und achtziger Jahre, infolge derer der Einfluss linker türkischer und kurdischer und rechtsextremer türkischer Gruppen in Westdeutschland wuchs. Die damit verbundenen Auseinandersetzungen erhielten öffentliche Aufmerksamkeit, wie beispielweise der Mord an dem SEW-Mitglied und TKP-Unterstützer Celalettin Kesim im Januar 1980, der auch in der DDR aufmerksam beobachtet wurde.¹¹¹

Die Mitgliederzahlen von vom deutschen Verfassungsschutz als extremistisch eingestuften türkischen Organisationen stiegen von 6400 im Jahr 1974 auf 11700 im Jahr 1976, 36800 im Jahr 1978 und 58000 im Jahr 1979. 1972 erwähnte der Bundesverfassungsschutz zweiundzwanzig periodisch erscheinende Publikationen linker türkischer Gruppen, von denen sieben dem moskauloyalen Spektrum zugeordnet wurden.¹¹²

Die TKP agierte als in der Türkei illegale Partei auch in Westdeutschland nicht offen und unter ihrem eigenen Namen, sondern funktionierte nach dem Modell einer Geheimorganisation. Dies erschwerte es, genaue Angaben über die Mitgliederzahlen der TKP zu rekonstruieren. In den Akten des MfS ist in einem Dossier über die

¹⁰⁹ Haug, Sonja/ Pichler, Edith: Soziale Netzwerke und Transnationalität, in: Motte/ Ohliger/ von Oswald (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung 1999, S. 259–283, S. 259.

¹¹⁰ Simmel, Georg: Exkurs über den Fremden, in: Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band 11, Frankfurt am Main 1992, S. 764–771, S. 764.

¹¹¹ Vgl. Zur Situation unter türkischen Staatsbürgern im Operationsgebiet und in der DDR unter dem Gesichtspunkt einer notwendigen Qualifizierung des politisch-operativen Schutzes des Führungszentrums der KP der Türkei in der DDR, BStU, MfS, HA II, Nr. 22858, 335–338.

¹¹² Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1972, Bonn 1973, S. 130f.

aktuelle Situation in der Türkei von viertausend bis fünftausend Mitgliedern die Rede¹¹³.

Allerdings gilt es als sicher, dass die TKP starken Einfluss bis hin zur faktischen Kontrolle von größeren Organisationen sowohl in der Türkei als auch in Westdeutschland und Westeuropa ausübte. In der Türkei galt das vor allem für die 1967 gegründete, weiter oben bereits erwähnte Konföderation progressiver Arbeitergewerkschaften – DISK, der 1978 um die 600000 Mitglieder angehörten (zum Vergleich: die größte Dachgewerkschaft der Türkei, Türk-İş hatte im gleichen Jahr 1,6 Millionen Mitglieder).¹¹⁴

In der Bundesrepublik und anderen Ländern West- und Nordeuropas kontrollierten TKP-Mitglieder wesentlich die linken Migrantorganisationen ATTF (Avrupa Türk Toplumcular Federasyonu – Europäische Föderation türkischer Sozialisten e.V., gegründet 1968 in Köln) und FIDEF (gegründet 1977 in Düsseldorf), die mit politischen, aber auch kulturellen Angeboten und Dienstleistungen unter türkeistämmigen Gastarbeiter_innen wirkten. Die größte Dachorganisation, die die TKP unter ihre Kontrolle bringen konnte, war mit 31 Mitgliedsorganisationen ABÖK (Avrupa Baris ve Özgürlük Komitesi – Europakomitee für Frieden und Freiheit).¹¹⁵ Die ATTF galt als größte linke Gruppe türkeistämmiger Migrant_innen in Westeuropa. Nach der Vereinigung mit anderen Gruppen zur FIDEF hatte diese Föderation Ende 1977 7500, 1978 9000 und 1980 (nach Einschätzung des BVS) 18000 eingetragene Mitglieder. Ab 1980 gingen die Mitgliedszahlen langsam wieder zurück.¹¹⁶ 1978 waren mindestens Präsidium und Vorstand von FIDEF in der Hand der TKP.¹¹⁷

Diese Tendenz wurde auch von Seiten der Verantwortlichen des ZK der SED verfolgt, die folgende Information an das MfS weitergaben:

„Die Kommunistische Partei der Türkei verfügt über Bezirks- und Regionalleitungen in der Türkei, in Europa und außereuropäischen Ländern. (...) Die Mitglieder der KP der Türkei arbeiten in Westberlin, in der BRD und in

¹¹³ Vgl. Streng vertraulich! Informationsmaterial über die Kommunistische Partei der Türkei, Stand September 1984, BStU, MfS, HA II, Nr. 26640, 17.

¹¹⁴ Vgl.: Özcan: Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 147f.

¹¹⁵ Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1976, S. 168f. Vgl. auch Özcan: Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, 1989, S. 230f.

¹¹⁶ Vgl. ebenda S. 251.

¹¹⁷ Ebenda, S. 239.

europäischen Ländern besonders unter dem großen Kreis der türkischen
'Gastarbeiter'¹¹⁸

Innerhalb der Linksbewegung der Türkei repräsentierte die TKP als moskauoyale Partei und aufgrund ihres Einflusses in größeren Formationen zu dieser Zeit eine der dominanten Strömungen.

Durch die in Leipzig sitzende Exilleitung der TKP wurde der Austausch zwischen der Türkei und Westdeutschland um einen „unsichtbaren“ dritten Ort und eine dritte Akteursgruppe, die in der DDR lebenden türkeistämmigen Exilant_innen, ergänzt. Die Träger_innen dieses Austausches waren einerseits in der Bundesrepublik lebende Türkeistämmige, die als Kader der TKP Botendienste zwischen Leipzig, Westdeutschland, Westeuropa und der Türkei übernahmen und die TKPler_innen in der DDR selbst. Auch ein Teil der Mitglieder des Politbüros der TKP lebte in Westdeutschland oder anderen Ländern, wobei die gemeinsamen Treffen regelmäßig in Gästehäusern der SED stattfanden.¹¹⁹

1985 waren Kuriere aus Schweden, Dänemark, den Niederlanden, Frankreich, Westdeutschland und Westberlin tätig, deren Aufgabe darin bestand, Verbindungen der TKP aus der DDR ins Ausland zu vermitteln.¹²⁰ Zudem unterhielt die TKP ein aus der DDR heraus koordiniertes Büro in Sofia, vermutlich um die Beziehungen zu TKPler_innen und Sympathisant_innen in die Türkei hinein besser organisieren zu können.¹²¹ Die Kuriere erhielten die in der DDR hergestellten Materialien (Zeitungen, Bücher, Texte), sowie Anweisungen, Beschlüsse und Informationen und verbreiteten diese.

Aus der DDR heraus agierte das ZK der TKP und wirkte damit in die Türkei und gleichzeitig innerhalb der türkeistämmigen Diaspora in Westdeutschland, was wiederum die politische Situation in der Bundesrepublik ebenso wie in der Türkei beeinflusste. Denn die allgemeine Politisierung unter den Türkeistämmigen bezog sich zwar zunächst in erster Linie auf das innertürkische Geschehen, fand aber auch

¹¹⁸ Vgl. Information zur Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Hauptabteilung II, AG Ausländer, Berlin 8.1.1980, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 18.

¹¹⁹ Vgl. Information zur Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Hauptabteilung II, AG Ausländer, Berlin 8.1.1980, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 17.

¹²⁰ Vgl. Sicherheitsanalyse, BStU, MfS, Abt. X, Nr. 401, Teil 1 von 2, 260 und 261.

¹²¹ Ebenda, S. 261.

Ausdruck in der verstärkten Partizipation türkeistämmiger Arbeiter_innen in betrieblichen Auseinandersetzungen in den siebziger Jahren, wie den Streiks in der westdeutschen Autoindustrie¹²².

Gleichzeitig bestimmten die Geschehnisse in beiden Ländern die Tätigkeiten der TKPler_innen in der DDR.

Doch inwiefern beeinflusste das ostdeutsche Exil der TKP-Führung die Möglichkeiten hinsichtlich der Einflussnahme auf die türkeistämmige Diaspora und die Linke in der Türkei und welche Prozesse, Transfers und Entscheidungswege brachte der zuvor abstrahiert dargestellte Wirkungszusammenhang konkret hervor? Wie bereits weiter oben angesprochen wurde, entwickelte sich die TKP in der Zeit des Leipziger Exils ihrer zentralen Leitungsorgane von einer unbedeutenden politischen Gruppe zu einer der einflussreichsten linken Organisationen in der Türkei und vor allem unter in Westdeutschland und Westeuropa lebenden Türkeistämmigen. Aus Sicht einer mit Sicherheitsfragen befassten Institution, möglicherweise des Geheimdienstes unter der Militärregierung der Türkei¹²³, stellte sich die Situation zu Beginn der achtziger Jahre folgendermaßen dar:

„Von den 5 verschiedenen extrem linken und kommunistisch-terroristischen Organisationen der Türkei sind Zweiggruppierungen wie folgt im Ausland tätig:
TKP und im Sinne der TKP:
BRD 114 Holland 9
England 21 Schweden 4
Belgien 13 Dänemark 1
Gesamt 162
(...) Das Schwergewicht der Aktivitäten linksextremer Kräfte in den genannten Ländern liegt bei der TKP und ihr nahestehenden Vereinigungen. (...) FIDEF hat 80 Mitgliederorganisationen und untersteht der TKP (...)“¹²⁴

¹²² Dazu einfürend vgl. Huwer, Jörg: „Gastarbeiter“ im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013.

¹²³ Das betreffende Dokument liegt nur in übersetzter Form und überliefert in den Akten des MfS vor, so dass erstens nicht einwandfrei rekonstruierbar ist, wann und zweitens von wem es ursprünglich verfasst wurde. Es scheint jedoch zwischen 1980 und 1983 geschrieben worden zu sein und in einer der Militärregierung der Türkei unterstellten Behörde, die für die Sicherheitskräfte zuständig war, erstellt worden zu sein. Wie es in die Hände des MfS gelangte, ist hingegen offen. Da das Dokument im Original nicht vorliegt und die Überlieferung unklar ist, ist der Inhalt mit besonderer Skepsis zu betrachten. Er wird an dieser Stelle zitiert, um eine Ahnung davon zu ermöglichen, wie der Einfluss der TKP aus Sicht der türkischen Regierung nach 1980 betrachtet wurde. Vgl. Türkiye'deki Anarsi ve tarörin (sic!) gelismesi, sonuclani ve güvenlik kuvvetleri ile önlennesi – Entwicklung und Ergebnisse von Anarchie und Terror in der Türkei sowie ihre Unterbindung durch die Sicherheitskräfte, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 16531, 144–159.

¹²⁴ Türkiye'deki Anarsi ve tarörin (sic!) gelismesi, sonuclani ve güvenlik kuvvetleri ile önlennesi/Entwicklung und Ergebnisse von Anarchie und Terror in der Türkei sowie ihre Unterbindung durch die Sicherheitskräfte, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 16531, 148.

Aus dieser Quelle wird deutlich, dass die türkische Regierung beziehungsweise ihr Geheimdienst der Linken unter den oppositionellen Strömungen und wiederum der TKP unter den linken Gruppen (wegen ihres rasch wachsenden Einflusses und der materiellen Unterstützung durch die Ostblockstaaten; über diese wusste der Autor des Papiers relativ detailliert zu berichten) das größte Gefahrenpotential beimaß.

Auch problematisiert wurde das in der DDR produzierte Bizim Radio.

Dieses stellte neben den hergestellten Publikationen und dem durch einzelne Akteur_innen vermittelten Transfer von Ideen, Informationen, Anweisungen und Material ein zentrales Medium zwischen der TKP-Leitung in Leipzig, der Links- und Arbeiterbewegung in der Türkei und der Gastarbeitergemeinschaft in Westdeutschland dar. Schon in den sechziger und siebziger Jahren war nach Einschätzung der türkischen Regierung Bizim Radio der einzige aus dem Ostblock gesteuerte Radiosender, der über eine relativ hohe Zuhörerschaft in der Türkei verfügte.¹²⁵ Als Grund für den verhältnismäßig großen Erfolg von Bizim Radio wurde die Beteiligung türkeistämmiger Mitarbeiter_innen an der Produktion des Radios vermutet, die dazu führte, dass "tatsächlich bestehende Probleme der Bevölkerung"¹²⁶ behandelt wurden.

Doch auch in Westdeutschland und anderen europäischen Ländern wurde das TKP-Radio gehört und die dort vertretenen Thesen weiterverbreitet. Von der Autorin interviewte TKPler_innen aus Westdeutschland berichteten, dass sie die Wortlaute der über das Radio verbreiteten Ansprachen des Generalsekretärs auf Flugblätter schrieben und diese dann täglich in Auflagen von mehreren tausend Stück vor Großbetrieben im Ruhrgebiet verteilten, in denen ein hoher Anteil türkeistämmiger Arbeiter_innen beschäftigt war.¹²⁷ Dabei betrafen die Inhalte der Radiosendungen zu einem überwiegenden Teil innenpolitische Themen der Türkei. Darüber hinaus waren die Weltlage und die Rolle der Sowjetunion regelmäßige Themen von Bizim Radio, während Migration nur eine nachgeordnete Rolle spielte.¹²⁸

¹²⁵ Vgl. Özren: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei, 1998, S. 200.

¹²⁶ Ebenda, S. 200.

¹²⁷ Vgl. Transkript des Interviews mit Selçuk T., S. 7.

¹²⁸ Vgl. Texts, notes, quotations, clippings and other printed material used to prepare radio programs and some publications. 1978–1990, IISH, TKP, Broadcasting, 152–216.

So lenkte ein in der DDR von in der DDR lebenden politischen Emigrant_innen hergestelltes Radioprogramm den Blick von Migrant_innen in der Bundesrepublik auf die Geschehnisse in der Türkei.

Alle wichtigen Entscheidungen über Positionen, die die TKP-Mitglieder nach außen hin vertreten sollten, Material, Einschätzungen zu politischen Ereignissen in der Türkei und anderswo wurden in Leipzig oder auf den in der DDR stattfindenden Politbüro- und ZK-Sitzungen gefällt und von dort durch die Hierarchien der Partei hindurch weitergereicht. Diese Top-Down Funktionsweise der ohnehin zentralistisch organisierten KP wurde durch die Konspiration der Parteiarbeit sicherlich noch um ein Vielfaches verstärkt. So lagen zwischen dem vierten und fünften Parteitag der TKP nicht weniger als 51 Jahre, ein Zustand, der mit dem illegalen Status der Partei gerechtfertigt wurde.¹²⁹

Da die Basismitglieder der TKP oft nur den ihnen höher stehenden Kontaktmann kannten beziehungsweise mit diesem regelmäßigen Austausch hatten und die Strukturen der Partei intransparent waren, bestand kaum Möglichkeit, Entscheidungen „von oben“ zu debattieren und in Frage zu stellen. Diese Weitergabe von Entscheidungen und aufgestellten Thesen beziehungsweise Forderungen wirkte sowohl in die Bundesrepublik als auch in die Türkei hinein. Sie erreichten zunächst die dortigen TKP-Mitglieder, die als Multiplikatoren der in Leipzig ausgearbeiteten Linie, diese oder „Übersetzungen“ dieser in die breitere Linke, in die Gewerkschaften und Betriebe trugen. Als führende Aktivist_innen in großen Migrantenvereinen, als Betriebsräte und Vertrauensleute in der Bundesrepublik sorgten sie dafür, dass die in der DDR von den dortigen Mitarbeitern der TKP-Zentrale ausgearbeitete Linie und die westdeutsche Politik miteinander in Berührung kamen und so politische Artikulation und Partizipation tausender türkeistämmiger Migrant_innen strukturierte.

Ein gutes Beispiel für einen jener Akteure, die für den Austausch der TKPler_innen zwischen der DDR, Westeuropa und der Türkei sorgten, ist der 1944 in Tokat geborene und heute in der Türkei lebende Yaşar Nabi Yağcı, dessen Deckname

¹²⁹ Vgl. Streng geheim! Informationsmaterial über die Kommunistische Partei der Türkei, BStU, MfS, HA II, Nr. 26640, 37.

Haydar Kutlu lautete. Kutlu hatte an der Universität Istanbul Rechtswissenschaften studiert und war in den frühen sechziger Jahren zunächst Mitglied der TIP geworden. In den siebziger Jahren gehörte er zu den prominenten Aktivist_innen der Druckergewerkschaft Basen-İş. Nach seinem Eintritt in die TKP 1974 war er von 1975 bis 1981 deren Türkei-Verantwortlicher und ab 1978 Mitglied des Politbüros. 1981 floh Kutlu vor der drohenden Verfolgung in der Türkei ins Ausland und wurde 1983 Generalsekretär der TKP. Irgendwann zwischen 1981 und 1983 muss Kutlu in die DDR gekommen sein, wo er bis zu seiner offiziellen Rückkehr in die Türkei – gemeinsam mit dem TIP-Generalsekretär Nihat Sargın – am 5. Dezember 1987 lebte. Noch am Flughafen der türkischen Hauptstadt Ankara wurden die beiden verhaftet. Sowohl die Verhaftung als auch der folgende Gerichtsprozess erregten international Aufmerksamkeit und waren Gegenstand von Menschenrechtskampagnen – nicht nur in der DDR und anderen Staaten des Ostblockes. Kutlu und Sargın waren – wie nach dem Militärputsch von 1980 Zehntausende – nach den Paragrafen 141 und 142 (Delikte des Klassenkämpfertums und separatistische Propaganda) des damaligen Strafgesetzbuches der Türkei angeklagt worden. 1990 wurde Kutlu aus der Haft entlassen, heute lebt heute er als linker Kolumnist und Schriftsteller in der Türkei. Anders als sein Vorgänger Bilen, der seit den dreißiger Jahren nicht mehr in der Türkei gelebt hatte, reiste Kutlu regelmäßig konspirativ in die Türkei, nach Westdeutschland und Westeuropa, um seine Kontakte zu anderen TKP-Mitgliedern oder Personen aus dem Umfeld der Partei und anderen linken Gruppen zu pflegen. Dies galt vor allem für die TIP, deren Führungsfiguren um die linke Ikone Behice Boran¹³⁰ in den achtziger Jahren in Belgien lebten.

Im Gegenzug besuchte Boran auch die DDR, um sich mit Kutlu und anderen TKP-Genoss_innen zu beraten, wie zum Beispiel vom 17. bis 23. Mai 1987.¹³¹

¹³⁰ Behice Boran wurde am 1. Mai 1910 in Bursa geboren und starb am 7. Oktober 1987 in Brüssel. Sie studierte in den USA und promovierte in Sozialwissenschaften. Seit den fünfziger Jahren gehörte sie zu den bekanntesten linken Aktivistinnen in der Türkei und wurde 1965 ins türkische Parlament gewählt. Seit 1970 war sie Vorsitzende der TIP, bevor diese 1971 verboten wurde. Sie war damit die erste weibliche Vorsitzende einer Partei in der Türkei. Nach dem dritten Militärputsch 1980 ging Boran ins Exil nach Belgien. Bis heute gilt sie als eine der schillernden Führungsfiguren der Linken und der Frauenbewegung in der Türkei. Siehe u.a. Altan Cetin: *Biyografya 2: Behice Boran (Biografie 2: Behice Boran)*, Istanbul 2002.

¹³¹ Siehe Information, Berlin 18. Mai 1987, BStU, MfS, HA II, Nr. 26640, Bl. 10.

Die beschriebenen Verflechtungen wiederum haben sich der Kontrolle und Regulierung durch die SED stärker entzogen, als man zunächst annehmen möchte. Selbstverständlich galt auch für die TKP, dass der „Doktrin vom ‚proletarischen Internationalismus‘ entsprechend (...) vor allem die Kontakte zu kommunistischen Parteien ausschließlich Dienststellen der SED (...) vorbehalten bleiben (sollten)“¹³². Doch wie auch in anderen Fällen der Beziehungen zu den KPn Europas gestalteten sich Wunsch und Wirklichkeit hier inkongruent – in mehrfacher Hinsicht. Zum einen war das Verhältnis von SED/ DDR und TKP so sehr von konspirativer Praxis durchsetzt, dass es der SED-Führungsebene, die zu einem Teil nicht einmal in die Details des Aufenthaltes und Agierens der TKP eingeweiht war, gar nicht möglich gewesen wäre, dieses Dogma in die Tat umzusetzen. Vor allem aber entzog sich der weiter oben beschriebene grenzüberschreitende Transfer immer wieder der Kontrolle durch die SED-Führung insofern, als dass diese ihn kaum aktiv mitgestalten, sondern lediglich zur Kenntnis nehmen konnte. Dies führte dazu, dass die TKPler_innen in der DDR selbst auch jene nichtstaatlichen Akteur_innen waren, die „trotz der engen Bindung des grenzüberschreitenden Austausches an die Institutionen der staatssozialistischen Diktatur in der DDR (...) an Kontakten, Austauschprozessen und Interaktionen mit(wirkten)“¹³³.

Zu einer Herausbildung unorthodoxer Strömungen innerhalb der TKP und den von ihr kontrollierten Massenorganisationen führte dies zunächst freilich nicht. Sowohl bei der Niederschlagung des Prager Frühlings 1968, die die Entwicklung des Eurokommunismus und damit erhebliche Irritationen und Brüche im Verhältnis der SED zu einigen KPn Europas zur Folge hatte, als auch beim Einmarsch sowjetischer Truppen 1979 in Afghanistan oder der Solidarnosc-Bewegung in Polen, stellte sich die TKP stets hinter die UdSSR. Als zu Beginn der achtziger Jahre mit dem Tod Ismail Bilens ein Generationenwechsel an der Spitze der TKP einsetzte, wurde der Handlungsspielraum, den die TKP-Kolonie in der DDR durchaus genoss, auch stärker von ihr genutzt. Davon zeugt vor allem das einsetzende Tauwetter zwischen TKP und TIP, das schließlich zur Vereinigung beider Parteien führte.

¹³² Bauerkämper/ Di Palma: Bruderteilnehmer jenseits des Eisernen Vorhangs, 2011, S. 7.

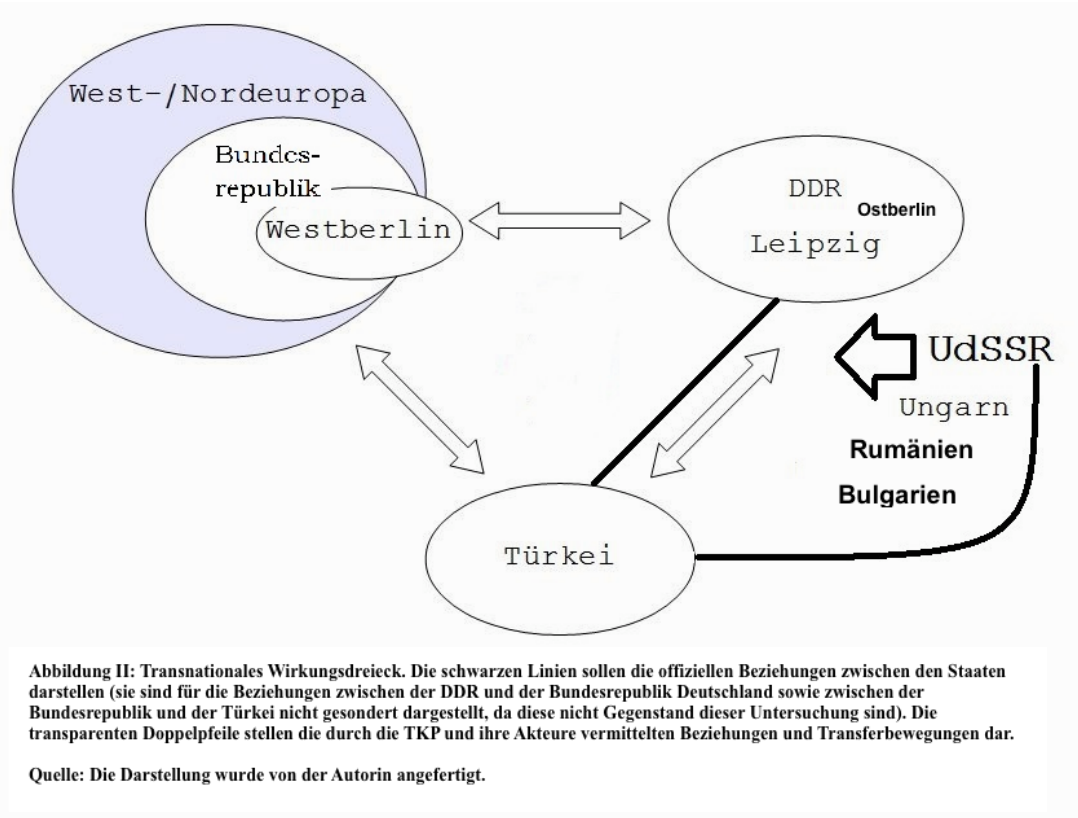
¹³³ Ebenda, S. 8.

Die TKP vollzog auch den Beginn der Reformen in der UdSSR nach, die mit der Wahl Michail Gorbatschows zum Generalsekretär der KPdSU einsetzten. Während die SED Glasnost und Perestroika eher ablehnend gegenüber stand, sah sich die TKP in ihrer Kursveränderung hin zu einer ideologischen Öffnung bestätigt und intensivierte diese. In einer Art Selbstkritik bilanzierte die TKP die bisherige Politik der Abgrenzung von anderen linken Gruppen wie der TIP als gescheitert und berief sich dabei unter anderem auf Gorbatschow. Unter den TKPler_innen in der DDR kursierten ab Mitte der achtziger Jahre Texte über Glasnost, die sie ins Türkische übersetzen und sich gegenseitig weitergaben.¹³⁴

Die SED unterstützte die TKP zwar letztendlich weiterhin durch die logistische und finanzielle Unterstützung und beteiligte sich auch an der internationalen Solidaritätskampagne für die Freilassung von Haydar Kutlu und Nihat Sargin. Doch sie hatte den Entwicklungsprozess der Partei, die Annäherung an die TIP und wichtige Entscheidungen (wie die Rückkehr Kutlus in die Türkei) nicht aktiv mitbestimmt oder im eigentlichen Sinne kontrolliert, sondern war lediglich als Gastgeberin stets über die nächsten geplanten Schritte oder bereits gefällten Entscheidungen der TKP informiert worden.¹³⁵

¹³⁴ Vgl. Translations of the speeches of Gorbachov and of other documents of the CPSU (Communist Party of Soviet Union), IISH, TKP, Translations, 148 und 149.

¹³⁵ So wurde beispielsweise 1988 innerhalb der AG Ausländer des MfS mit folgenden Zeilen über die anstehende Auflösung der TKP-Zentrale in Leipzig informiert: „Es wurde bekannt, daß das Politbüro der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei beschlossen hat, am 08. Oktober 1988 in der BRD – Düsseldorf – eine Pressekonferenz durchzuführen. Hier werden der Stellvertretende Generalsekretär (...) und der Stellvertretende Vorsitzende (...) bekannt geben, daß die Kommunistische Partei der Türkei und die Kommunistische Arbeiterpartei auf einem gemeinsamen Parteitag (17./18.05.1988 bei Moskau) die Vereinigte Kommunistische Partei der Türkei geschaffen haben.“ Vgl. BStU, MfS, HA II/ 19, Nr. 14 292, 330.



3.7. Geheimhaltungspraxen

Wie schon dargestellt wurde, unterlag das Exil der TKPler_innen in der DDR strenger Geheimhaltung. Im nun folgenden Abschnitt soll erstens genauer nachgezeichnet werden, wie diese Geheimhaltung praktiziert wurde und zweitens diskutiert werden, was überhaupt die Gründe für die bemerkenswert konsequente Konspiration von allen beteiligten Seiten gewesen sein könnten.

Aufgrund verschiedener Fallbeispiele, die sich mithilfe der vorhandenen Quellen rekonstruieren lassen, wie auch der Aussagen, die in den von der Autorin geführten Interviews gemacht wurden, ergibt sich die Vermutung, dass die Geheimhaltung gegenüber der Bevölkerung der DDR, der türkeistämmigen Community in Westdeutschland, der TKP-„Basis“, der Türkei und ihren diplomatischen Vertreter_innen in der DDR galt. Aber auch innerhalb der Ministerien der DDR und der SED sollten möglichst wenige davon Kenntnis haben, dass sich Mitglieder der TKP in der DDR aufhielten. Da allein in Leipzig mehrere Dutzend Türkeistämmige im Umfeld der TKP lebten und arbeiteten und ein reibungsloser Alltag organisiert

werden musste, was Einkäufe, Friseurbesuche, Nachbarschaftskontakte (wenn auch minimal), Geburten, Schul- und Arztbesuche, aber auch Pass- und Reiseangelegenheiten einschloss, ließ es sich natürlich nicht vermeiden, dass einige Menschen in die Exilumstände der Türkeistämmigen eingeweiht werden mussten. Allem Anschein nach handelte es dabei aber um eine überschaubare Gruppe. Selbst die in Ostberlin studierenden jungen TKPler_innen sollten vom Sitz ihrer Führung in Leipzig nichts wissen und taten es offenbar auch nicht. Um zufälligen Begegnungen vorzubeugen, stand für die jungen TKPler_innen die Option eines Studiums in Leipzig ausdrücklich nicht zur Debatte, während alle anderen Städte im Prinzip für ein Studium in Frage kamen.¹³⁶ Besuche von TKP-Genoss_innen aus Westdeutschland oder der Türkei sollten diese nicht in die Privatwohnungen oder Dienstgebäude der TKPler_innen in der DDR führen.¹³⁷

Der in der Abteilung Internationale Verbindungen des ZK der SED tätige Verantwortliche für die TKPler_innen in der DDR erfuhr erst zu dem Zeitpunkt von ihrer Existenz, als diese Aufgabe um 1983 an ihn herangetragen wurde, obwohl er bereits seit einigen Jahren für die Abteilung gearbeitet hatte.¹³⁸

Die TKPler_innen in Leipzig lebten mit Decknamen – sogenannten Parteinamen – und zu einem großen Teil mit gefälschten Papieren in der DDR. Sie waren gemeldet als „Zypriot(en) mit Asyl“¹³⁹ und damit auch gegenüber den DDR-Behörden getarnt.

Der Ablauf einer konspirativen Einreise in die DDR soll anhand von zwei Fallbeispielen aus den im Bundesarchiv liegenden Akten ehemaliger politischer Emigrant_innen nachvollzogen werden. Es handelt sich um die Akten von Hasan und Zeyneb E., ihres 1977 in Leipzig geborenen Sohnes und um die Akten von Idris und Leyla C. und ihrer 1983 in Leipzig geborenen Tochter.

Hasan und Zeyneb E. (auch bei diesen Namen handelte es sich um Parteinamen) reisten 1975 in die DDR ein, als Heimatland gaben sie beim Grenzübertritt Zypern

¹³⁶ Vgl. Transkript des Interviews mit Kadriye Karci, S. 3.

¹³⁷ Vgl. Transkript des Interviews mit Werner U., S. 7.

¹³⁸ Vgl. Transkript des Interviews mit Werner U., S. 1.

¹³⁹ Diese Formulierung findet sich bei einer Reihe von TKPlern, die in einer „Aufstellung der in der DDR – Leipzig und Berlin – lebenden Mitglieder der KP der Türkei und ihrer Familienangehörigen“ vom 3.3.1978 aufgeführt sind. Vgl. BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 27–33.

(als Staatsbürgerschaft die zypriotische) und als Beruf „Journalist“ an. Unmittelbar nach ihrer Einreise in die DDR über Berlin-Friedrichstraße kam es zum Telegrammverkehr und folgender Anordnung:

„Meldung von PdVP Berlin Abteilung PM nach VPI-Mitte Abt. PM, Offz. Für besondere Personengruppen 22.12.75

E. Hasan (Nachname von der Autorin verkürzt) und Zeynep geboren am 13.7.44 und 19.02.47 in Staat: Zypern Wohnanschrift Berlin-Mitte, Unter den Linden 37 Vermerke: Gemäß beiliegenden Schreibens des MdI, BPAA, vom 18.12.1975, sind die o.g. Bürger unverzüglich nach § 7 der MO anzumelden und eine Aufenthaltserlaubnis auszustellen. Die Bürger erhalten den Status von politischen Emigranten.

Marschner Oltld. D. VP¹⁴⁰

Abgesehen von der Berliner Adresse, die nur für die Einreisezeit von den beiden angegeben wurde und bei der es sich um eine Treffwohnung der TKP handelte, sind im Laufe der folgenden dokumentierten Jahre verschiedene Leipziger Adressen als Wohnort des Paares angegeben. Ihre Akte endet mit der angeblichen Rückkehr nach Zypern im November 1988. Auffällig ist, dass in den Jahren ihres Lebens in der DDR mehrmals sehr lange Auslandsaufenthalte zügig und ohne Nachfragen durch Anweisungen „von oben“ (ZK der SED) genehmigt wurden. Anders verhielt es sich mit den Reiseanträgen vieler Chilen_innen, deren Akten im gleichen Ordner wie die von Hasan und Zeynep E. aufbewahrt sind, und denen zwar in der Regel stattgegeben wurde, die jedoch auch ein Druckmittel zur Disziplinierung der chilenischen Migrant_innen gewesen zu sein scheinen und die stets nur für zeitlich begrenzte und begründete Reisen ausgestellt wurden. Auffällig ist insbesondere, dass den beiden vermeintlichen Zypriot_innen beispielsweise zweimal einjährige Reiseersuchen nach Westberlin und „alle Staaten“ (vom 01. November 1984 bis zum 01. November 1985 und vom 1. Juli 1987 bis zum 1. Juli 1988) mit dem Zusatz „Unsere Dienststelle befürwortet diese Reise, MdI“ unverzüglich genehmigt wurden.¹⁴¹

Einen im Prinzip deckungsgleichen Fall dokumentieren die Akten von Idris und Leyla C.¹⁴², die nach ihrer Emigration in die DDR im September 1981 unter Angabe

¹⁴⁰ Vgl. Akten ehemaliger politischer Emigranten, BArch, DO/1 9.0 52007 4/0330 M 310/23/605, 2. Teil.

¹⁴¹ Vgl. Akten ehemaliger politischer Emigranten, BArch, DO/1 9.0 52007 4/0330 M 310/23/605, 2. Teil.

¹⁴² Vgl. BArch, DO/1 9.0 (3 Teile) 52004 4/0330 M 310/23/604, Teil 1.

verschiedener Adressen in Leipzig gemeldet waren. Auch sie unternahmen mehrfach mehrmonatige Reisen nach Bulgarien und in die UdSSR.

Unmittelbar nach ihrer Einreise am 23. September 1981 erging vom Ministerrat der DDR (Ministerium des Innern, Büro für Paß- und Ausländerangelegenheiten) an das Volkspolizeikreisamt folgende Nachricht:

„Die zypriotischen Bürger Idris C. (Nachname von der Autorin gekürzt) (...) und Leyla C. (...) halten sich gegenwärtig in Leipzig auf. Sie sind mit dem Aufenthaltsgrund `Asyl` polizeilich anzumelden und EDV-mäßig zu erfassen. Die Bezirksleitung der SED Leipzig (...) wird die AE für beide Bürger beantragen. Sie besitzen keine persönlichen Ausweispapiere.“¹⁴³

Zwei Tage zuvor, am 21. September hatte des ZK der SED, Abteilung Internationale Verbindungen, an den Leiter des Büros für Paß- und Ausländerangelegenheiten geschrieben:

„Werter Genosse Meißner!
In Leipzig sind die Bürger Zyperns (...) eingereist. Wir bitten, sie als politische Emigranten zu führen und das VPKA Leipzig entsprechend zu informieren, (...). Die Bezirksleitung Leipzig (...) wird die AE für beide Bürger beantragen. Sie besitzen keine persönlichen Ausweispapiere.“¹⁴⁴

Aufgrund der auffälligen Ähnlichkeiten der Geschichten und der Aussagen mehrerer ehemaliger TKPler_innen, sie seien darin geschult worden, auf die Frage, woher sie kämen, stets Zypern als Heimatland anzugeben, lag bei der Durchsicht der Akten die Vermutung nahe, dass es sich bei den Eingereisten um Kader der TKP handelte, die für diese in Leipzig tätig werden sollten. Ein Abgleich mit den in der BStU befindlichen Aufstellungen aller TKP-Mitglieder in Leipzig bestätigte dann auch diese Vermutung. Alle vier waren Mitglieder der TKP und in Leipzig Mitarbeiter_innen der dortigen TKP-Zentrale, wobei Hasan E. zudem Mitglied des Politbüros der TKP war.

Bei Reisen von TKPler_innen wurde z.B. mithilfe falscher Papiere verhindert, dass der jahrelange Aufenthalt in der DDR den Staaten, die sie besuchten, bekannt wurde. So reiste beispielsweise Ismail Bilen stets mit seinen auf das Pseudonym

¹⁴³ BArch, DO/1 9.0 52007 4/0330 M 310/23/605, 2. Teil.

¹⁴⁴ Ebenda, 2. Teil.

Lubomir Kolarov ausgestellten bulgarischen Papieren ins Ausland und wieder zurück.¹⁴⁵

Haydar Kutlu kehrte 1987 offiziell über West-Berlin in die Türkei zurück, obwohl er zu diesem Zeitpunkt schon jahrelang in der DDR gelebt hatte. Dennoch hielt er mit Unterstützung der SEW in West-Berlin eine Pressekonferenz ab und flog anschließend gemeinsam mit dem TIP-Führer Nihat Sargin von einem westdeutschen Flughafen aus in die Türkei.

Die jungen TKP-Mitglieder, die nicht als Mitarbeiter_innen der Zentrale nach Leipzig zogen, sondern ein Studium in der DDR absolvieren sollten, waren zum Teil dort angekommen, ohne bei Antritt ihrer Reise von Westdeutschland, Bulgarien oder der Türkei aus gewusst zu haben, wohin ihr Weg sie führen und wie lange der Aufenthalt andauern würde.

Was aber waren überhaupt die Gründe für diese Geheimhaltung?

Ein Motiv könnte der Schutz der TKP-Mitglieder gewesen sein, vor allem der des jeweils amtierenden Generalsekretärs. Vergleicht man diese Klandestinität mit der öffentlichen Inszenierung des politischen Asyls für die vom Pinochet-Regime verfolgten Chilen_innen, kann dieses Argument jedoch kaum noch überzeugen.

Daher muss angenommen werden, dass der wesentliche Grund für die strenge Geheimhaltung die außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der DDR waren. Allerdings scheint auch dieses Argument nicht gänzlich überzeugend, denn in anderen Fällen schlossen sich die Pflege von zwischenstaatlichen und/ oder wirtschaftlichen Beziehungen und die gleichzeitige Unterstützung Oppositioneller der jeweiligen Länder nicht aus.

Aus Sicht der TKP-Führung muss es ebenfalls von Vorteil gewesen sein, wenn die Unterstützung durch DDR und UdSSR im Verborgenen verlief, wurde sie doch immer wieder mit dem Argument, eine aus dem Ausland gesteuerte Kraft zu sein, von der türkischen Regierung bekämpft.

Hinzu kommt ein Aspekt, der eher in der spezifischen politischen Kultur der TKP und den tradierten Mythen der Illegalität begründet liegt: Das Fungieren des klandestinen Lebens als Orientierungspunkt, aus dem sich gemeinschaftliche

¹⁴⁵ Siehe Telegramm, in: BStU, MfS, Abt. X, Nr. 401, Teil 1 von 2, Bl. 200.

Praxis, Zusammengehörigkeit, linke Identität, Loyalität gegenüber der Partei sowie unantastbare Autorität der Parteiführung ableiten ließen. Als seit der Gründung beständig verbotene und seit den dreißiger Jahren stets aus dem Exil heraus geführte Partei hatte die TKP ihren konspirativen Charakter sicherlich in besonderem Maße fetischisiert.

4. Die Ostberliner Gruppe 1979 bis 1989

Untersuchungsgegenstand sind im nun folgenden Abschnitt die in mehreren Gruppen nach Ostberlin gekommenen jungen TKP-Mitglieder, die zum Zweck des Studiums in die DDR immigriert waren und damit im Rahmen eines ganz anders konzipierten Aufenthaltes in der DDR lebten. Für diese Gruppe ist zunächst festzuhalten, dass sich ihr Alltag viel stärker als bei der Leipziger Kolonie von der politischen Sinnhaftigkeit und auch dem Schutzbedürfnis, mit dem sie ursprünglich die Emigration in die DDR begründet hatten, ablöste.

Damit sind die jungen TKPler_innen den anderen Gruppen politischer Emigrant_innen in der DDR in ihrer sozialen Realität und ihrer Alltagspraxis sehr viel ähnlicher als ihren eigenen Genoss_innen aus Leipzig. Dieser Umstand wird vor allem drei Faktoren geschuldet gewesen sein. Erstens waren die jungen TKPler_innen als Studierende in ein Umfeld integriert und interagierten mit DDR-Bürger_innen viel selbstverständlicher als die vor allem unter sich bleibenden TKP-Mitglieder in Leipzig. Zweitens sprach ein Teil der jungen TKPler_innen fließend Deutsch und die, die es nicht konnten, lernten es am Herder-Institut, während Sprachkurse für die Leipziger_innen in der Regel nicht vorgesehen waren. Drittens war der Zweck des Aufenthaltes – wenn auch politisch begründet – das Studium, während die Leipziger_innen tagtäglich die Geschäfte der TKP zu leiten hatten und damit zwar in Leipzig lebten, aber Geschehnisse außerhalb der DDR den inhaltlichen Schwerpunkt ihrer Tätigkeiten darstellten.

4.1. Der Weg in die DDR

Für die türkeistämmigen Studierenden geriet also die ursprüngliche Zielsetzung ihres Lebens in der DDR sehr viel schneller in den Hintergrund als für die der Leipziger Kolonie Zugehörigen.

Der Weg in die DDR – dem sich der folgende Absatz widmet – war für die jungen Exilant_innen zum Teil Ergebnis einer Reihe von Zufällen und Unvorhersehbarkeiten.

Selçuk T., Absolvent des deutschen Gymnasiums in Istanbul, verließ beispielsweise die Türkei 1976, um in Westdeutschland zu studieren. Für den weiteren Verlauf seiner Migration spielte die Identifikation als Kommunist – er war in Frankfurt am Main der TKP beigetreten – eine entscheidende Rolle.

Über Frankfurt kam Selçuk T. nach Köln. Schon dieser Ortswechsel erfolgte auf Wunsch und Vorschlag der TKP. Dem Studium widmete er sich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr und war stattdessen rund um die Uhr politisch aktiv. Selçuk lebte in einer Wohngemeinschaft mit zwei griechischen KKE-Mitgliedern und einem weiteren TKPler, dem er noch aus seiner Istanbuler Schulzeit sehr verbunden und der ihm nach Deutschland gefolgt war.

Anfang des Jahres 1979 entschied sich Selçuk nach drei Jahren Bundesrepublik, in die Türkei zurückzukehren, um sich dort seiner akademischen Ausbildung zu widmen. Er besprach dieses Vorhaben pflichtgetreu mit seinem Kontaktmann von der TKP, der ihn fragte, ob er vor seiner Heimkehr noch eine „Ausbildung“ absolvieren wolle. Selçuk nahm an, es handele sich um einen politischen Lehrgang des Franz-Mehring-Instituts in Ostberlin, wie sie im Umfeld der TKP (und vor allem für Mitglieder der DKP und SEW) zu dieser Zeit regelmäßig angeboten wurden.¹⁴⁶

Auch hatte er davon gehört, dass die Möglichkeit einer „langen“, mehrmonatigen Schulung in Moskau bestünde.¹⁴⁷ Als der TKP-Kontaktmann ihn im Verlauf ihrer Unterredung fragte, ob er die lange oder kurze Variante der Schulung bevorzuge, sagte Selçuk, er würde die lange Variante wählen und nahm an, damit einen mehrmonatigen Lehrgang in Moskau antreten zu dürfen.

¹⁴⁶ Vgl. Materialien der Enquete-Kommission Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band 2: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995, S. 2302 und 2333.

¹⁴⁷ Vgl. Köstenberger, Julia: Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926 bis 1938), Dissertation, Universität Wien, Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät 2010; Köstenberger, Julia: Die Internationale Leninschule (1926–1938), in: Buckmiller, Michael/Meschkat, Klaus (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale: Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 287–309.

Einige Monate später erhielt Selçuk die Anweisung, seine Sachen zu packen und sich bei einer Adresse in Westberlin zu melden. Dort traf er auf einen türkeistämmigen Westberliner, der sich zwei Tage später mit ihm auf den Weg zur Friedrichstraße machte, wo beide Männer von Mustafa D., einem Politbüro-Mitglied der TKP, abgeholt und nach dem Grenzübertritt, über den die DDR-Grenzsoldat_innen zuvor von Mitarbeiter_innen des Büros Axen informiert worden waren, in eine leer stehende Wohnung in Ostberlin gebracht wurden. Dort teilte Mustafa D. Selçuk mit, dass er sich an der Hochschule für Ökonomie melden solle, um seine Ausbildung zu beginnen. Zu diesem Zeitpunkt ging der junge Mann noch immer davon aus, dass es sich bei besagter Ausbildung um eine Kaderschulung handeln werde. Die Rückkehr in die Türkei nach wenigen Monaten war nach wie vor sein erklärtes Ziel. Als Selçuk sich einen Tag später an der Hochschule für Ökonomie immatrikulierte, erfuhr er erst von der Mitarbeiterin des Immatrikulationsbüros, dass er für den Studiengang Politische Ökonomie einen Studienplatz erhalten hätte und dass dieses Studium fünf Jahre dauern würde. Selçuk versuchte daraufhin, Kontakt zu Mustafa D. aufzunehmen. Da er weder Adresse noch Telefonnummer von diesem kannte, suchte er die Parteiwohnung auf, fand dort jedoch niemanden vor. Letztlich fügte er sich schnell seinem Schicksal und freundete sich mit dem Gedanken, längerfristig in der DDR zu bleiben, an.¹⁴⁸ Der Weg von Selçuks bereits erwähntem Freund aus Jugendtagen in die DDR verlief ähnlich ungeplant. Nachdem Selçuk die gemeinsame Wohnung und das geteilte Leben in Köln verlassen hatte, wusste Tanju Ö. zunächst nicht, wohin dieser gegangen war. Kontakt zu Familie und Freund_innen war den in die DDR emigrierten Türkeistämmigen streng untersagt.¹⁴⁹ Ein Jahr nach der Abreise erreichte ihn dennoch ein Brief aus Ostberlin, woraufhin er sich an seine TKP-Kontaktperson wandte und den Wunsch äußerte, ebenfalls in die DDR emigrieren

¹⁴⁸ Vgl. Transkript des Interviews mit Selçuk T., S. 4f.

¹⁴⁹ Vgl. Wierth, Alke: Flucht nach Ostberlin, in: taz - die tageszeitung - vom 21.01.2002. Diese Aussage haben alle von der Autorin interviewten ehemaligen Türkeiflüchtlinge gemacht, allerdings ist nicht klar, ob das Verbot von der SED, der TKP oder von beiden Organisationen ausgesprochen wurde. Unklar ist auch, wie und von wem genau die Einhaltung des Verbots kontrolliert wurde, denn sowohl Tanju Ö. als auch Selçuk T. haben sich nicht daran gehalten, was jedoch keine Konsequenzen nach sich zog.

und dort studieren zu dürfen. Die Entscheidungsgrundlage der TKP-Führung über solche Anfragen ist leider nicht mehr nachvollziehbar.¹⁵⁰

Allerdings dürften auch hier zufällige Gegebenheiten und arbiträre Entscheidungen eine weitaus größere Rolle gespielt haben, als man zunächst glauben mag. So berichtete Tanju, dass er nach einem ersten, gegenüber dem Kontaktmann der TKP geäußerten Wunsch, in der DDR studieren zu können, monatelang nichts in dieser Angelegenheit hörte. Unterdessen entwickelte sich innerhalb der TKP in der Bundesrepublik ein Flügelkampf, in dessen Verlauf Tanju von beiden Seiten umworben wurde, vor allem – so nimmt er an – weil er als Verantwortlicher für das Einkassieren der Beiträge von FIDEF zu dieser Zeit als einer der wenigen über alle Kontaktdaten von Zellenverantwortlichen der TKP im Bereich Westdeutschlands verfügte. Obwohl ihm der politische Inhalt des innerparteilichen Streites nicht klar war und auch wenig interessierte, schlug er sich auf eine der Seiten und nutzte seine Position, um nochmals an seine Anfrage – an der Ostberliner Hochschule für Ökonomie studieren zu dürfen – zu erinnern, in diesem Fall erfolgreich¹⁵¹, denn er immigrierte am 22. September 1981 in die DDR.¹⁵²

Die Schilderungen darüber, wie die jungen Menschen den Weg in die DDR gefunden haben, gleichen sich in einem Punkt: Alle haben die Entscheidungsgewalt darüber, ob, wann und wie sie emigrieren zu einem Großteil in die Hände ihrer – ihnen zudem noch unbekannt – Parteiführung gelegt. Dies ermöglicht eine Ahnung von der inneren Verfasstheit sogenannter illegaler kommunistischer Parteien, für die die TKP als einzige KP Europas, die noch in den achtziger Jahren in ihrem Heimatland verboten war, durchaus als Exempel geeignet erscheint, und den ihnen inhärenten Entscheidungsstrukturen. Ein weiteres Fallbeispiel soll die Tragweite dieser abgegebenen Entscheidungsgewalt veranschaulichen: 1985 wurde Kadriye Karci von einem Kontaktmann der TKP in ihrer Istanbul-Wohnung aufgesucht und aufgefordert, sich für die sofortige Abreise bereit zu machen. Die

¹⁵⁰ Die SED überließ solche Entscheidungen offenbar der TKP. Diese wiederum hat – wenn es darüber Schriftverkehr gegeben haben sollte – die entsprechenden Dokumente nicht in ihrem Nachlass belassen, der im IISH in Amsterdam liegt.

¹⁵¹ Vgl. Transkript des Interviews mit Selçuk T., S. 5.

¹⁵² Vgl. Recherche 27.1.89 Staatsangehörigkeit Türkei, wohnhaft DDR, BStU, MfS, Nr. 168215, 126.

junge Frau, die in dem TKP-nahen Studierendenverband IGD (İlerici Gençler Derneği – Vereinigung junger Progressiver) aktiv geworden war, lebte zu dieser Zeit seit längerem in der Illegalität, um der Verhaftung und drohenden Folter durch Polizei oder Militär zu entgehen. Da seit Beginn der achtziger Jahre nahezu alle bekannten Mitglieder der TKP entweder das Land verlassen hatten oder aber verhaftet worden waren, hatte sie sich bei vorherigen Treffen mit einflussreicheren und höhergestellten Mitgliedern der TKP bereit erklärt, ebenfalls ins Exil zu gehen – unter der Bedingung, ein Studium oder eine Ausbildung absolvieren zu können. Als sie und ihr Ehemann die Anweisung erhielten, sich auf den Weg zu machen, wusste die junge Frau weder, welcher Ort das Ziel ihrer Reise sein würde, noch, was sie dort erwartete und wann sie in die Türkei zurückkehren würde können. Sie reiste mit gefälschten Papieren und getrennt von ihrem Mann über Bulgarien in die DDR ein. Erst nachdem sie in Schönefeld gelandet war wurde ihr mitgeteilt, dass sie nun in der DDR leben und hier einen Studienplatz erhalten würde. In Ostdeutschland traf Kadriye mit ihrem Mann und weiteren Emigrant_innen aus der Türkei zusammen. Die Gruppe absolvierte gemeinsam einen Sprachkurs am Herder-Institut¹⁵³ um daraufhin in Ostberlin zu studieren.¹⁵⁴

4.2. Soziale Situation der türkeistämmigen Studierenden

In der vorliegenden Sekundärliteratur über das Alltagsleben von ausländischen Studierenden, aber auch Vertragsarbeiter_innen ist immer wieder auf die prekären Lebensverhältnisse dieser hingewiesen worden.

Für die türkeistämmigen Studierenden stellte sich die Situation anders dar.

Das Studium wurde vollständig von der DDR finanziert. Alle Betroffenen bezogen ein Salvador-Allende-Stipendium, das nur ausländischen Studierenden zur Verfügung stand und mit rund fünfhundert DDR-Mark monatlich über dem Stipendium für DDR-Bürger_innen lag. Als Aspirant der HfÖ erhielt Tanju Ö. in

¹⁵³ Zum Herder-Institut in Leipzig: Gramkow, Wilma: Das Herder-Institut in Leipzig im Wandel der Zeiten 1961–1990, Dissertation Ein Beitrag zur Geschichte des Herder -Instituts an der Karl- Marx-Universität Leipzig, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie vorgelegt beim Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, Hamburg 2006. Die studienvorbereitenden Sprachkurse am Herder-Institut, die allerdings auch politische Emigranten absolvierten erwähnen auch Mac Con Uladh: "Studium bei Freunden?", 2005; sowie Poutrus: Mit strengem Blick, 2003, S. 243.

¹⁵⁴ Vgl. Wierth: Flucht nach Ostberlin, 2002; Vgl. auch Transkript des Interviews mit Kadriye Karci, S. 1.

der zweiten Hälfte der achtziger Jahre mit sechshundert Euro Stipendium weniger als andere Aspiranten, konnte sich aber durch Übersetzungstätigkeiten mehr Geld hinzuverdienen, als es vielen DDR-Bürger_innen in einer vergleichbaren Stellung möglich gewesen wäre.

Alle interviewten ehemaligen türkeistämmigen Studierenden berichteten über regelmäßige Zuverdiensttätigkeiten, sowohl in Ostberliner Fabriken, wo tage- oder nachtweise gejobbt werden konnte als auch durch Übersetzungen. Das Turkologie-Institut der Humboldt-Universität hatte zwar Dolmetscher_innen ausgebildet, doch standen Übersetzungsdiensten weniger als ein halbes Dutzend Turkolog_innen zur Verfügung. So übersetzte Selçuk T. für Polizei oder Staatssicherheit am Flughafen Schönefeld, Tanju Ö. auf offiziellen Treffen zwischen SED und TKP oder für die TKP-Delegierten bei SED-Parteitag.

In den Wohnheimen der Hochschule für Ökonomie und der HU waren die türkeistämmigen Studierenden unter den gleichen Bedingungen wie ihre Mitstudierenden untergebracht. Bei der Vergabe von Wohnungen wurden Sie nach ihren eigenen Angaben bevorzugt. Als die schwangere Kadriye Karci und ihr Mann gegen Ende der achtziger Jahre eine Neubauwohnung zugesprochen bekamen, schämten sie sich, ihren Kommiliton_innen davon zu erzählen, behaupteten stattdessen, sie würden in ein anderes Wohnheim umziehen und luden zunächst niemanden mehr zu sich nach Hause ein.¹⁵⁵

4.3. Beziehungen zu DDR-Bürger_innen

Entscheidend für sogenannte „interkulturelle Begegnungen“ war selbstverständlich das spezifische Umfeld, in dem sich Migrant_innen bewegen konnten. Als Studierende der HfÖ und der Humboldt-Universität in Berlin war dieses Umfeld eines, das – anders als andere Bereiche der DDR-Gesellschaft – "Fremde" durchaus kannte. Wie schon weiter oben ausgeführt, waren in den siebziger und achtziger Jahren die Universitäten und Hochschulen der DDR die Orte, an denen das Zusammentreffen von Migrant_innen und DDR-Bürger_innen potentiell am wahrscheinlichsten war.¹⁵⁶ An der Hochschule für Ökonomie in Berlin Karlshorst wurden von 1950 bis 1990 12000 Studierende diplomiert, darunter tausend

¹⁵⁵ Vgl. Transkript des Interviews mit Kadriye Karci, S. 4.

¹⁵⁶ Vgl. Mac Con Uladh: "Studium bei Freunden?", 2005.

ausländische Studierende. Zweihundert ausländische Wissenschaftler_innen konnten sich zudem an der Hochschule promovieren beziehungsweise habilitieren.¹⁵⁷

Dennoch sollten Beziehungen zwischen ausländischen Studierenden und dem Rest der DDR-Bevölkerung – zumindest im Wunschdenken der Verantwortlichen – reguliert und kontrolliert stattfinden. So schrieb Prof. Katharina Harig, ihres Zeichens Direktoren des Herder-Instituts, zu Beginn der sechziger Jahre folgende Zeilen:

„Das Motto des Herder-Instituts ist ‚Wo wir nicht sind, ist der Feind!‘ und (wir) meinen damit, daß es notwendig ist, ein wachsames Auge darüber zu haben, mit wem der Student seine freie Zeit verbringt. Wir müssen sehr oft Einflüssen begegnen verstehen, die wir nicht schätzen (Bekanntschaft mit kleinbürgerlich denkenden Menschen, die versuchen, sich an die Ausländer heranzumachen, mit leichten Mädchen, Besuch nicht geeigneter Tanz- und Nachtlokale), und dem Studium ein Milieu schaffen, das dem allgemeinen gesunden Leben und dem breiten kulturellen Aufstieg unseres Volkes in der DDR entspricht.“¹⁵⁸

Auch wenn diese Zeilen zu einer Zeit geschrieben wurden, als der Anstieg der Anzahl internationaler Studierender an DDR-Bildungseinrichtungen noch ausstand und im praktischen Umgang mit diesen angesichts einer sehr viel höheren Anzahl im Verlauf der siebziger und achtziger Jahre sicherlich Verschiebungen stattfanden, gibt der Text doch tiefe Einblicke in die Haltung, die die mit dem „Ausländerstudium“ betrauten Akteur_innen gegenüber den Studierenden einnahmen.

Versuche, Freundschaften zwischen DDR-Bürger_innen und ausländischen Studierenden systematisch herzustellen und zu kontrollieren¹⁵⁹, lehnten diese häufig jedoch als "Modelle organisierter Freundschaft ab und gestalteten (...) auf ganz eigene Weise ihre persönlichen Kontakte zu den Ostdeutschen".¹⁶⁰

Diese Feststellung lässt sich auch für die persönlichen Beziehungen, die türkeistämmige Studierende in Ostberlin aufbauten und pflegten, treffen. Einer grundsätzlich loyalen Haltung gegenüber der DDR zum Trotz, die nicht nur

¹⁵⁷ Vgl. Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, Berlin (Ost) 1989.

¹⁵⁸ Form der Arbeit mit ausländischen Studenten in der außerunterrichtlichen Zeit, BArch, DY 30 IV A 2/9.04/467, 2.

¹⁵⁹ Vgl. Mac Con Uladh: "Studium bei Freunden?", 2005, S. 202–204.

¹⁶⁰ Ebenda, S. 205.

Zufluchtsort, sondern zunächst auch als real existierende „sozialistische“ Gesellschaft das "Land ihrer Träume" war, ließen sie sich die Entscheidung darüber, wann, wie und mit wem sie Kontakt hatten und Beziehungen eingingen, nicht einfach aus der Hand nehmen. Hier bestand jedoch ein deutlicher Unterschied zwischen der ersten und der zweiten Generation von in die DDR gekommenen jungen TKPler_innen. Erstere – zu denen Selçuk T. und Tanju Ö. gehörten – schienen die Anweisungen "von oben" deutlich offener zu interpretieren und einen persönlicheren Umgang mit diesen zu finden, als die 1985 direkt aus der Türkei in die DDR gekommene Gruppe, der Kadriye Karci angehörte. Während diese sich streng daran hielt, niemanden über ihre wahre Herkunft Bescheid wissen zu lassen sowie Kontakte zu DDR-Bürger_innen auf ein Minimum zu reduzieren und Kontakte zu Familie und Freund_innen außerhalb der DDR abubrechen, machten sich Selçuk T. und Tanju Ö. schnell nichts mehr aus diesen Regeln. Sie waren bald Teil eines großen Freundeskreises im Umfeld der HfÖ, in dem viele über ihre wahre Identität informiert waren. Beide gründeten Anfang der achtziger Jahre Familien mit Studentinnen der HfÖ¹⁶¹ und nahmen den Kontakt zu ihren Familien in der Türkei auf eigene Faust wieder auf.

Über rassistische Erfahrungen im alltäglichen Umgang mit der einheimischen DDR-Bevölkerung berichteten die Interviewten nichts. Sie bewegten sich nach ihrer Darstellung größtenteils in einem multikulturellen Umfeld und waren nicht die einzigen Migrant_innen in ihrem Bekanntenkreis beziehungsweise an der Hochschule oder Universität. Wohl aber erzählten sie von rassistischer Behandlung durch DDR-Behörden, wie weiter oben schon anhand von zwei Beispielen ausgeführt wurde.

Die stärkste Konfrontation mit rassistischem Hass erlebten diejenigen, die sich zu dieser Zeit noch auf deutschem Boden befanden, 1989/90 und in den darauffolgenden Jahren.

¹⁶¹ Vgl. BStU, MfS, HA XXII, Nr. 168215, 126.

4.4. 1989/90

Eine repräsentative Umfrage des Kölner Instituts für Sozial- und Gesellschaftsforschung (ISG) vom August 1990 über „Ursachen, Umfang und Auswirkungen von Ausländerfeindlichkeit im Gebiet der ehemaligen DDR und Möglichkeiten ihrer Überwindung“ brachte unter anderem zum Vorschein, dass dreizehn Prozent der befragten Ostdeutschen „Türken“ ablehnten. Diese besetzten damit den zweiten Platz im Rang der "besonders Unsympathischen" gleich nach „Polen“ und noch vor „Rumänen“. Das Ergebnis hielten die Forscher, die die Studie durchgeführt hatten für "überraschend besorgniserregend, weil es türkische Ausländer in der DDR faktisch nicht gab".¹⁶²

In den Tagen von 1989/90 vollzog sich ein Prozess, der – von einem großen Teil der deutsch-deutschen Mehrheitsbevölkerung kaum wahrgenommen – für diejenigen, die als (vermeintlich) Fremde identifiziert wurden¹⁶³ weitreichende Folgen hatte. Die „Deutsche Einheit“ hatte zur Folge, dass neue Ausschlüsse produziert und auch solche Menschen, die sich zuvor in beiden deutschen Staaten als integriert empfunden hatten, nun stärker als zuvor als „die Anderen“ konstruiert wurden. Dabei setzte ein Prozess nationaler Selbstvergewisserung ein, der später als Normalisierungsprozess der deutschen Nation¹⁶⁴ beschrieben und sichtbar wurde, und der sich als viel tiefgreifender erwies, als dass er sich auf die Rechtsradikalen, die – in Ost wie West – Häuser anzündeten und Menschenjagden veranstalteten, reduzieren ließe. Was damals begann, hatte die Durchsetzung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses, eines identitätsstiftenden Paradigmas zur Folge, das 1990 als „Deutschland einig Vaterland“ prägnant formuliert worden war. Zu kurz greift daher die Analyse des in der DDR der achtziger Jahre aufkeimenden, anwachsenden und vertuschten Rechtsradikalismus als allein ursächlich für den um sich greifenden Rassismus der frühen neunziger Jahre. Selbstverständlich hatte

¹⁶² Bugiel, Britta: Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1982–1998, Münster 2002, S. 96.

¹⁶³ Zu diesem Zeitpunkt lebten immerhin schon mehrere hunderttausend Nachkommen der ersten Gastarbeitergeneration in der Bundesrepublik. Die als „Markos-Kinder“ in die DDR gekommenen Griech_innen hatten dort den längsten Teil ihres Lebens verbracht. Nicht wenige schwarze Deutsche auf beiden Seiten der Mauer hatten keinerlei Migrationshintergrund, wurden aber dennoch als „Ausländer“/ „Einwanderer“ oder „Asylanten“ eingestuft.

¹⁶⁴ Vgl. Hawel, Marcus: Die normalisierte Nation Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2006.

schon im Verlauf der achtziger Jahre Rechtsradikalismus in der DDR Fuß gefasst und die Tabuisierung dieses Phänomens eine gesellschaftliche Auseinandersetzung unmöglich gemacht.

Doch auch die Wende selbst hatte die Weichen gestellt für ein neues Nationalbewusstsein, das als solches immer nur über den Ausschluss von „Nicht-Dazugehörigen“ funktioniert.¹⁶⁵

Auf diese Schattenseite von Mauerfall und Wiedervereinigung ist zwar von migrantischer Seite immer wieder hingewiesen worden, Bestandteil des institutionalisierten, kanonischen Erinnerns an die Zeit von 1989/90 ist diese Facette nicht.

Als am 2. Oktober 1990 die DDR verschwand, befand sich nur noch ein Bruchteil der ohnehin kleinen Gruppe ostdeutscher Türkeistämmiger auf deutschem Boden. Der Großteil der Leipziger Gruppe war schon während der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Zusammenhang mit der Vereinigung von TKP und TIP und der öffentlichen Rückkehr von Sargin und Kutlu in die Türkei zurückgekehrt oder nach Westeuropa weiter migriert. Die Zentrale in Leipzig war so Stück für Stück aufgelöst worden.¹⁶⁶

Aus der Gruppe der Berliner Studierenden hatte knapp die Hälfte noch zu DDR-Zeiten das Land in die verschiedensten Richtungen wieder verlassen, ein Teil wegen des abgeschlossenen Studiums, ein Teil aus anderen Gründen. Die zweite Generation der Berliner Gruppe (die 1985 angekommen war) befand sich jedoch noch in der DDR. Ihr letztes Treffen mit einem TKP-Kontaktmann fand 1989 statt. Dieser sagte den jungen Menschen, dass sie von nun an „selbst zu entscheiden hätten“¹⁶⁷. Kadriye Karci beendete 1992 an der inzwischen gesamtdeutschen Berliner Humboldt-Universität ihr Studium der Philosophie, 1996 ihr Jura-Studium in der Türkei und lebt im Jahr 2014 noch immer in Berlin. In den ersten Jahren nach der Wende engagierte sie sich vor allem gegen Rassismus und Rechtsradikalismus

¹⁶⁵ Dazu einfürend vgl. Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus – Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt 2005; Anderson, Benedict: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983.

¹⁶⁶ Vgl. Information Einrichtungen der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, 14. Juni 1989 BSStU, MfS, HA II/ 19, Nr. 14 292, 288. Dort heißt es unter anderem, dass „Bizim Radio“ ab Juni 1989 seine Sendetätigkeiten eingestellt hat.

¹⁶⁷ Vgl. Wierth: Flucht nach Ostberlin, 2002.

und arbeitete in einem der ersten Vereine – Kultur ist plural e.V. – in Lichtenberg, der sich um die Belange von Migrant_innen in Ostberlin kümmerte.

Sie und Tanju Ö. gehörten zu den ersten aus Ostdeutschland kommenden Migrant_innen, die nach 1990 in der Politik in Erscheinung traten.

Kadriye Karci, die 1996 der PDS beigetreten war, wurde 2002 als erste türkeistämmige Frau in den Landesvorstand der Partei gewählt und war zwischen 2010 und 2011 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses.

5. Fazit

Untersucht werden sollte, aufgrund welcher Umstände türkeistämmige politische Emigrant_innen überhaupt in die DDR gekommen waren, unter welchen Bedingungen sie dort lebten und wie sie als transnationale Akteur_innen über die Grenzen der DDR hinaus in der Türkei, vor allem aber in der Bundesrepublik Deutschland wirken konnten.

In der Untersuchung wurde zwischen zwei Gruppen von türkeistämmigen politischen Emigrant_innen unterschieden. Gegenstand des ersten Teils der Arbeit waren die Mitarbeiter_innen der TKP-Zentrale in Leipzig (die Leipziger Gruppe), die knapp dreißig Jahre konspirativ aus der DDR heraus die Türkische Kommunistische Partei leiteten. Im zweiten Teil richtete sich der Blick auf junge TKP-Mitglieder, die ab dem Ende der siebziger Jahre als Studierende vor allem nach Ostberlin kamen (die Ostberliner Gruppe). Diese beiden Kohorten türkeistämmiger politischer Emigrant_innen wurden in jeweils einem Hauptkapitel untersucht, da sich die Umstände ihrer Migration in die DDR, ihr Alltagsleben und ihr Agieren innerhalb des beschriebenen Wirkungsgefüges deutlich voneinander unterschieden.

Die Leipziger Gruppe bildete gewissermaßen den Knotenpunkt der TKP, die sowohl unter der türkeistämmigen Diaspora in Westdeutschland als auch als Teil der starken Linken in der Türkei in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts einen relativ großen Einfluss ausüben konnte. Dabei vollzog sich der Austausch, nach dem hier unter anderem gefragt wurde, mithilfe von Parteimedien, vor allem durch den bis Ende der achtziger Jahre in Leipzig

produzierten Radiosender Bizim Radio. Aber auch TKPler_innen selbst wirkten als Träger eines Austausches in alle Richtungen. Die Tatsache, dass sie sich zum größten Teil mit den Ereignissen in ihrem Heimatland beschäftigten und dass ihr Asyl in der DDR strenger Geheimhaltung unterlag, führte dazu, dass die Leipziger Gruppe relativ abgeschottet als kleine Kolonie innerhalb der Stadt lebte und selten in Berührung mit DDR-Bürger_innen kam. Engen Kontakt pflegten die TKPler_innen zur SED und zum MfS, doch verfügten sie, wie in der Arbeit rekonstruiert wurde, über einen relativ großzügigen Handlungsspielraum.

Die Ostberliner Gruppe hingegen bestand aus TKP-Mitgliedern, die von ihrer Partei zum Studium in die DDR entsandt worden waren, zum Teil aus Westdeutschland und zum Teil aus der Türkei. Sie waren allesamt jung und – im Gegensatz zu ihren Leipziger Genoss_innen – keine Kader bzw. Mitarbeiter_innen der TKP. Davon, dass das Führungszentrum ihrer Partei in Leipzig saß, wussten sie eben so wenig wie die DDR-Öffentlichkeit. Sie unterhielten lediglich Kontakt zu einzelnen TKP-Funktionär_innen, die sie regelmäßig in Berlin aufsuchten, um ihnen Material und Informationen zukommen zu lassen. Anders als die Leipziger_innen waren die Ostberliner_innen durch ihren Alltag als Studierende in die DDR-Gesellschaft integriert. Viele von ihnen knüpften persönliche Kontakte zu DDR-Bürger_innen und nahmen Anteil an den Geschehnissen, die den DDR-Alltag bestimmten, während die politischen Ereignisse in der Türkei für sie immer weiter in die Ferne rückten. Nach dem Ende der DDR blieben einige von ihnen für immer in Deutschland und traten dort politisch in Erscheinung. Sie weisen damit – abgesehen von dem Hergang ihrer Migration ins Land – hinsichtlich der Lebensumstände und Alltagspraxen, die hier skizziert wurden, stärkere Gemeinsamkeiten mit den anderen Gruppen politischer Emigrant_innen und ausländischer Studierender in der DDR auf, als mit den klandestin operierenden Türkeistämmigen in Leipzig.

Anhand der Einreise dieser jungen Menschen in die DDR konnte zudem ein Blick auf die innere Verfasstheit illegaler Kommunistischer Parteien geworfen werden, die oftmals über weitreichende Entscheidungsmöglichkeiten bezüglich der Zukunft ihrer Mitglieder verfügten. Durch die Illegalität und die damit verbundene Konspiration waren die Entscheidungsstrukturen der TKP – mehr noch als bei den

ohnehin schon zentralistischen und undemokratischen KPn – vollkommen undurchsichtig.

Die staatlichen Institutionen der DDR und die Organe der SED waren nur teilweise über die Existenz der türkeistämmigen politischen Emigrant_innen informiert. Letztlich handelte es sich offenbar um einen überschaubaren Kreis innerhalb des Büros Axen, des ZK der SED und des MfS, der davon Kenntnis hatte, dass TKPler_innen in der DDR lebten.

Anders als für sich ehemals an der Sowjetunion orientierende Kommunistische Parteien in Europa, wie die PCF in Frankreich, die KKE in Griechenland oder die PCI in Italien, fiel das Ende der TKP mit dem Ende des „Realsozialismus“ zusammen. Der Auszug aus der Leipziger Zentrale ging Hand in Hand mit dem Rückgang des Einflusses unter Gastarbeiter_innen in Westdeutschland und Linken in der Türkei. Die Gewerkschaft DISK ist heute eine unabhängige linke Gewerkschaft, die politischen Kulturvereine der Bundesrepublik sind geschrumpft und haben ihren Platz unter türkeistämmigen Migrant_innen zugunsten der islamischen und konservativen Vereine räumen müssen.

Die Frage nach transnationalen deutsch-türkischen Akteur_innen indes ist aktueller denn je, wie die Wahl der jungen Bremerin Leyla Imret zur Bürgermeisterin von Cizre bei den türkischen Kommunalwahlen 2014 zeigt.¹⁶⁸

¹⁶⁸ Nordhausen, Frank: Friseurin aus Bremen wird Bürgermeisterin, in: Frankfurter Rundschau vom 08.04.2014.

Quellen- und Literaturverzeichnis

1. Quellen:

Geführte Interviews (Transkripte im Besitz der Autorin)

Interview mit Selçuk T., Stockholm am 02/10/2013.

Interview mit Kadriye Karci, Berlin am 20/6/2013.

Interview mit Tanju Ö., Berlin am 18/07/2013.

Interview mit Werner U., Berlin am 21/6/2013.

Gedruckte Quellen

Beileid der SED zum Ableben I. Bilens, in: Neues Deutschland vom 15.11.1983.

Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 1972, Bonn 1973.

Schmitt, Horst: SEW und TKP. Ansprachen auf der internationalen Solidaritätsveranstaltung der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins am 3. Oktober 1985, Berlin (West) 1986.

Schmitt, Horst: Es lebe der proletarische Internationalismus!, Berlin (West) 1986.

Schmitt, Horst/ Kutlu, Haydar/ Parteivorstand der SEW (Hrsg.): 65 Jahre Kommunistische Partei der Türkei - 65 Jahre unermüdlichen und opferreichen Kampfes für die nationale und soziale Befreiung aller Werktätigen des Landes! - Ansprache auf d. internationalen Solidaritätsveranstaltung der SEW am 3. Oktober 1985, Berlin (West) 1985.

Sechs Jahrzehnte in den Reihen der Partei, in: Neues Deutschland vom 18.10.1982.

Ungedruckte Quellen

Bundesarchiv (BArch)

Akten ehemaliger politischer Emigranten, BArch, DO/1 9.0 52004 4/0330 M 310/23/604, 1. Teil.

Akten ehemaliger politischer Emigranten, BArch, DO/1 9.0 52007 4/0330 M 310/23/605, 2. Teil.

Brief der Türkischen Kommunistischen Partei vom November 1959 an Ulbricht/ ZK der SED, BArch SAPMO, NL 182/1298.

Entwurf Pressemitteilung, Pressemeldung, BArch SAPMO, DY/30 9496, 20–23.

Form der Arbeit mit ausländischen Studenten in der außerunterrichtlichen Zeit, BArch SAPMO, DY/30 IV A 2/9.04/467, 2.

Gesprächsempfehlung (...) Genossen Horst Sindermann zum Antrittsbesuch des (...) Botschafters der Republik Türkei in der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Özdemir Yigit, BArch, DA/1 16498.

Informationsmaterial über die Republik Türkei, BArch, DP/1 21690, Teil 2 von 2.

Nicht zugestimmte Asylersuchen 1978–1987, BArch, DO/1 9.0 502004.

Protokoll Nr. 24 Im Umlauf bestaetigt durch die Genossen Honecker, Hager, Jarowinsky, Mittag, Naumann, Herrmann am 3.09.1971, BArch SAPMO, DY/30 J IV 2/3 1778, 5.

Protokoll Nr. 62 vom 6.6.1977, BArch SAPMO, DY/30 J IV 2/3 1778, 4.

Zusatz zu Informationsmaterialien Antrittsbesuche türkischer Botschafter, BArch, DA/1 15728.

International Institute of Social History (IISH)

Texts, notes, quotations, clippings and other printed material used to prepare radio programs and some publications. 1978–1990, IISH, TKP, Broadcasting, 152–216.

Translations of the speeches of Gorbachov and of other documents of the CPSU (Communist Party of Soviet Union), IISH, TKP, Translations, 148 und 149.

Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU)

Analyse über die in der Hauptstadt der DDR polizeilich gemeldeten Devisen Inländer und Einschätzung der in der Hauptstadt lebenden portugiesischen und türkischen Staatsangehörigen, BStU, MfS, Zentralarchiv 196/69, 224–226 sowie 337 und 338.

Asylersuchen eines türkischen Staatsbürgers, Berlin 9. August 1982, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 4.

Aufstellung der in der DDR – Leipzig und Berlin – lebenden Mitglieder der KP der Türkei und ihrer Familienangehörigen vom 3.3.1978, BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 27–33.

BStU, MfS, AP 8945/89, 53.

BStU, MfS, AP 16786/78.

BStU, MfS, BV Leipzig, I XIII, 1169, 72, 12–179.

BStU, MfS, BVfS Leipzig, SR PS, 00079, 100f.

BStU, MfS, BVfS Leipzig Leitung, 01963, 1.

BStU, MfS, HA II, 19, 12241.

BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 5–33.

BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 121.

BStU, MfS, HA II, Nr. 22858, 179.

BStU, MfS, HA II/ 19, Nr. 14292, 330.

BStU, MfS, HA II/ 19, Nr. 12241.

BStU, MfS, HA XXII, Nr. 168215, 126.

Einschätzung der Sicherheitslage der Dienstobjekte und Mietbereiche der in Leipzig konspirativ arbeitenden Kommunistischen Parteien KP Türkei, Tudehpartei Iran, BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14292, 269.

Information Einrichtungen der Vereinigten Kommunistischen Partei der Türkei, 14. Juni 1989, BStU, MfS, HA II/19, Nr. 14292, 288.

Information, Berlin 18.05.1987, BStU, MfS, HA II, Nr. 26640, 10.

Information zur Kommunistischen Partei der Türkei (TKP), Hauptabteilung II, AG Ausländer, Berlin 8.1.1980, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 17 und 18.

Information Nr. 48/VI vom 8.6.1984, Türkische Anschuldigungen gegen die DDR, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 47.

Leitung der Türkischen Kommunistischen Partei, Generalsekretär der TKP, BStU, MfS, HA II, Nr. 22859, Teil 1 von 2, 5.

Nachrüstung des PKW Fiat 131 CL – Verwaltungsnummer 6135605, BStU, MfS, BVfS Leipzig, SR PS, 00079, 99.

Politisch-operativer Schutz des Führungszentrums des ZK der Kommunistischen Partei der Türkei in Leipzig, Berlin, 13.05.1981, BStU, MfS, HA II, Nr. 29668, 35.

Recherche 27.1.89 Staatsangehörigkeit Türkei, wohnhaft DDR, BStU, MfS, Nr. 168215, 126.

Sicherungsanalyse, BStU, MfS, HA X, Nr. 401, Teil 1 von 2, 260 und 261.

Streng vertraulich! Informationsmaterial über die Kommunistische Partei der Türkei, Stand September 1984, BStU, MfS, HA II, Nr. 26640, 17 und 37.

Telegramm aus Belgrad von Gen. Vogl HA Kons an Gen. Dr. Burkert Abt. Sch., BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 8.

Türkiye'deki Anarsi ve tarörin (sic!) gelismesi, sonuclani ve güvenlik kuvvetleri ile önlenmesi – Entwicklung und Ergebnisse von Anarchie und Terror in der Türkei sowie ihre Unterbindung durch die Sicherheitskräfte, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 16531, 144–159.

Vermerk, Abteilung XXII/4 Berlin, 14.8.1982, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 9.

Vermerk, BStU, MfS, HA XXII, Nr. 841/16, 9 und 10.

Vorschlag zur Einleitung von Schutzmassnahmen zur erhöhten persönlichen Sicherheit des Generalsekretärs, 26.5.1978, BStU, MfS, BVfS Leipzig Leitung, 01963, 342.

Wohngebiet Gen. Bilen, BStU, MfS, BVfS Leipzig, SR PS, 00079, 58–95.

Zur Situation unter türkischen Staatsbürgern im Operationsgebiet und in der DDR unter dem Gesichtspunkt einer notwendigen Qualifizierung des politisch-operativen Schutzes des Führungszentrums der KP der Türkei in der DDR, BStU, MfS, HA II, Nr. 22858, 335–338.

2. Literatur:

Ackermann, Volker: Der „echte“ Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961, Osnabrück 1995 (=Studien zur historischen Migrationsforschung 1).

Ahmad, Feroz: The making of modern Turkey, London 1993.

Anderson, Benedict: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism, London 1983.

Arndt, Agnes/ Häberlein, Joachim/ Reinecke, Christiane: Vergleichen, Verflechten, Verwirren? Europäische Geschichtsschreibung zwischen Theorie und Praxis, Göttingen 2011.

Atilgan, Canan: Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Reihe Kommunalpolitik der KAS, Nr. 9.

Ausländerpolitik in der DDR. Analysen und Studien aus erster Hand, hrsg. vom Verein der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit, Berlin 1990.

Bauerkämper, Arnd/ Di Palma, Francesco (Hrsg.): Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs - Die Beziehungen der SED zu den kommunistischen Parteien West- und Südeuropas (1968–1989), Berlin 2011.

Baydar, Oya: Gewerkschaften in der Türkei: Historische Entwicklung, Organisationsstrukturen und rechtliche Rahmenbedingungen, Istanbul 1999.

Behrends, Jan C./ Poutrus, Patrice G.: Xenophobia in the Former GDR – explorations and explanation from a historical perspective, in: Burszta, Wojciech, Józef (Hrsg.): Nationalisms Across the Globe. An overview of Nationalisms in State-Endowed and Stateless Nations, Bd. 1: Europe, Poznan 2005, S. 155–170.

Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003.

Behrends, Jan C.: Sowjetische "Freunde" und fremde "Russen" - Deutsch-Sowjetische Freundschaft zwischen Ideologie und Alltag (1949–1990), in: Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 75–98.

Berger, Almuth: Die Ausländerpolitik der DDR im Spannungsfeld von ideologischem Anspruch und Sicherheitsbedürfnissen, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländerpolitik in der DDR am Beispiel der Vertragsarbeiter. Eine Tagung der Bundeszentrale für Politische Bildung vom 5. bis 7. Juni 1998 in Wismar, Berlin 1998, S. 6–11.

Dies.: Die Deutschen und die Fremden. Aus dem Alltag eines Einwanderungslandes, Berlin 1995.

Bispinck, Henrik: „Republikflucht“. Flucht und Ausreise als Problem der DDR-Führung, in: Hoffmann, Dierk/ Schwartz, Michael/ Wentker, Hermann (Hrsg.): Vor dem Mauerbau. Politik und Gesellschaft der DDR der Fünfziger Jahre, München 2003, S. 285–309.

Bröskamp, Bernd: Schwarz-weiße Zeiten. AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende. Erfahrungen der VAN aus Mosambik: Interviews - Berichte - Analysen, Bremen 1993.

Budde, Gunilla/ Conrad, Sebastian/ Janz, Oliver (Hrsg.): Transnationale Geschichte. Themen, Tendenzen und Theorien, Göttingen 2006.

Budde, Heidrun: Asyl in der DDR, in: Timmermann, Heiner (Hrsg.): Agenda DDR-Forschung – Ergebnisse, Probleme, Kontroversen, Münster 2005 (=Dokumente und Schriften der Europäischen Akademie Otzenhausen Band 112), S. 179–192.

Bugiel, Britta: Rechtsextremismus Jugendlicher in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1982–1998, Münster 2002.

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hrsg.): 50 Jahre Anwerbeabkommen, Bonn 2011.

Çağlar, Gazi: Die Türkei zwischen Orient und Okzident. Eine politische Analyse ihrer Geschichte und Gegenwart, Münster 2003.

- Cetin, Altan: *Biyografya 2: Behice Boran*, Istanbul 2002.
- Comichau, Imke: *Ausländer in der DDR - die ungeliebte Minderheit*, in: *Deutschland Archiv. Zeitschrift für Fragen der DDR und der Deutschlandpolitik (DA)* 23 (1990), S. 1432–1439.
- Conrad, Sebastian/ Osterhammel, Jürgen (Hrsg.): *Das Kaiserreich transnational. Deutschland in der Welt 1871–1914*, Göttingen 2004.
- Conrad, Sebastian: *Doppelte Marginalisierung. Plädoyer für eine transnationale Perspektive auf die deutsche Geschichte*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 145–169.
- Danforth, Loring M./ Boeschoten, Riki Van: *Children of the Greek Civil War: Refugees and the Politics of Memory*, Chicago 2012.
- Demke, Elena/ Schüle, Annegret (Hrsg.): *Fremde Freunde - Nahe Fremde*, Berlin 2006.
- Denoyer, Aurélie: *Integration und Identität – Die spanischen politischen Flüchtlinge in der DDR*, in: Priemel, Kim Christian (Hrsg.): *Transit/ Transfer – Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990*, Berlin 2011, S. 113–139.
- Diehl, Claudia: *Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung?*, Opladen 2002.
- Dinler, Demet Şahende: *Gewerkschaften in der Türkei: Interessenvertretung unter schwersten Bedingungen*, Berlin 2013.
- Dufner, Georg J.: *Chile als Partner, Exempel und Prüfstein. Deutsch-deutsche Außenpolitik und Systemkonkurrenz in Lateinamerika*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte. Band 61, Heft 4(2013)*, S. 513–549.
- Effner, Bettina/ Heidemeyer, Helge (Hrsg.): *Flucht im geteilten Deutschland*, Berlin 2005.
- Elsner, Eva-Maria /Elsner, Lothar: *Zwischen Nationalismus und Internationalismus: Über Ausländer und Ausländerpolitik in der DDR 1949–1990. Darstellung und Dokumente*, Rostock 1994.
- Emmerling, Inga: *Die DDR und Chile - Außenpolitik, Außenhandel und Solidarität*, Berlin 2013; Maurin, Jost: *Die DDR als Ayslland. Flüchtlinge aus Chile 1972–1989*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 51 (2003) 9, S. 814–831.
- Engelmann, Roger: *Das MfS-Lexikon*, Berlin 2012.
- Faist, Thomas (Hrsg.): *Transnationale Räume – Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei*, Bielefeld 2000.
- Filjalkowski, Jürgen/ Gillmeister, Helmut: *Ausländervereine – ein Forschungsbericht: Über Funktion von Eigenorganisation für die Integration*

heterogener Zuwanderer in eine Aufnahmegesellschaft – am Beispiel Berlins, Berlin 1997.

Gökay, Bülent: Soviet Eastern policy and Turkey – 1920–1991: Soviet Foreign Policy, Turkey and Communism, Oxford 2006.

Gramkow, Wilma: Das Herder-Institut in Leipzig im Wandel der Zeiten 1961–1990, Dissertation. Ein Beitrag zur Geschichte des Herder -Instituts an der Karl- Marx-Universität Leipzig, Dissertation zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie vorgelegt beim Fachbereich Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg, Hamburg 2006.

Grebe, Inga: Grußadressen, Kleiderspende, Kaderschulung - Zur Solidarität der SED mit der Kommunistischen Partei Spaniens, in: Hallesches Heft zur Zeitgeschichte Heft 7 (2000), S. 57–83.

Griese, Christiane/ Marburger, Helga: Zwischen Internationalismus und Patriotismus. Konzepte des Umgangs mit Fremden und Fremdheit in den Schulen der DDR, Frankfurt am Main 1995.

Grothusen, Klaus-Detlev: Außenpolitik der Türkei, in: Ders. (Hrsg.): Südosteuropa-Handbuch, Band IV, Göttingen 1985, S. 88–117.

Gruner-Domic, Sandra: Beschäftigung statt Ausbildung – Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR (1961 bis 1989), in: Motte, Jan/ Ohliger, Rainer/ von Oswald, Anne (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung. Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt 1999, S. 215–240.

Gürel, Burka/ Özkan, Fulya: İsmail Bilen, in: Modern Türkiye’de Siyasi Düşünce cilt 8: Sol içinde (Politisches Denken in der modernen Türkei Band 8: Die Linke), Istanbul 2007.

Haug, Sonja/ Pichler, Edith: Soziale Netzwerke und Transnationalität, in: Motte, Jan/ Ohliger, Rainer/ Von Oswald, Anne (Hrsg.): 50 Jahre Bundesrepublik – 50 Jahre Einwanderung – Nachkriegsgeschichte als Migrationsgeschichte, Frankfurt 1999, S. 259–283

Hawel, Markus: Die normalisierte Nation. Vergangenheitsbewältigung und Außenpolitik in Deutschland, Hannover 2006.

Herbstritt, Georg: Bundesbürger im Dienst der DDR-Spionage. Eine analytische Studie, Göttingen 2007.

Hirschinger, Frank: Griechische Kinder und Jugendliche, in: Der Spionage verdächtig: Asylanten und ausländische Studenten in Sachsen-Anhalt 1945–1970, Göttingen 2009, S. 33–54.

Hobsbawm, Eric: Nationen und Nationalismus – Mythos und Realität seit 1780, Frankfurt 2005.

Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“ (Hrsg.): Beiträge zur Geschichte der Hochschule für Ökonomie „Bruno Leuschner“, Berlin (Ost) 1989.

Hunger, Uwe: Ausländische Vereine in Deutschland. Eine Gesamterfassung auf der Basis des Bundesausländervereinsregisters, in: Weiss, Karin/ Thränhardt, Dietrich (Hrsg.): Selbst-Hilfe. Wie Migranten Netzwerke knüpfen und soziales Kapital schaffen, Freiburg i. Br. 2005, S. 221–244.

Ders.: "Wie können Migrantenselbstorganisationen den Integrationsprozess betreuen?", Gutachten im Auftrag des Sachverständigenrats für Zuwanderung und Integration, Münster 2004.

Huwer, Jörg: „Gastarbeiter“ im Streik. Die Arbeitsniederlegung bei Ford Köln im August 1973, Köln 2013.

Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen/ Verfassungsschutz (Hrsg.): Historische Entwicklung der politischen Linksbewegung in der Türkei, Düsseldorf 2006.

Jajeśniak-Quast, Dagmar: "Proletarische Internationalität" ohne Gleichheit. Ausländische Arbeitskräfte in ausgewählten sozialistischen Großbetrieben, in: Müller, Christian Th./ Poutrus Patrice G. (Hrsg.): Ankunft – Alltag – Ausreise. Migration und interkulturelle Begegnung in der DDR-Gesellschaft, Köln 2005, S. 267–294.

Jessen, Ralph: Die Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), Heft 1, S. 96–110.

Kleinmichel, Sigrid: Die Turkologie in der DDR, in: Barthel, Günter (Hrsg.): Der Kemalismus und die moderne Türkei, Berlin 1979.

Köstenberger, Julia: Die Geschichte der Internationalen Leninschule in Moskau (1926–1938), Dissertation, Universität Wien, Historisch-Kulturwissenschaftliche Fakultät 2010.

Dies.: Die Internationale Leninschule (1926–1938), in: Buckmiller, Michael/ Meschkat, Klaus (Hrsg.): Biographisches Handbuch zur Geschichte der Kommunistischen Internationale: Ein deutsch-russisches Forschungsprojekt, Berlin 2007, S. 287–309.

Kreienbrink, Axel: Der Umgang mit Flüchtlingen in der DDR am Beispiel der spanischen 'politischen Emigranten', in: Totalitarismus und Demokratie 2 (2005), 2, S. 317–344.

Kreutzer, Florian/ Roth, Silke: Transnationale Karrieren. Biographien, Lebensführung und Mobilität, Berlin 2006.

Krüger-Potratz, Marianne: Anderssein gab es nicht. Ausländer und Minderheiten in der DDR, Münster 1991.

Kuck, Dennis: "Für den sozialistischen Aufbau ihrer Heimat"? Ausländische Vertragsarbeiterkräfte in der DDR, in: Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den

historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland, Berlin 2003, S. 271–282.

Lehmann, Karsten: Vereine als Medium der Integration: Zu Entwicklung und Strukturwandel von Migrantenvereinen, Berlin 2001.

Lindenberger, Thomas: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln 1999.

Ders.: Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung, in: Ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln 1999, S. 13–44.

Lorbeer, Marie: Multikulturelles Berlin, Berlin 1993.

MacCon Uladh, Damian: "Studium bei Freunden?" Ausländische Studierende in der DDR bis 1970, in: Müller, Christian Th./ Poutrus, Patrice G.: Ankunft – Alltag – Ausreise - Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR, Köln 2005, S. 175–220.

Marburger, Helga (Hrsg.): 'Und wir haben unseren Beitrag zur Volkswirtschaft geleistet' - eine aktuelle Bestandsaufnahme der Situation der VAN (Vertragsarbeitnehmer P.G.P.) der DDR vor und nach der Wende, Berlin 1993.

Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band 2: Machtstrukturen und Entscheidungsmechanismen im SED-Staat und die Frage der Verantwortung, Baden-Baden 1995.

Mende, Christiane: (Arbeits-) Migration aus der VR Mocambique in die DDR 1979–1989/90, Online einsehbar unter: <https://www.projekte.hu-berlin.de/migrationddr/projekte/mosambique>, 2011.

Dies.: DDR-Arbeitsmigrant_innen nach 1989, in: telegraph Nr. 120/121 2010, S. 40–51.

Müller, Christian Th./ Poutrus, Patrice G.: Ankunft – Alltag – Ausreise - Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR, Köln 2005.

Müller, Christian Th.: "O´ Sowjetmensch!" Beziehungen von sowjetischen Streitkräften und DDR-Gesellschaft zwischen Ritual und Alltag, in: Müller, Christian Th./ Poutrus, Patrice G.: Ankunft, Alltag, Ausreise - Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR, Köln 2005, S. 17–134.

Niedermayer, Oskar: Europäische Parteien? Zur grenzüberschreitenden Interaktion politischer Parteien im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft, Frankfurt 1983.

Niedner-Kalthoff, Ulrike: Rotation und Objektivität. Diplomaten als transnationale Migranten, in: Kreuzer, Florian/ Roth, Silke: Transnationale Karrieren. Biographien, Lebensführung und Mobilität, Berlin 2006, S. 83–99.

Nordhausen, Frank: Friseurin aus Bremen wird Bürgermeisterin, in: Frankfurter Rundschau vom 08.04.2014.

Osterhammel, Jürgen: Transnationale Gesellschaftsgeschichte: Erweiterung oder Alternative, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002), S. 145–169.

Özcan, Ertekin: Türkische Immigrantorganisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989.

Özren, Can: Die Beziehungen der beiden deutschen Staaten zur Türkei (1945/49–1963). Politische und ökonomische Interessen im Zeichen der deutschen Teilung, Münster 1998 (=Studien zur Zeitgeschichte des Nahen Ostens und Nordafrikas, Band 5).

Paulmann, Johannes: Internationaler Vergleich und interkultureller Transfer. Zwei Forschungsansätze zur europäischen Geschichte des 18. bis 20. Jahrhunderts; in: *Historische Zeitschrift* Bd. 267 (1998), S. 649–685.

Pfeil, Ulrich (Hrsg.): Die DDR und der Westen, Berlin 2001.

Plaggenborg, Stefan: Ordnung und Gewalt: Kemalismus - Faschismus - Sozialismus, München 2012.

Pöschl, Rainer: Vom Neutralismus zur Blockpolitik: Hintergründe der Wende in der türkischen Außenpolitik nach Kemal Atatürk, München 1985.

Poutrus, Patrice G.: Alles unter Kontrolle? Zur Bedeutung der BStU-Quellen für die zeithistorische Migrationsforschung, in: Gieseke, Jens (Hrsg.): *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalltag in der DDR*, Göttingen 2007, S. 318–338.

Ders.: Die DDR, ein anderer deutscher Weg? Zum Umgang mit Ausländern im SED-Staat, in: Beier-de Haan, Rosemarie (Hrsg.): *Zuwanderungsland Deutschland. Migrationen 1500–2005*, Wolfratshausen 2005, S. 118–131.

Ders.: Teure Genossen. Die „polit. Emigranten“ als „Fremde“ im Alltag der DDR-Gesellschaft, in: Müller, Christian Th./ Poutrus, Patrice G.: *Ankunft, Alltag, Ausreise - Migration und interkulturelle Begegnungen in der DDR*, Köln 2005 S. 221–266.

Ders.: Asyl im Kalten Krieg. Eine Parallelgeschichte aus dem geteilten Nachkriegsdeutschland, in: *Totalitarismus und Demokratie*, 2. Jg. (2005) Heft 3, Themenheft: Fluchtpunkt Realsozialismus – politische Emigranten in Warschauer Pakt- Staaten, S. 273–288.

Ders.: Zuflucht im Ausreiseland. Zur Geschichte des politischen Asyls in der DDR, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, S. 355–378.

Ders.: Mit strengem Blick. Die sogenannten „Polit. Emigranten“ in den Berichten des MfS, in: Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 231–250.

Ders./ Behrends, Jan C./ Kuck, Dennis: Historische Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 39/2000*, S. 15–21.

Priemel, Kim Christian (Hrsg.): *Transit – Transfer: Politik und Praxis der Einwanderung in der DDR 1945–1990*, Berlin 2011.

Ders.: *Transit/ Transfer – Zur Einführung*, in: Ders. (Hrsg.): *Transit/ Transfer – Politik und Praxis der Einwanderung in die DDR 1945–1990*, Berlin 2011, S. 7–22.

Röhr, Rita: Ideologie, Planwirtschaft und Akzeptanz. Die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte in Betrieben des Bezirkes Frankfurt/ Oder, in: Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 283–308.

Sabrow, Martin/ Eckert, Rainer/ Flacke, Monika: *Wohin treibt die DDR-Erinnerung. Dokumentation einer Debatte*, Göttingen 2007.

Schröder, Klaus: *Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus*, in: Schröder, Klaus: *Der SED-Staat*, Köln 2013, S.724–728.

Schüle, Annegret: "Die ham se sozusagen aus dem Busch geholt." Die Wahrnehmung der Vertragsarbeiter aus Schwarzafrika und Vietnam durch Deutsche im VEB Leipziger Baumwollspinnerei, in: Behrends, Jan C./ Lindenberger, Thomas/ Poutrus, Patrice G. (Hrsg.): *Fremde und Fremd-Sein in der DDR: Zu den historischen Ursachen der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland*, Berlin 2003, S. 309–324.

Sezer, Ahmet/ Thränhardt, Dietrich: Türkische Organisationen in der BRD, in: Meier-Braun, Karl-Heinz/ Pazarkaya, Yüksel (Hrsg.): *Die Türken. Berichte und Informationen zum besseren Verständnis der Türken in Deutschland*, Frankfurt am Main 1983, S. 143–153.

Siebs, Benno-Eide: *Die Außenpolitik der DDR 1976-1989: Strategien und Grenzen*, Paderborn 1999.

Simmel, Georg: *Exkurs über den Fremden*, in: *Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Band 11*, Frankfurt am Main 1992, S. 764–771.

Stach, Andrej/ Hussain, Saleh: *Ausländer in der DDR. Ein Rückblick*, Berlin 1991.

Stergiou, Andreas: *Im Spagat zwischen Solidarität und Realpolitik. Die Beziehungen zwischen der DDR und Griechenland und das Verhältnis der SED zur KKE*, Mannheim 2001.

Ders.: *Kommunistische Realpolitik – Das bizarre Verhältnis der SED zur Kommunistikó Kómma Elládas (1968–1989)*, in: Bauerkämper/ Di Palma. *Bruderparteien jenseits des Eisernen Vorhangs*, 2011, S. 226–240.

Stöver, Bernd: *Zuflucht DDR*, München 2009.

Strassburger, Gaby: Die türkischen Kolonien in Bamberg und Colmar – ein deutsch-französischer Vergleich sozialer Netzwerke von Migranten im interkulturellen Kontext, Bamberg 1997.

Tezcan, Levent: Kulturelle Identität und Konflikt, in: Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Reimund (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft, Weinheim–München 2000, S. 401–448.

Totalitarismus und Demokratie, 2. Jg. (2005) Heft 3, Themenheft: Fluchtpunkt Realsozialismus – politische Emigranten in Warschauer Pakt- Staaten.

Troebst, Stefan: Die „Griechenlandkinder-Aktion“ 1949/50. Die SED und die Aufnahme minderjähriger Bürgerkriegsflüchtlinge aus Griechenland in der SBZ/DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 52 (2004), H. 8, S. 717–736.

Waldrauch, Harald/ Sohler, Karin: Migrantenorganisationen in der Großstadt: Entstehung, Strukturen und Aktivitäten am Beispiel Wien, Frankfurt am Main 2004.

Werner, Michael/ Zimmermann, Bénédicte: Vergleich, Transfer, Verflechtung. Der Ansatz der Histoire croisée und die Herausforderung des Transnationalen; in: Geschichte und Gesellschaft 28 (2002), S. 607–636.

Wierth, Alke: Flucht nach Ostberlin, in: taz - die tageszeitung - vom 21.01.2002.

Zürcher, Jan Erik: Turkey: A Modern History, London 2005.

Zwengel, Almut (Hrsg.): Die „Gastarbeiter“ der DDR – Kontext und Lebenswelten, Berlin 2011.

3. Internetquellen:

Her seyden önce İnsani – Zuerst einmal bin ich Mensch
<http://www.annefrank.de/mensch/achmed-talib/biografie/>, recherchiert am 14.03.2014.